

interkulturell aktuell

SSIP Mitteilungen

Jg. 62 (2020) H. 3–4

ISSN 2567-5907

Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven e.V.
gegründet 1959



Aus dem Inhalt:

Leitthema „Solidarität“

„Syrier in Jordanien“,
Gastbeitrag von Rund Sunna

Interreligiöser Dialog für den
Frieden

Einladung zur ordentlichen
Mitgliederversammlung
des SSIP e.V.
am 17.12.2021
online (ZOOM),
s. S. 52

Übersicht

✂	Politik interkulturellen Handelns.....	2
🏛️	Interkulturelle Bildung	12
A.	Afrika	13
E.	Europa	15
F.	Aus der Forschung.....	20
I.	Islam, Muslime und Mittlerer Osten.....	23
K.	Konvivenz, Kooperationen.....	29
M.	Migration, Diaspora.....	33
R.	Religion.....	40
W.	Weltinnenpolitik.....	48
	SSIP e.V. Mitglieder-Nachrichten	51
	Impressum.....	52

✂ Politik interkul- turellen Handelns



P1/2020-3_4 **Rassismus in der deutschen Werbebranche**

Die „Zeitung für Marketing, Werbung und Medien“ *HORIZONTE* hat in ihrer Online-Ausgabe vom 2. Juli 2020 einen Werbetexter aus Indien als Gastbeitrag seine Erlebnisse in deutschen Werbeagenturen darstellen lassen. Das will sie als einen Appell an die Agenturbranche, kritisch die eigene Diversität zu prüfen und aktiver gegen alltägliche Formen des Rassismus vorzugehen, verstanden wissen. „Um den Text einem größtmöglichen Publikum zugänglich zu machen“, hat sie den ursprünglich englischen Text auch in deutscher Übersetzung veröffentlicht.

Der Text wurde von *HORIZONTE* überschrieben mit „Rassismus in der deutschen Werbebranche“, Untertitel: „*A Brown Guy in The German Ad Industry*“. Der Autor beginnt mit einer Frage, die ihm ein Klassenkamerad während seines ersten Monats in Deutschland stellte:

„Schlagen indische Männer ihre Frauen?“

„Ähm... warum würdest Du das vermuten?“

„Oh, ich habe einen türkischen Nachbar, der seine Frau schlägt. Und Inder sind genau so, deshalb ...“

Die Erlebnisse weiterer „harmloser“ Fragen mit **kulturellen Stereotypen** folgen:

[...] bei der Arbeit habe ich Feedback wie beispielsweise diesen hier erhalten: „Da steckt ein bisschen Bollywood in dieser Idee, oder?“ Und mir wurden Fragen gestellt wie: „Für Türken sind teure Autos ein Statussymbol. Was ist denn bei euch ein Statussymbol? Die Zahl der Kühe, die eine Familie besitzt?“

Das **Résumé** des Autors lautet:

Was ich damit verdeutlichen will, ist, dass ich auch nach Jahren in der deutschen Arbeitswelt das Gefühl hatte, dass viele Menschen nicht über meine indische Identität und die mit meiner Kultur assoziierten Stereotypen hinwegsehen und mich einfach als Fachmann wahrnehmen können. Sich über meinen kulturellen Hintergrund mit Kommentaren lustig zu machen, wird so zu meiner gläsernen Decke und verhindert, dass ich als Fachkraft ernst genommen werden kann.

Der Kommentar der Herausgeber: Obwohl der sich hier äussernden Person ausgezeichnete Arbeit attestiert wurde, habe sie sich „unter deutschen

Werbern nie als normaler Kollege, sondern stets als der *Brown Guy* gefühlt. Der Gewährsmann berichtet von einer **Bewerbung**, die über lange Zeit sehr aussichtsreich verlaufen, aber dann plötzlich abgebrochen worden sei, weil ein Kunde nur einen „in Großbritannien geborenen *Native-Speaker*“ gewünscht habe, obwohl die Qualifikation des Bewerbers mit indischem „Hintergrund“ nicht in Zweifel stand. Die Frage, ob eine Person mit indischem „Hintergrund“ als ein englischer Muttersprachler anzusehen sei, begegnete dem Berichtenden ein weiteres Mal. In einem Berliner *Start-up*, das für sich in Anspruch nahm, „eines der diversesten *Start-ups* in Berlin“ zu sein, sei er in nur fünf Wochen aus seinem Job „gemobbt“ worden, „weil sie nicht akzeptieren konnten, dass ein Inder ein muttersprachlicher *Copywriter* für Englisch sein kann“. Er beklagt, dass sich das Problem **in Deutschland** verschärft stelle:

Und während das an sich schon ein Problem ist, ist der schlimmste Teil daran, dass in Deutschland diese Art der Diskriminierung noch nicht einmal als Diskriminierungsproblem gesehen wird. Ich habe schon mehrere Diskussionen mit anderen Menschen über dieses Erlebnis gehabt. Und die Mehrheit war sich einig, dass es nichts Besonderes für deutsche Arbeitgeber ist, solche Entscheidungen zu fällen.

Es folgt eine Interpretation, die den klammheimlichen Bedeutungswandel im Begriff „Integration“ anspricht. Hat Integration früher eine „Verschmelzung“ ursprünglich differenter Kulturelemente bedeutet, ist sie im öffentlichen Diskurs in den vergangenen Jahren mehr und mehr als **Assimilation** im Sinne von schierer Anpassung verstanden worden:

[...] die Tragödie der deutschen Kreativbranche ist, dass eine diverse Perspektive nur zu häufig als Assimilierungsproblem verstanden wird. Die Person mit einem diversen Hintergrund soll in die bestehende Kultur eingefügt werden. Und damit wird der Prozess natürlich zu meiner persönlichen Verantwortung und meine persönliche Last, die ich zu tragen habe.

Wie verhält sich die betroffene Person angesichts unterschwelliger oder offen ausgesprochener rassistischer Diskriminierung? Das reflektiert der Gewährsmann folgendermaßen, indem er begründet, warum er sich dieses eine Mal nun zu den Benachteiligungen äußere.

Jedes Mal wenn ich rassistisch oder diskriminierend behandelt wurde, habe ich mich bewusst dagegen entschieden, mich dazu öffentlich zu äußern. Ich war überzeugt, dass meine Sicht nicht ernst genommen würde und ich mir die Chance verbauen würde, eine neue Arbeit zu finden. Ich habe nachgegeben, aus Angst geächtet zu werden und mit meinem Protest mir künftige Möglichkeiten zu verbauen.

Diese Angst habe ich auch jetzt, während ich diesen Text schreibe. Und ganz ehrlich: Im Moment scheinen die Chancen nicht zu meinen Gunsten zu stehen, weil ich diese kritische Stimme bin und weil ich als „dieser“ Kerl abgestempelt werden könnte.

Aber ich kann auch nicht mehr mit der Angst leben, meine Wahrheit nicht sagen zu können. Und wenn dieser Artikel die falschen Menschen in meinem beruflichen Umfeld verärgert, dann könnte das am Ende auch sein Gutes haben.

Am Schluss des Artikels stehen bohrende, rhetorische Fragen, die er dem Leser von *HORIZONTE* stellt, um bei diesem ein Umdenken, eine Sensibilität oder eine Verhaltensänderung zu erzeugen.

Quelle: <https://www.horizont.net/agenturen/kommentare/rassismus-in-der-werbung-a-brown-guy-in-the-german-ad-industry-184053>

P₂/2020-3_4 **Solidarität, Zusammenhalt und das Wir-Gefühl**

In Heft 1-2 von 2019 hat Ferdinand Niedlich (SSIP) das damals gerade erschienene Buch von **HEINZ BUDE** *Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee* rezensiert (S. 5–7). Ein Jahr später durch die weltweite Ausbreitung des Covid-19-Virus ist der Begriff „**Solidarität**“ unverhofft in aller Munde. In einem Zeitungsartikel vom 18. März 2020, zu Beginn der sog. „ersten Welle“, die sich aus der Perspektive des Jahreswechsels 2020/21 allerdings als ein Hügelchen darstellt, hat Heinz Bude für die *Berliner Zeitung* sein Bild einer solidarischen Gesellschaft konkretisiert („Zeit für Zusammenhalt“):

Der italienische Fall zeigt, wie die Straße, in der man lebt, zum Ort des Gemeinsinns wird. Man kauft für Nachbarn ein, tauscht Mailadressen mit Leuten aus, die man sonst nur gegrüßt hat, und winkt sich im Morgenmantel von Balkon zu Balkon zu zum Zeichen, dass alles noch in Ordnung ist. Und jeder achtet darauf, dass trotzdem ein Kontaktabstand zum Schutz aller gewahrt bleibt. Das ist zumindest das Bild von der Lindenstraße, das ich mir für unser Land heute wünsche.

Abgesehen von diesem romantischen Bild einer „solidarischen“ Gemeinschaft stellt sich in dem Gespräch heraus, dass Heinz Bude ein **Fürsprecher des Nationalstaats** ist:

Wir erleben gerade den Schlussstrich unter einer Periode, in der der starke Einzelne gerühmt, der Staat belächelt und an die vernetzte Welt geglaubt wurde. Die [sic] Bewusstsein einer relativ klassenindifferenten Vulnerabilität, also Verletz-

lichkeit, belebt die Suche nach neuen Formen der Solidarität, die Anerkennung der Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft ernüchert den fröhlichen Geist zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation [...]. Der Sozialstaat, das Gesundheitssystem, die landschaftlichen Reservate und regionalen Lebensweisen — das sind die Themen, die die Post-Corona-Politik bestimmen werden. Dahinter eine Tendenz zur Renationalisierung zu vermuten, ginge an der Sache vorbei. Die Menschen lieben ihre Freiheiten, aber der Staat soll für den dazu nötigen Schutz sorgen. Damit sind zuerst der spanische, der finnische, der schwedische und der deutsche Staat angesprochen.

Dem Soziologen, dem Vernehmen nach Teilnehmer der, zunächst geheim gehaltenen, Arbeitsgruppe im Bundesinnenministerium, die im März 2020 Pläne ausgearbeitet hat, wie die Bevölkerung durch Angst am besten einzuschüchtern wäre („Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“), einer temporären Gruppe, zu der auch ein erklärter Mao-Anhänger gehörte, schwebt offenbar ein Pluriversum von milieuspezifischen Wir-Gruppen vor, über dem **der sorgende Nationalstaat** seinen Schirm ausspannt — ggf. auch auf Kosten der Freiheit, wie Bude sagt: „Das Pendel wird von der Seite der Freiheit zur Seite des Schutzes schwingen.“

Wie steht es mit der **individuellen Freiheit**? Gehört sie zur Freiheit dazu, und bedeutet sie mehr, als in seinen gewählten Milieus Ausdruck finden zu dürfen? Der Bundesverband der *Arbeiterwohlfahrt* AWO gibt eine Zeitschrift heraus, in deren viertem Heft 2020 ein Text des Soziologen und Philosophen





AXEL HONNETH aus dem Jahre 2011 mit der Bemerkung wiederabgedruckt wird, er habe an Aktualität nichts eingebüßt. Eine Passage dieses Textes passt in die heute wieder aufkommende Kapitalismuskritik:

Heute kann für unsere Gesellschaften im kapitalistischen Westen ganz allgemein gelten, dass sich die normative Idee der individuellen Freiheit in allen zentralen Sozialsphären weit genug durchgesetzt hat, um die allgemeine Voraussetzung für die Zustimmungsfähigkeit zur gesellschaftlichen Ordnung zu bilden; [...] als allgemein gesichert dürfte doch gelten, dass mit einer individuellen Zustimmung zur gesellschaftlichen Ordnung und damit einem solidarischen Zusammenhang aller Mitglieder untereinander heute umso eher zu rechnen ist, je stärker jene Freiheitsversprechungen für den Einzelnen dank gesellschaftlich-politischer Regelungen erfüllt sind. Davon sind wir aber gegenwärtig sehr weit entfernt: Weder im wirtschaftlichen Marktverkehr noch im Bereich der politischen Willensbildung kann ein großer Teil der Bevölkerung auch nur darauf hoffen, ihre je individuellen Freiheiten zu verwirklichen oder auch nur in den eigenen Belangen Gehör zu finden.

Wer heute von der Notwendigkeit gesellschaftlicher Solidarität spricht, sollte sich daher zu nächst klar machen, dass dazu die Einrichtung gesellschaftlicher Verhältnisse erforderlich wäre, denen jeder Einzelne ohne Zwang und Angst zustimmen vermag: Die normative Einhegung des kapitalistischen Marktes und die Revitalisierung demokratischer Einflussnahme wäre das Mindeste, was gegeben sein müsste, um legitim die Solidarität aller Bürgerinnen und Bürger erwarten zu können.

Im **Juli 2020**, als die Zahl der täglichen Todesfälle zwischen 0 und 10 lag und die Zahl der Neuinfektionen selten die Zahl der 600 pro Tag überschritt, strahlte *Radio Berlin-Brandenburg* (rbb) in der Sendereihe „Gott und die Welt“ ein Feature mit dem Titel „Schutz und Hilfe – aber nicht für alle? Die Grenzen der Solidarität“ aus. In diesem Beitrag wurden anhand der Wiedergabe von Äußerungen Einzelner verschiedene Begriffe von Solidarität sichtbar.

In der Anmoderation kam O-Ton zu Gehör: „Solidarisch ist für mich, eine Maske zu tragen, wenn ich unter mehreren Menschen bin.“ – „Solidarität ist jeder für den anderen...“ – „aufpassen, dass wir nicht zum Beispiel Geflüchtete jetzt vergessen oder andere Leute, die ständig ausgegrenzt werden.“ Die Vereinigung von Kulturinstitutionen *Die Vielen e.V.* (vgl. IKA 61, 1-2/2019, S. 31–34), die als Markenzeichen goldähnlich beschichtete Folien benutzt, glänzte mit einem „Goldenen Brief“, der die Aufschrift trug „Alle zusammen“. Bedeutet Solidarität die Kraft, durch die eine Gruppe, die solche Gefühle pflegt, zusammengehalten wird?

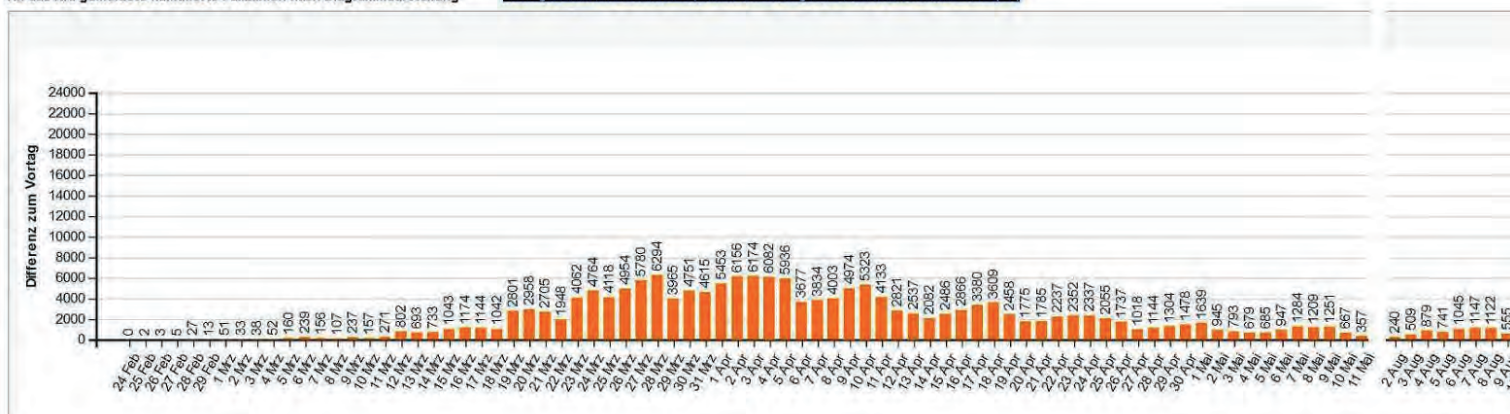
Dem stand ein Begriff von Solidarität gegenüber, der mit den Bedingungen von Teilhabemöglichkeiten in der Gesellschaft verkoppelt ist. Der Soziologe **STEPHAN LESSENICH** definierte Solidarität:

Solidarität ist für mich eine Praxis, wo man gemeinsam etwas macht mit den Betroffenen gewissermaßen, also wo man gemeinsame Interessen erkennt und ein gemeinsames Ziel hat und dann zusammensteht und gemeinsam versucht, ein soziales Problem, einen Missstand, einen Notstand zu bekämpfen, zu bearbeiten, zu überwinden. Die Öffentlichkeit hierzulande ist so strukturiert, dass diejenigen, die eigentlich die sind, mit denen man Solidarität gemeinsam üben

Tages-Statistik der an das RKI gemeldeten kumulierten Fallzahlen zwischen 24.02. und 07.11.2020

An das RKI gemeldete kumulierte Fallzahlen nach Diagrammardarstellung

Bestätigte Infektionen in Deutschland, Differenz zum Vortag nach Daten des Robert Koch-Institut (RKI)





müsste, dass die keinen Zugang eigentlich haben, dass sie keine Sprecherpositionen einnehmen. Es gilt auch für sozial Benachteiligte, die in aller Regel ja auch nicht bei entsprechenden Demonstrationen oder Aktivitäten dabei sind.

Die Wir-Gruppe entsteht hier dadurch, dass Betroffene ihre Interessen erkennen, formulieren und gemeinsam verfolgen. Lessenich widerspricht Budes Bild von einer „relativ klassenindifferenten Vulnerabilität“: „Es gibt ganze Milieus, soziale Milieus, die als solche vulnerabel sind [...]. Das hat etwas mit Einkommen, Bildung, Wohnen zu tun. Das haben wir jetzt eigentlich in der Corona Krise erkennen können.“

„Und trotzdem“, fährt Lessenich fort, „wird Vulnerabilität immer für bestimmte kleinere Gruppen oder eben pauschal für ganze Gruppen in Anschlag gebracht, die homogenisiert werden.“ Das war im politischen und öffentlichen Diskurs häufig zu beobachten, wenn Gruppen von außen Vulnerabilität und damit die Notwendigkeit, sie in einer bestimmten Weise zu behandeln, zugeschrieben wurde. Diese Gruppen einte höchstens die Etikettierung durch Außenstehende.

Dann erwähnt Lessenich einen wichtigen Faktor, der besonders in der Geschichte der vergangenen 200 Jahre beim **Nationalstaat** zum Tragen gekommen ist. Das Wir schließt nicht nur ein, es schließt gleichzeitig aus:

Wir neigen dazu, die Solidaritätsgrenzen national zu bestimmen, also zum Teil praktizieren wir die Solidarität im eigenen sozialen Milieu. Das ist dann sozusagen in der Horizontalen und geht nicht nach unten. Aber ich glaube, zentraler Aspekt ist, dass das „Wir“ in der Regel als Einschluss- und Ausschlusskriterium zwischen

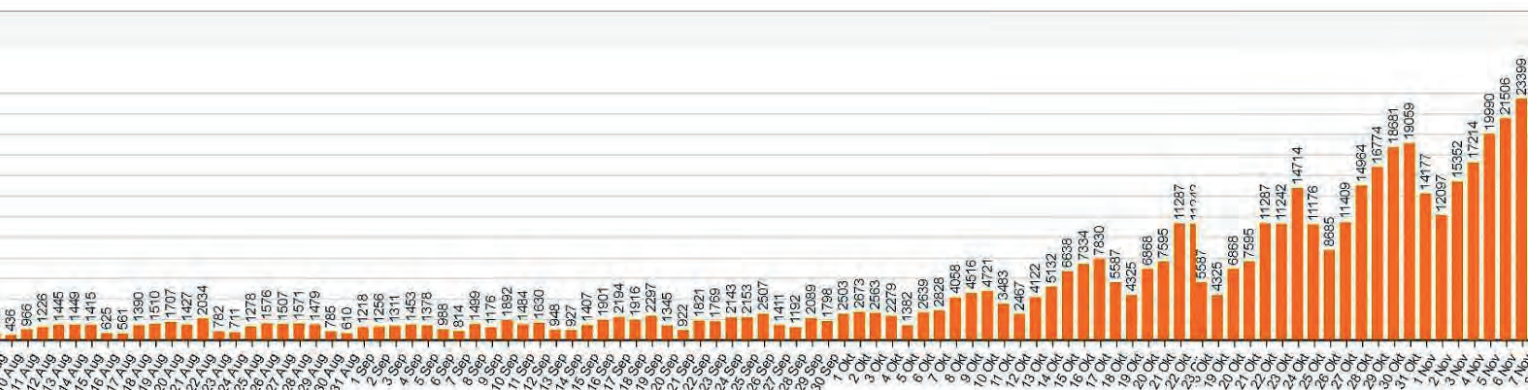
deutschen StaatsbürgerInnen in diesem Fall und nicht-deutschen StaatsbürgerInnen [...] die zentrale Achse der Unterscheidung ist. Von daher wird auch nochmal deutlich, dass Solidarität immer auch ein Ausschluss-Instrument ist. Es muss immer geklärt werden: Wer gehört dazu, wer gehört nicht dazu? Es würde eigentlich darum gehen, genau über diese national-gesellschaftliche Solidarität hinaus zu gehen.

Während des Jahres 2020 war in der Berichterstattung der Leitmedien schmerzvoll zu bemerken, wie die **nationalstaatliche Brille** die Wahrnehmung einschränkte. Flüchtlingsströme existierten plötzlich nicht mehr, während im Mittelmeer weiter ertrunken wurde. Das Feature endete mit einem bedrückten Ausblick.

„Der Soziologe Stephan Lessenich glaubt dagegen nicht, dass Corona den Startschuss für eine Ära des globalen Wir-Gefühls gegeben hat. Eine bessere Welt ist möglich? Im Gegenteil:

[O-Ton Lessenich] Es gab eine Phase, wo diese nationale Wir-Solidarität - wir müssen sehen, dass wir die medizinischen Instrumente und Intensivbetten hier bei uns haben und behalten, wir müssen sehen, dass wir auch als erste an den Impfstoff kommen - in dem Sinne ist der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt [sic!], aber alles was darüber hinaus geht, was einen nicht homogenen, nicht nationalen und nicht das eigene Milieu zielenden Zusammenhalt betrifft, da haben wir wenig gesehen [...].“

Was sich in Geschichte und Gegenwart sonst nach schwer voraussehbaren Kriterien und in eigener Dynamik vollzieht: Die Bildung einer Wir-Gruppe, das in wenigen Monaten herzustellen hat sich im Jahr 2020 die Politik zum Ziel gesetzt: die Herstellung einer Wir-Gruppe so groß wie die bundes-



republikanische Bevölkerung, die kollektiv Maske trägt, sich regelkonform verhält, und dies freiwillig tut ohne das Gefühl, von außen gegängelt zu werden. AT

Quellen: „Zeit für Zusammenhalt“ (Berliner Zeitung 18.3.2020, S.17); Schaubild https://de.wikipedia.org/wiki/COVID-19-Pandemie_in_Deutschland/Statistik#Tages-Statistik_der_an_das_RKI_gemeldeten_kumulierten_Fallzahlen (Zahl der neu gemeldeten Infektionsfälle,

pro Tag); <https://fragenstaat.de/blog/2020/04/01/strategiepapier-des-innenministeriums-corona-szenarien/> („Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“); AWO Ansicht 4/2020, S. 22; https://www.rbb-online.de/rbbkultur/radio/programm/schema/sendungen/gott_und_die_welt/archiv/20200719_0904.html

Siehe auch Heft 1-2/2020: P2/2020-1_2, E4/2020-1_2.

P3/2020-3_4 Die Suche nach dem Wir

Diese Aufgabe steht beim SSIP auf der Tagesordnung seit dem Eintritt des Ethnologen und Soziologen **GEORG ELWERT**, der 2005 früh verstarb und dessen wissenschaftliches Vermächtnis den SSIP seit Jahren wesentlich mitprägt. Im Januar 2021 hat *Deutschlandfunk Kultur* über die Frage „Die Suche nach dem Wir – Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“ eine Sendung mit Hörerbeteiligung gemacht, an der als Experten teilnahmen:

- MUHTEREM ARAS, Präsidentin des Landtages von Baden-Württemberg (Partei DIE GRÜNEN) und
- Prof. Dr. KLAUS BOEHNKE, Professor für Sozialwissenschaftliche Methodenlehre an der privaten *Jacobs University Bremen*.

Der Aufhänger für die Sendung, den der Moderator VLADIMIR BALZER wählte, nämlich die Erstürmung des Kapitols durch Trump-Anhänger in den ersten Januartagen 2021, wirkte etwas gewollt und der Vergleich mit dem Häuflein Rechtsradikaler im Sommer 2020 auf den Stufen des Reichstags in Berlin etwas gewagt. Aber er schaffte es, über die Schlussfolgerung, auch in Deutschland gebe es Menschen, die demokratische Institutionen ablehnen, auf die Feststellung zu kommen, wie „gespalten westliche Demokratien sind“ – allerdings nicht wirklich eine Neuigkeit für uns, wie er zugab.

Diese Spaltung stellte Frau Muhterem Aras als ein Phänomen dar, welches nicht nur die USA, sondern **alle westlichen Demokratien** betreffe. Die Vorgänge in den USA machten klar, „wir“ – wie sie sagte – müssten überlegen, was zum Kernbereich einer funktionierenden Demokratie gehöre. Dann legte sie dar, was in allen Lehrbüchern steht: Das Parlament sei die „Herzkammer“ der Demokratie, man müsse ja nicht immer einer Meinung sein, aber man müsse immer miteinander reden. In der kon-

troversen Argumentation sei entscheidend: „Wie gehe ich mit meinem Gegenüber um? Erkläre ich den zum **Feind**? Säe ich Hass und Hetze, oder versuche ich, ihn von meiner Idee zu überzeugen?“

Der Moderator versuchte konkreter zu werden: „Wie kann man Vertrauen zu demokratischen Institutionen, das offenbar bei vielen Menschen verloren gegangen ist, wieder aufbauen?“ Muhterem Aras antwortete auf diese Frage nicht, behauptete aber erstaunlicherweise nun: „Gerade in der Pandemie hat sich gezeigt, dass **unsere demokratischen Institutionen**, unsere Verfassungsorgane **funktionieren**, dass der Staat funktioniert. [...] Die Pandemie hat gezeigt, das Vertrauen der Mehrheit der Gesellschaft in die politischen Institutionen, in den Staat ist gestiegen.“ Im Hinblick auf die Bevölkerung in der Pandemie fügte sie später hinzu, im großen und ganzen sei sie zuversichtlich, denn „Das Zutrauen in die öffentlichen Institutionen ist eher gestärkt worden, auch der Zuspruch zu den öffentlich-rechtlichen Medien übrigens, ist in dieser Pandemie-Zeit eher gestiegen.“ Aras hielt das nicht verwunderlich, denn: „Wir haben ja ein gemeinsames Ziel. Das Ziel ist, diesen Virus zu besiegen.“

Immer wieder beschwor Muhterem Aras „Respekt“, „Anerkennung“ und „Verantwortung“ in der öffentlichen Kommunikation: „Wir sind alle miteinander gefordert.“ Ein Hörer wiederholte diese Phrase, die nun schon 20 Minuten lang das Gespräch beherrscht hatte: „Solidarität braucht ein Wir-Gefühl“ und empfahl die Autobiographie des Sängers und Regisseurs Selcuk Cara, einen „SPIEGEL-Bestseller“, zur Lektüre. Indes, wie entsteht ein „Wir-Gefühl“? Und: Gibt es nur eine Solidarität? Sind bei Solidarität nicht auch Zielkonflikte denkbar?



Beherzt versuchte der Moderator angesichts der Allgemeinplätze eine Konkretisierung: „Wie kann man Zusammenhalt organisieren?“ Obwohl die öffentlichen Medien in Deutschland während der Pandemie unausgesetzt Solidarität beschworen hätten, sei doch festzustellen: „Wir driften auseinander.“

Eine Hörerin beklagte sich, dass mindestens die Hälfte des Dorfes, in dem sie wohnt, nicht Maske trüge; die „gläubten auch nicht an den Corona-Virus“. Die Auseinandersetzung mit ihnen sei fast unmöglich. Nach den floskelhaften Beschwörungen der baden-württembergischen Landtagspräsidentin von Respekt, Zuhören und Überzeugen war man nun bei der Realität der Kommunikation angelangt. Die Verständigung wird schwierig, wenn ein Grundkonsens nicht besteht. Das ist – theoretisch wie praktisch – die Baustelle. Viermal musste der Moderator den Wissenschaftler nun fragen: „Plötzlich streitet man über grundsätzliche Fragen. ... Was kann Zusammenhalt herstellen, wenn die Wirklichkeitswahrnehmung so unterschiedlich ist? ... Wie kann man Brücken bauen?“ Wie kann man eine gemeinsame Diskussionsgrundlage wieder aufbauen? Der Professor kam ins Stottern. „Das ist bestimmt eine spannende Frage. Und ich glaube, auch Wissenschaft wird sich schwer damit tun, darauf eine verbindliche Antwort zu geben.“

Schließlich wand sich Prof. Boehnke „mehr als Privatperson“ zu der Antwort durch: „Die Aufrechterhaltung der Kommunikation ist ein Wert an sich.“ Es gehe „wirklich“ darum, „sich mit den Mitmenschen auseinanderzusetzen“. Der Streit sei letztlich „eine Grundbedingung dafür, dass wir uns konstruktiv mit Problemen auseinandersetzen“. Boehnke sprach von „**Energiekosten**“, die aufgewendet werden müssten, um Zusammenhalt zu stiften. Die Pandemie sei eben eine außergewöhnliche Situation.

Auch Muhterem Aras hatte keine weiteren Ratschläge als „zivilisiert streiten“. Im übrigen müsse man **öffentliche Kommunikationsräume** schaffen und die **Dorfkneipe** erhalten. Ob die Dorfkneipe erhalten werde, hänge – warf Boehnke ein – von politischen Entscheidungen ab. Muhterem Aras offenbarte jedoch, für sich selber sprechend, die eigenen alltäglichen **Grenzen der Kommunikation** mit ihrem Eingeständnis: Wenn sie in der U-Bahn einer Person, die keine Maske trüge, gegenüber sitze – „dann schaut man doch schon komisch,

Selcuk Cara, *Türke – aber trotzdem intelligent. Mein vollkommen verrücktes deutsches Leben*, Hamburg: Edel 2016. – ISBN 978-3-8419-0364-8, 192 S., 14,95 €.

wenn man ganz ehrlich ist. Hat der was? Steckt er mich an?“

Ein Hörer konstatierte dazu kurz und bündig: „Zu Corona-Zeiten gibt es nur noch zwei Gruppen: ‚Gefährder‘ und ‚Gefährdete‘“, ein anderer stellte fest, zu „Corona-Zeiten“ herrsche „eine vergiftete Atmosphäre“. Bietet das Grundgesetz eine Grundlage für ein die Gegensätze überwölbendes Wir-Bewusstsein? Ganz besonders Muhterem Aras trat für **Verfassungspatriotismus** als Wertebasis für ein Wir ein.

Endlich stellte der Moderator die entscheidende Frage: „Ist ‚Wir‘ ein wissenschaftlich haltbarer Begriff?“ Erstaunlicherweise kam auch jetzt der Professor für Sozialwissenschaftliche Methodenlehre, wohl wissend, dass Wissenschaftlern stets vorgeworfen werde, sie wollten keine klaren Festlegungen treffen, ins Stottern: „Das ist natürlich immer schwer zu sagen.“ Vom „Wir“ zu reden, sei sinnvoll. Man müsse allerdings festhalten, dass das Wir „nicht in traditionellen Einheiten“ definiert wird.

Das „Wir“ – das können nicht die deutschen Staatsbürger sein, nicht die ‚Bideutschen‘ [...]. Das „Wir“ kann die Menschheit sein, aber es kann auch meine Heimatgemeinde sein. Das „Wir“ ist nicht etwas, was ideologisch festgelegt ist. Das „Wir“ muss man flexibel definieren [...].“

Wer „Wir“ ist, das müssten alle Bürgerinnen und Bürger jenseits aller formalen Bestimmungen, wer Bürger sein dürfe, jeweils festlegen. Ein klar umrissenes „Wir“, eine Definition, die für jede Situation die gleiche sei, könne es nicht geben.

Dem stimmte Muhterem Aras zu. „Auch ich habe jetzt nicht die klare Eingrenzung. ‚Wir‘ muss immer neu definiert werden.“ In klarem Gegensatz zu dieser Unbestimmtheit setzte sie im nächsten Atemzug – geradezu essentialistisch – fest:

„Wir“ kann meine Nachbarschaft sein, auf der nächsten Ebene meine Stadt, dann kann es mein Land Baden-Württemberg sein, dann kann es aber auch Deutschland oder Europa sein. [...] Entscheidend ist in diesem Wir, dass es von einer Gemeinschaft ausgeht, von einer Gemeinschaft,





die etwas Verbindendes hat. Wir brauchen ein verbindendes Element, wo alle, die zu diesem Wir gehören, das Gefühl haben – Da gibt's auch Regeln, an die sich alle zu halten haben. Das ist das Wir.“

Mehreres ist bemerkenswert an dem, was die baden-württembergische Landtagspräsidentin sagt. Zunächst ist zu betonen, dass sie durchaus die Vorstellung von Wir-Identitäten hat, die vorab festgelegt sind und aus denen die Individuen nach Kriterien, die sie nicht klar benennt, gewissermaßen eine Auswahl treffen können. Dem widerspricht der Begriff „Gemeinschaft“, den sie auch benutzt und der seit TÖNNIES (1855–1936) idealtypisch im Gegensatz zu „Gesellschaft“ steht. Sehr auffällig ist die Lakune bei der Beschreibung des Elements, welches die Verbindung zwischen den Individuen herstellen soll, „wo alle [...] das Gefühl haben...“, – da bricht sie ab, und es fallen ihr jetzt nur **Regeln** ein, an die sich alle zu halten haben, wenn sie als zu der Gemeinschaft gehörig anerkannt sein wollen. Wer die Regeln aufstellt und nach welchen Gesichtspunkten, bleibt offen. Insgesamt sind die autoritären, von außen gesteuerten Gehalte in ihrem Begriff des Wir unübersehbar.

Ein Hörer fordert – dazu passend – eine soziale Dienstpflicht, damit ein Wir entstehe. Wehrdienst, Zivildienst, ein Soziales Jahr würden im Individuum gleichzeitig die Fähigkeit wachsen lassen, über soziale Grenzen hinweg sich verständigen zu können. Führt **Zwang zu mehr Zusammenhalt?** „Als Wissenschaftler“ reagiert Prof. Boehnke skeptisch: Man müsse erstmal sehen, was das für Folgen habe. „Als Privatperson“ macht er aus seiner Sympathie für diesen Gedanken kein Hehl. Muhterem Aras steht dem Zwang auch nur skeptisch gegenüber, soweit die Gefahr besteht, dass eine Dienstpflicht normale Arbeitsverhältnisse gefährden würde.

Wenn es um den ein Wir stiftenden Zusammenhalt geht, spielt auch die gerechte Verteilung von Lasten eine Rolle, gibt der Moderator zu bedenken. Klaus Boehnke kann dem nicht widersprechen, macht in seiner Antwort aber klar, dass es sehr unterschiedliche Begriffe von **Gerechtigkeit** gibt. Den Kern seines Begriffs von Gerechtigkeit macht die Forderung aus: „Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.“

Nun kam ein Hörer zu Wort, der ein widersprüchli-

ches Bündel von Gesichtspunkten ausspakte:

- Die Pandemie sei „eine sehr schöne Erscheinung in Bezug auf: Zusammenhalt in der Gesellschaft üben – das ist eine Kraft, die uns zusammenführt. Maske-Tragen ist ein Akt der **Solidarität**.“
- „Aber gleichzeitig wirken auch Kräfte, die uns auseinandertreiben“. Damit meinte der Hörer „die soziale Schere“, die sich geöffnet hat. „**Geld** ist der Schlüssel zum Mitbestimmen.“
- Aus der Pandemie zog er die Schlussfolgerung: „Solange man die Menschen **mittun** lässt, findet eine Gesellschaft zusammen. [...] Wir erleben flexible Reaktionen, die Menschen können mittun, können überlegen, ob sie sich in hohem Maße an die Regeln halten oder nur im geforderten Maß, können Solidarität üben“. **Staatsbürgerschaft** und Wahlrecht auch für Migranten gehörten dazu.
- Dem **Demokratiedefizit** der EU (Übermacht der EU-Kommission, Machtlosigkeit des EU-Parlaments, Nutzlosigkeit der Europa-Wahlen) schlug er vor, durch ein Mehr an direkter Demokratie entgegenzuwirken (nicht nur „Bürgerräte“ einführen, sondern auch Direktwahl des Bundespräsidenten, Wahlen zu den Rundfunkräten usw.).

Insgesamt gab das Gespräch ein wohl zutreffendes Abbild der Gemengelage in der Diskussion über „das Wir“. Alles mögliche wurde einbezogen: politische Entscheidungen, soziale Ungleichheit, bürgerschaftliche Beteiligungsrechte, die Ausprägung von Fairness in der Gesellschaft, die Akzeptanz von Vielfalt. Da gibt es noch einigen Klärungsbedarf.

Quelle (9.1.21021): <https://muhterem-aras.de/> und https://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2021/01/09/was_haelt_unsere_gesellschaft_zusammen_drk_20210109_0905_e497c7dd.mp3 und https://www.deutschlandfunkkultur.de/mehr-gemeinsinn-mehr-gemeinschaft-was-haelt-unsere.970.de.html?dram:article_id=490476 und <https://www.deutschlandfunkkultur.de/im-gespraech.969.de.html>

P4/2020-3_4 **Grenzen als Ausdruck von Rassismus**

E. TENDAYI ACHIUME, gebürtig aus Zambia, das in kolonialer Zeit *Northern Rhodesia* hieß, ist Professorin für Recht und Leiterin des *Promise Institute for Human Rights* an der *University of California* (Los Angeles) sowie UN-„Sonderberichterstatterin zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ (*Special Rapporteur on Contemporary Forms of Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance*). Dieses Mandat ist 1993 geschaffen worden. Im Dezember war sie (digital) Gast in einem Kolloquium des gerade gegründeten *Centre for Fundamental Rights* an der **Hertie-School** (Berlin). Ihr Vortrag hatte den einfachen Titel: „**Racial borders**“ und fand im Rahmen der Vorlesungsreihe *Fundamental Rights in Practice* statt.

Die Hertie School beschrieb die Intention des Vortrags knapp so: *This presentation will aim to discuss the intersection between racial injustice and migration governance from an international law perspective.* Der Vortrag basierte auf dem gerade fertig gewordenen Bericht Achiumes an die Generalversammlung der **Vereinten Nationen** über Diskriminierung aufgrund von Rassismus und Xenophobie: *Achiume’s presentation will discuss some of the findings of her recent report to the UN General Assembly on racial and xenophobic discrimination, emerging digital technologies in border and immigration enforcement. This report focuses on border and immigration enforcement and addresses the discriminatory impact of emerging digital technologies on migrants, stateless persons, refugees and other non-citizens.* Dieser Bericht (A/75/590) kann heruntergeladen werden von: <https://www.ohchr.org/EN/newyork/Documents/A-75-590-AUV.docx>.

Es ist falsch, sagte Achiume unter Verwendung eines Zitats von **DEBRA THOMPSON**, Rassismus auf individuelle Handlungen und Verhalten einzelner Personen zu beziehen. Später wird sie in Beantwortung einer Frage erklären, dass der strukturelle Zusammenhang von Macht und Sprache es so schwer mache, dem Rassismus mit den Mitteln des kodifizierten Rechts, der standardisierten Sprache von Anwälten und dem normativ kanalisiertem Denken von Richtern beizukommen. Das beste Mittel, aus den Kanalisierungen des Rechts herauszukommen, wäre die Alltagserfahrung.



Tendayi Achiume is Professor of Law at the University of California, Los Angeles School of Law, and a research associate of the African Center for Migration and Society at the University of Witwatersrand in South Africa. She is also the UN Special Rapporteur on Contemporary Forms of Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance and is the first woman to serve in this role since its creation in 1994. The current focus of her scholarship is the global governance of racism and xenophobia and the legal and ethical implications of colonialism for contemporary international migration. In 2016, she co-chaired the Annual Meeting of the American Society of International Law. She is also a recipient of the UCLA Distinguished Teaching Award – the highest university-wide honour for excellence in teaching. Her publications include: Migration as Decolonization, Stanford Law Review; Governing Xenophobia, Vanderbilt Journal of Transnational Law; Syria, Cost-Sharing and the Responsibility to Protect Refugees, Minnesota Law Review; and Beyond Prejudice: Structural Xenophobic Discrimination Against Refugees, Georgetown Journal of International Law.

Hertie School
Centre for
Fundamental Rights





Ihre Definition von „Rasse“ erklärt Achiume an Hand zweier Definitionen: Erstens bezieht sie sich auf HANNEY LOPEZ (*White by Law. The Legal Construction of Race*, New York University 2006: *The term „race“ refers to the „historically contingent social systems of meaning that we attach to elements of morphology and ancestry“*) und zweitens auf Anibal Quijano (*Coloniality of Power, Eurocentrism, and Latin America*, in: *Neplanta. Views from South* [2000], S. 533, 535: *Race as structure*): *Anibal Quijano reminds us that race today is the product of centuries long colonial intervention and exploitation, during which „race became the fundamental criterion for the distribution of the world population into ranks, places, and roles in [...] society’s structure of power.“*

„Rasse“ ist also Produkt einer historisch entstandenen **Konstruktion** der Welt und eine **Struktur**, die Machtbeziehungen beinhaltet. „Rasse“ und „Ethnizität“ überlappen sich, decken sich aber nicht. Gemeinschaften können ethnisch unterschiedlich sein, aber rassistisch zusammengeordnet werden. Rassistische Diskriminierung sehe anders aus, je nachdem von wo aus man schaue, wo man sich befindet. Aus manchen Perspektiven sei sie unsichtbar.

Tendayi Achiume erklärte kämpferisch: Eine Politik, die Migration zu verhindern sucht, ist in sich rassistisch. In diesem Zusammenhang wies sie auf den „Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ hin (*Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration*, GCM, kurz: *Global Compact for Migration*). Im Deutschen wird häufig verkürzt vom UNO-Migrationspakt gesprochen. Er wurde am 19.12.2018 im Rahmen der Agenda 2030 signiert.

Racial Aphasia

“This is not the same as amnesia, which indicates some unfortunate series of events that led to an unintentional forgetting of how the modern world system was founded on, and continues as, a hierarchical racial order. Racial amnesia obscures the power involved in purposeful evasion, suggesting that, like a B-movie plot, we must have accidentally fallen, hit our heads and forgotten our racist past. **Amnesia disavows intent. Aphasia, on the other hand, indicates a calculated forgetting, an obstruction of discourse, language and speech.**

...

International bodies and states alike profess normative and legal commitments to racial equality while racial stratification persists both between the developed and developing worlds and within most, if not all, racially heterogeneous societies. **White supremacy as a global institution and racism as a pervasive social structure are obscured ... ; as a result, racism is instead reduced to abhorrent individualistic acts or attitudes. The promise of the post-racial society is realized not through reparations or substantive equality, but in the imposition of race-free discourses that keep international and domestic racial orders firmly entrenched.”**

Der *Global Compact* genau wie die „UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ (*Guiding Principles on Business and Human Rights*, UNGP) von 2011 sind Beispiele für *soft law*, erläuterte Achiume, die sich im übrigen *deeply critical of Human Rights Law* zeigte. Beides sei jedoch beachtenswert, vor allem in der internationalen Politik.

Wie verhält sich der internationale Menschenrechtsdiskurs zur Migration?

Um den Stellenwert von Menschenrechten im Zusammenhang mit Migration zu verstehen, blickte Achiume in die Geschichte zurück. Seit der Mitte des 19. bis ins 20. Jahrhundert hinein haben etwa 62 Mill. Europäer ihren Kontinent verlassen (**white migration**). Es ist ein weißes *migration regime* entstanden, welches auch *visa regimes* beinhaltete. In diese Zeit fällt die Entwicklung von *migration restrictions*. 1906 hat die Ankunft von ein paar Hundert Indern in Kanada dort eine rassistische, xenophobe Gesetzgebung ausgelöst. Die australische Provinz Victoria definierte als einen „**Immigranten**“:

any adult native of China or its dependencies or any islands in the Chinese Seas or any person born of Chinese parents.

Heute ist der Ausdruck „illegaler Immigrant“ rassistisch. „**Wirtschaftsflüchtling**“, sagte Achiume schonungslos, sei ein rassistischer Begriff, weil er ein Kollektiv von bestimmten *entitlements* abzuschneiden versuche, in deren Genuss andere kommen. *Non-whiteness* fungiere als Exklusionsmechanismus. Konsequenterweise beurteilte sie **Europas Grenzregime im Mittelmeer als rassistisch** und zitierte in ihrer Folie NICHOLAS DE GENOVA, Professor am *Department of Comparative Cultural Studies* der Universität

Houston. De Genova hat 2005 ein Buch über Mexikaner in den USA publiziert (*Working the Boundaries. Race, Space, and „Illegality“ in Mexican Chicago*, Duke University Press) und unter anderen Büchern zum Thema 2017 ein Buch über Europas Grenzregime herausgegeben (*The Borders of „Europe“. Autonomy of Migration, Tactics of Bordering*).

GLOBAL COMPACT ON MIGRATION

“**Human rights:** The Global Compact is based on international human rights law and upholds the principles of non-regression and non-discrimination. By implementing the Global Compact, we ensure effective respect, protection and fulfilment of the human rights of all migrants, regardless of their migration status, across all stages of the migration cycle. We also reaffirm the commitment to eliminate all forms of discrimination, including racism, xenophobia and intolerance against migrants and their families.”



Aristi Volou
Armin Triebel

Die „Rasse“ – die Zuschreibung, der Begriff, die Praxis der Politik, das blieb hier offen – sei selber eine Grenze. „Grenzen“ sind nicht nur Linien in der Landschaft. Beispiel Marokko: Im öffentlichen Leben sehe man, von Süden kommend nach Norden hin reisend, berichtete Achiume, immer weniger subsaharische Menschen, weil Europa Druck auf Marokko ausübe, damit die Schwarzafrikaner der EU-Außengrenze nicht zu nahe kommen. Hier werde bereits durch die marokkanischen Behörden *racial profiling* betrieben.

Nur weil sie ganz intensiv im globalen Diskurs über Migration eingebunden und ganz weit von den Glaubenssätzen europäischer Politiker und deutscher Seehofers entfernt ist, war es ihr wohl möglich, unverblümt festzustellen: Nur aufgrund einer ahistorischen Sicht könne man der Meinung sein, dass jede **Nation** ein Recht habe, Fremden den Zugang auf ihr Territorium zu verwehren. Dieses Mantra europäischer und deutscher Juristen, Politiker, diese Selbstverständlichkeit für den Mann auf der Straße nannte sie ganz einfach: *racialized logics*.

Durch die Digitalisierung werden **Grenzen** noch undurchlässiger werden, fürchtet Achiume. Durch künstliche „Intelligenz“ in Form von *predictive analytics*, biometrischen Datensammlungen und autonom ablaufenden Entscheidungsalgorithmen und in Verbindung mit Sensoren am Boden, Drohnen von oben und automatischer Gesichtserkennung entstehen digitale Grenzen, die völlig unabhängig von geographischen Grenzlinien sind.

Die Fragen, die der Vortrag von Tendayi Achiume provozierte, bezogen sich mehrheitlich auf mögliche Gegenstrategien. Sehe die Referentin denn in Europa irgendwelche Gegenkräfte gegen diese tendenziell rassistische (*racialized*) Politik? Etwa

in dem sich abzeichnenden Arbeitskräftebedarf der europäischen Wirtschaft? Achiumes Antwort: Von *racialized border regimes* kommen wir nicht weg, wenn wir bei dem existierenden **Wirtschaftssystem** bleiben. Grenzen seien eine Funktion von ökonomischen Vorgängen. Wir können diese Abhängigkeit mindern und insoweit den Rassismus mindern. Wichtig aber wären zwei Schritte: (1.) *To name the nature of the racial injustice, make borders more just. Map out visa regimes.* (2.) Koalitionen mit anderen Bewegungen bilden (*forming movement coalitions*), z.B. mit Klimaschützern und den Bewegungen für Rassengleichheit.

Verspricht sich Achiume etwas von Rechtsanwälten und Richtern, juristischem Vorgehen? **Strafverfolgung** und Rechtsprechung seien, antwortete Achiume, nicht der Königsweg. Sie könnten wichtig sein – z.B. vielleicht bei *racial profiling*. Man könne mal einen Fall aufgreifen und dadurch eine öffentliche Diskussion über Gerechtigkeit im Justizwesen, in der Schule, in der Ausbildung in Gang setzen, und nicht zuletzt könne man diese Themen in der Fortbildung von Juristen zur Geltung bringen. Wichtiger aber sei es, den **Rassismus klar zu benennen**.

AT

Racial borders nach Achiume

Racial borders refers generally to territorial and political border regimes that disparately curtail movement (mobility) and political incorporation (membership) on a racial basis, and sustain international migration and mobility as racial privileges.



Racial Borders

Europe’s deadly borders ... must be understood as *racial borders*.

The physical barricading and ever more lethal policing of Europe’s borders, likewise, signify an abundantly racialized affair. Rather than perceiving the brute racial (post)coloniality of Europe’s borders as a merely “exclusionary” matter, it is vital that we discern the ways that this profoundly raciali-

zed system of immigration and asylum operates in fact in a perfectly predictable way as a machine of *inclusion* – albeit a form of inclusion that is always one of racialized, postcolonial, illegalized labor subordination.

Nicolas De Genova, *Europe’s Racial Borders*, January 2018

B1/2020-3_4 **Positionspapier zur
europäischen und
internationalen
Jugendarbeit**

Die *Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (IJAB)* informiert über eine trägerübergreifende Initiative zur Stärkung des internationalen Jugendaustauschs: „**Neue Wege 2021**“. Diese steht unter dem Dreiklang „Netzwerke stärken – Partnerschaften erneuern – Digitale Begegnungen gestalten“.

IJAB schreibt: „Die Corona-Pandemie hat im Jahr 2020 einen tiefen Einschnitt in diesem wichtigen Feld internationaler Bildungsprozesse und Austauschkooperationen verursacht: Geplante Begegnungen junger Menschen konnten nicht stattfinden, grenzüberschreitende fachliche Zusammenarbeit in der Jugendhilfe steht in der Warteschleife, internationale Kooperationen in der jugendpolitischen Zusammenarbeit drohen verloren zu gehen. In dieser Situation besteht dringender Handlungsbedarf für Ermutigung, Erneuerung und Digitalisierung. Die über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen der europäischen und internationalen Zusammenarbeit für und mit jungen Menschen dürfen nicht verloren gehen. **Was ist jetzt zu tun?**“

In drei Punkten beschreibt IJAB den **Neustart**, den man für nötig hält. Das Positionspapier ist vom IJAB und den folgenden Fach- und Förderstellen der Europäischen und Internationalen Jugendarbeit in Deutschland unterschrieben:

- ConAct – Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch,
- Deutsch-Französisches Jugendwerk,
- Deutsch-Polnisches Jugendwerk,
- JUGEND für Europa – Nationale Agentur Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps,
- Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch,
- Tandem – Koordinierungszentrum Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch.

Die Hervorhebungen im Text kommen vom SSIP.

1. Grenzüberschreitende Netzwerke stärken – Organisationen in Partnerländern unterstützen:

Die Corona-Krise führt weltweit vor Augen, dass das Handeln in nationalen Zusammenhängen nur beschränkt hilfreich ist. Zielführend sind vielmehr die **Ansätze internationaler Zusammenarbeit**, Wege aus der Krise zu finden: Multilateral Denken und Handeln ist angezeigt. Damit die Mobilität junger

Menschen nicht abnimmt und nationale Grenzen nicht den Bewegungsspielraum für das Leben, Lernen und Arbeiten junger Menschen einschränken, gilt es jetzt zu handeln: Unzählige Austauschkooperationen zwischen Jugendverbänden, Bildungsträgern und kommunalen Einrichtungen mit Partnerorganisationen in anderen europäischen Ländern und weltweit müssen jetzt Unterstützung erfahren. Die Strukturen und Netzwerke internationaler Kooperationen im Feld der Jugendarbeit benötigen vermehrt ideelle, physische und **digitale Angebote** sowie finanzielle Förderung, um ihre verbindliche Zusammenarbeit fortzusetzen und zu erneuern. Dringlich ist auch die Unterstützung von Organisationen in den Partnerländern, um die bestehenden Netzwerke internationaler Jugendarbeit zu erhalten.

2. Begegnungen wieder starten – Digitale Wege eröffnen:

Während vielfach Reisewarnungen noch andauern, wächst der Wunsch, bilaterale und multilaterale Begegnungen junger Menschen sowie Individualaufenthalte und Freiwilligendienste schnellstmöglich wieder zu realisieren. Doch selbst wenn Reisen wieder möglich ist, bleiben **für absehbare Zeit** die Bedingungen für Begegnungsprogramme unter den gegebenen **Vorsichtsmaßnahmen** und Hygienebeschränkungen herausfordernd: Es bedarf größerer Räume für gemeinsame Aktivitäten, und die Unterbringung muss räumlich entzerrt werden. Programmpunkte und Reiseaktivitäten müssen neu konzipiert werden, Kosten der An- und Abreise sind vielfach höher, Risiken der Planung und Buchung sind schwer kalkulierbar. Um Austausch wieder möglich zu machen, müssen Möglichkeiten und Mittel für Träger internationaler Jugendarbeit flexibilisiert werden. Politische Unterstützung zur Gewährung von Visa ist dringend erforderlich. Wo die Corona-Pandemie physischen Austausch noch verhindert, sind **digitale Formate** für Begegnungen und jugendpolitische Zusammenarbeit zu entwickeln, Träger zu beraten und schnelle Förderwege für digitale und **hybride Austauschformate** zu eröffnen. Hierzu bedarf es auch einer adäquaten technischen Ausstattung.

3. Mit Internationaler Jugendarbeit in die Zukunft der Demokratie investieren:

In Zeiten der Angst vor Ansteckung und in Zeiten zunehmender sozialer Distanz als Folge der Pandemie steht der **demokratische und soziale Zusammenhalt** unserer Gesellschaft auf dem Prüfstein.

Nationalistische und nach Abgrenzung rufende Gesinnung, **Verschwörungstheorien** und demokratiefeindliche Stimmen werden laut. Bedrohlich verbreiten sie sich inmitten unserer weltoffenen, auf Gleichwertigkeit und Freiheitlichkeit bauenden Gesellschaftsordnung. Internationale Jugendarbeit setzt solchen Tendenzen **grenzüberschreitend Erfahrungen des Miteinanders** entgegen. Seit Jahrzehnten arbeiten Menschen mit hohem, vielfach ehrenamtlichem Engagement, um Mobilität, Austausch und Begegnung junger Menschen über Grenzen und Krisen hinweg möglich zu machen. Diese belastbaren Netzwerke der Austauscharbeit stärken Verbundenheit und Identität in Europa. Ihre Rolle als Garanten von internationaler Zusammenarbeit und zukünftiger Weltoffenheit muss hervorgehoben werden.

Soweit der Kerntext. Das Résumé hat einen beschwörenden Ton: „Europäische und Internationale Jugendarbeit braucht jetzt Akteur*innen [sic] mit Mut und Zuversicht, Bestehendes zu erhalten und neue, **auch digitale Wege** zu gehen. [...] Lassen Sie uns im Jahr 2021 mit voller Energie die Kooperationen Internationaler Jugendarbeit fortsetzen, weiterentwickeln und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln fördern. Ab 2022 gilt es, einen Aktionsplan zum **Wiederaufbau** der Europäischen und Internationalen Jugendarbeit zu beginnen, für den umfängliche finanzielle Mittel bereitzustellen und gemeinsam konkrete Handlungswege zu eröffnen sind.“

Quelle: IJAB9-11-20_16:06



A1/2020-3_4 **Restitution von Kulturgütern nach Afrika**

Als der französische Staatspräsident EMMAUEL MACRON im November 2017 in einer Rede vor Studierenden der Universität von Ouagadougou (Burkina Faso) sich für die Rückkehr des afrikanischen Kulturerbes aus staatlichen Sammlungen und Museen in Frankreich aussprach, löste dies ein **kulturpolitisches Erdbeben** aus, dessen „seismische Wellen“ – um beim Bild zu bleiben – auch in der deutschen Museumslandschaft zu spüren sind. Dabei sind Restitutionsforderungen aus den ehemaligen Kolonien und Einflusszonen der überwiegend europäischen Imperialmächte beileibe keine Neuigkeit. Genauso wenig waren die kolonialzeitlichen Plünderungen in Afrika, Lateinamerika und Ozeanien (diese Aufzählung ist nicht vollständig!) die ersten Raubzüge der Menschheitsgeschichte. In Erinnerung gerufen seien hier die – bisher erfolgreich zurückgewiesenen – **Rückgabeforderungen** des ägyptischen Staates nach ikonischen Kulturgütern wie der Büste der Nofretete (Neues Museum auf der Museumsinsel in Berlin) sowie dem Obelisk aus dem Tempel von Luxor (*Place de la Concorde* in Paris). Für das subsaharische Afrika wurden vergleichbare Vorstöße in den Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit der ehemaligen Einflussgebiete bislang stets mit dem (nicht unzutreffenden) Hinweis auf eine fehlende museale Infrastruktur und die schwierigen konservatorischen

Bedingungen in den überwiegend tropischen Ländern zurückgewiesen. Dabei wurde bereits in den 1970er Jahren in der bundesdeutschen Debatte sowohl auf die Notwendigkeit hingewiesen, hierzulande eine **Stätte für die Begegnung mit den außereuropäischen Kulturen** zu schaffen, als auch das kulturelle Erbe in denjenigen Regionen zu bewahren, die als „Entwicklungsländer“ bezeichnet wurden, sowie dort geeignete Strukturen für dessen Erhalt zu fördern.

Wie ist es nun aber möglich, dass die Rede des französischen Staatspräsidenten eine neue Dynamik in die Debatten gebracht hat und dabei sogar Entwicklungen angestoßen wurden, die sich mit Fug und Recht als unumkehrbar bezeichnen lassen? Einen wesentlichen Anteil daran hat eine von Macron in Auftrag gegebene **Bestandsaufnahme von kolonialzeitlichen Kulturgütern** in staatlichen französischen Sammlungen. Mit ihr wurden der senegalesische Sozialwissenschaftler **FELWINE SARR** und die Kunsthistorikerin **BÉNÉDICTE SAVOY** beauftragt. Ihr 2018 vorgelegte Bericht mit dem Titel *„Rapport sur la restitution du patrimoine culturel africain. Vers une nouvelle éthique relationnelle“* ist in seiner französischen Originalversion sowie in englischer Übersetzung abrufbar unter <http://restitutionreport2018.com/>. Das Presse-Echo auf die Vorlage des Berichts sowie die seither publizierten Beiträge sind längst nicht mehr überschaubar. Bemerkenswert ist einerseits, dass die kulturpo-

A. Afrika



litische Debatte auch in Deutschland aufgegriffen wurde. Bemerkenswert ist andererseits auch das **Tempo**, mit dem die öffentlichen und politischen Debatten sowie die Fachdiskurse in Museumswissenschaften, Ethnologie und weiteren Disziplinen durch entsprechende Maßnahmen flankiert wurden:

Bei der *Kulturstiftung der Länder* wurde eine „Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland“ eingerichtet. Als erste **Anlaufstelle für Kontaktanfragen** aus den Herkunftsgesellschaften von Sammlungsgut soll sie Zugänge zu den

einschlägigen Sammlungen aus kolonialen Kontexten in Deutschland eröffnen.

In gemeinsamer Trägerschaft von Bund und Ländern arbeitet die Kontaktstelle eng mit dem von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien finanzierten *Deutschen Zentrum Kulturgutverluste* zusammen, mit der vom Auswärtigen Amt finanzierten *Agentur für Internationale Museumskooperation* sowie mit den kommunalen Spitzenverbänden.

2019 legte der *Deutsche Museumsbund* einen **Leitfaden „Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten“** in deutscher, englischer und französischer Sprache vor (<https://www.museumsbund.de/wp-content/uploads/2019/08/dmb-leitfaden-kolonialismus-2019.pdf>). Hier werden rechtliche Fragen zu Sammlungsgut ebenso behandelt wie Grundzüge einer Provenienzforschung (u.a. Quellen und Methoden) dargelegt sowie mit umfangreichen „Praxishilfen“ nutzbar gemacht. Mit einer „Dekolonisierung des Sammlungs- und Museumsmanagements“ bereitet der Leitfaden eine Grundlage für die vielerorts bereits angestoßene Abkehr vom klassischen „Völkerkundemuseum“ hin zu einem kulturell angemessenen Umgang mit

Sammlungsgut außereuropäischer Provenienz sowie einer angepassten Ausstellungspraxis.

Für Projektanträge wurde ebenfalls 2019 im *Deutschen Zentrum Kulturgutverluste* ein **eigener Förderbereich** „Kultur- und Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten“ eingerichtet und mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Förderziele sind die Provenienzforschung zu Kultur- und Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten sowie die darauf bezogene Grundlagen- und Kontextforschung. Wissenschaftlich begleitet wird das Zentrum durch einen hochkarätig besetzten „Förderbeirat“. Diesem Gremium gehört mit dem Germanisten ALBERT GOUAFFO immerhin ein namhafter und in der Kolonialforschung einschlägig ausgewiesener Angehöriger der sogenannten „Herkunftsgesellschaften“ bzw. „Herkunftsstaaten“ an. Gouaffo ist Hochschullehrer an der *Université de Dschang*, einer Stadt im Westlichen Hochland von Kamerun, die Anfang des 20. Jahrhunderts als deutscher Militär- und Landwirtschaftsstützpunkt gegründet wurde. Die Philosophische Fakultät an dieser Hochschule ist zugleich Sitz des Redaktionsteams der Zeitschrift „*Mont Cameroun*“, die interkulturellen Studien zum deutschsprachigen Raum (aus afrikanischer Sicht) sowie deutsch-afrikanischen Studien, insbesondere zur Kolonialzeit, gewidmet ist (vgl. <https://mont-cameroun.com>).

Dass nach knapp drei Jahren nicht nur wohlfeile Worte und Absichtserklärungen zu Buche schlagen, das belegen mehrere, hochgradig **symbolische Akte von Restitution**: So hat das Linden-Museum Stuttgart im Februar 2019 Sammlungsobjekte an den Staat Namibia übergeben, die aus dem persönlichen Besitz von **Hendrik Witbooi** (1834–1905) stammen. Witbooi war während der deutschen Kolonialzeit „*Kaptein*“ und einer der wichtigsten Anführer der Nama-Gruppen im damaligen Schutzgebiet Deutsch-Südwest-Afrika. Witbooi gilt im heutigen Namibia als Nationalheld. Diese symbolträchtige Restitution steht in engem Zusammenhang zur Debatte um den Umgang mit der deutschen Kolonialgeschichte in der südlichen Kapregion. Im Zentrum der Auseinandersetzungen steht die Forderung, Deutschland solle die Niederschlagung des Aufstands von Angehörigen der Herero und Nama durch deutsche „Schutztruppen“ (1904–1908) mit ca. 70.000 Opfern auf afrikanischer Seite als Völkermord anerkennen. Die Bundesregierung hat diese Forderungen lange Zeit zurückgewiesen, sicherlich auch aus Furcht davor,

Plakat aus der Reihe „Dekoloniale Einwände gegen das Humboldt-Forum“, gestaltet von *AfricAvenir* in Zusammenarbeit mit *No Humboldt 21!* (aus: Lagatz, Savoy & Sissis (2021), op. cit., Abb. 65, S. 79)

A

Bauer, Gerd Ulrich (2000): „Ohne Kolonialkunst wäre ein europäisches Museum leer“: Die Restitutionsdebatte um koloniales Kulturerbe in Museumssammlungen. In: *Mare Nostrum: Wissensraum Mittelmeer* (01/2020). Hgg. von der Stiftung Wissensraum Mittelmeer-Europa (WEM) e.V. Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen, S. 91–98.

einen Präzedenzfall zu schaffen, der von weiteren ehemaligen Kolonialstaaten bzw. deren Nachfolge-Staaten aufgegriffen werden könnte. Eine Zäsur ist erst am 10. Juli 2015 eingetreten, als das Auswärtige Amt erstmals die Bezeichnung „**Völkermord**“ für das gewaltsame Vorgehen gegen die Herero und Nama verwendete.

Ob und inwieweit die durch Emmanuel Macron angestoßenen bzw. beschleunigten Restitutionen auch zu einer nachhaltigen Veränderung im europäisch-afrikanischen Verhältnis zu führen vermag, bleibt noch abzuwarten. So viel kann allerdings gesagt werden: Ein **Prozess ist in Fahrt gekommen**, der sich gewiss nicht aufhalten oder umkehren lässt. Und das ist gut so! GUB

E1/2020-3_4 Die Demokratie auf Lesbos verteidigen

Anfang September 2020 wurde ein erster **Covid-19-Fall** im **Flüchtlingslager Moria** auf Lesbos bekannt. Daraufhin verhängten die griechischen Behörden eine 14-tägige Quarantäne über die dort lebenden, ca. 13.000 Menschen. *Ärzte ohne Grenzen* kritisierte diese Massenquarantäne angesichts der Überfüllung des Lagers, das für 2.800 Personen konzipiert war, angesichts der schlechten hygienischen Bedingungen sowie fehlender medizinischer Versorgung. In der Nacht vom 8. zum 9. September brach ein Brand aus, der das Lager fast vollständig zerstörte. Es wurde in den folgenden Wochen nicht wieder aufgebaut; die griechische Armee errichtete an einem anderen Ort ein Auffanglager für die Geflüchteten. Europäische Länder nahmen etwas über 1.000 Geflüchtete auf, die Bundesrepublik sicherte die Aufnahme von 1.553 Personen zu (nach wikipedia).

Einen Monat später veröffentlichte der Fotojournalist **Erik Marquardt** (geboren 1987), einen Augenzeugenbericht über die Situation. Marquardt ist seit November 2015 Mitglied des Parteirats von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* und war Sprecher der *Grünen Jugend*. Seit der Europawahl 2019 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments. Wir geben diesen Bericht in Auszügen wieder:

Aktuelle Titel zum Thema:

Savoy, Bénédicte (2021): *Die Provenienz der Kultur. Von der Trauer des Verlusts zum universalen Menschheitserbe*. Aus dem Französischen von Philippa Sissis und Hanns Zischler. (= Fröhliche Wissenschaft; 135). Berlin: Matthes & Seitz. - ISBN 978-3-95757-568-5, 70 S., 10,00 €.

Savoy, Bénédicte (2021): *Afrikas Kampf um seine Kunst. Geschichte einer postkolonialen Niederlage*. München: C.H. Beck. - ISBN 978-3-406-76696-1, 256 S., 24,00 €.

Dolezalek, Isabelle; Savoy, Bénédicte; Skwirblies, Robert; Frepoli, Luca (Mitarb.) (2021): *Beute: Eine Anthologie zu Kunstraub und Kulturerbe*. Berlin: Matthes & Seitz. - ISBN 978-3-7518-0311-3, 390 S., 38,00 €.

Lagatz, Merten; Savoy, Bénédicte; Philippa Sissis (2021): *Beute: Ein Bildatlas zu Kunstraub und Kulturerbe*. Berlin: Matthes & Seitz. - ISBN 978-3-95757-568-5, 430 S., 38,00 €.

Ich schreibe diese Zeilen auf Lesbos, einem der schönsten Orte Europas, der in diesen Tagen eine seiner schrecklichsten Geschichten erzählt. Moria, das größte Flüchtlingslager Europas, ist vollständig abgebrannt. 13.000 Menschen, die schon vorher in unwürdigen Bedingungen lebten, sind jetzt obdachlos.

Tagelang hinderte die lokale Polizei die Hilfsorganisationen daran, die obdachlosen Opfer der Brandkatastrophe medizinisch zu versorgen und ihnen Essen zu geben. Viele aßen und tranken tagelang nichts, und Kinder löschten ihren Durst notgedrungen mit Abwasser [...] Die Polizisten setzten Tränengas gegen Männer, Frauen und sogar Kinder ein. Brandwunden blieben tagelang unterversorgt.

Nun gibt es ein neues Moria. Und die Zustände sind schlimmer denn je. Während kleine Kinder hinter Absperrbändern und Zäunen im Dreck spielen, suchen auf der anderen Seite Soldaten nach Minen und Munitionsresten. Menschen, die mit Corona infiziert sind, werden mit anderen hinter Stacheldraht eingesperrt, die als Verdachtsfälle gelten. Das ist ein Verbrechen.

Als die Berliner Mauer fiel, war ich zwei Jahre alt. [...] Nun, 30 Jahre später, sitze ich hier, und einige Kilometer weiter sind demokratische Staaten für

E. Europa

E

Ziegler, Jean: *Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten (Lesbos. La Honte de L'Europe, übers. v. Hainer Kober)* München: Bertelsmann 2020. - ISBN 978-3-570-10423-1, 144 S., 15,- €.

die Entwürdigung von Menschen verantwortlich. 30 Jahre später scheint vergessen zu sein, welches Glück es ist, dass wir Freiheit teilen dürfen.

Erik Marquardts Gedanken zu Mauern, Grenzen und **europäischen Werten** ziehen eine Linie von seiner DDR-Sozialisation zu der Flüchtlingssituation an Europas Südgrenze; sie sind es darüberhinaus wert, im Kopf behalten zu werden, weil es Gedanken sind über die Entwicklung der **westlichen Demokratie**, die durch vieles in eine Krise geraten ist, unter anderem durch den im Westen herrschenden *doublethink*.

Die Berliner Mauer stand 28 Jahre lang als Symbol für Repression, Unfreiheit und das Einsperren der eigenen Bevölkerung. Die Lehren aus dieser Zeit sucht man an den europäischen Außengrenzen vergebens. Und auch weltweit haben Mauern Konjunktur. Es gibt inzwischen 70 Grenzmauern auf der Welt – etwa fünf mal so viele wie 1989. Die Berliner Mauer existiert nicht mehr. Doch der Gedanke, durch ein Bauwerk das Andere, das Fremde, das Feindliche abzuhalten, gedeiht an vielen Orten nach wie vor.

Als ehemaliger DDR-Bürger weiß er es zu schätzen, dass „mutige Bürgerinnen und Bürger“ bis 1989 die „Freiheit erkämpft haben“ – und zwar:

Nicht mit Gewalt, sondern mit einer Idee. Der Idee, dass wir eine Gesellschaft auf einem Fundament aus Rechtsstaat, Menschenrechten und der Würde jedes einzelnen bauen müssen – weil wir nur so ein Haus bauen können, das niemand mehr einreißen kann. Die Menschen gingen mit dieser Idee auf die Straße und wussten nicht, ob sie zur Realität wird. Sie konnten nicht wissen, dass keine Schüsse fallen würden. [...] Doch heute steht die Berliner Mauer wieder - in Moria. [...] Statt einer Seenotrettung im Mittelmeer für Menschen, die aus Libyen fliehen, errichten wir eine Mauer aus Ertrunkenen.

Marquardt moralisiert die europäische Anti-Flüchtlingspolitik jedoch nicht einfach. Er sieht in ihr eine Gefahr für die westliche Idee von Demokratie: Diese Strategie der entwürdigenden Außengrenzen folgt [...] einer einfachen Logik: So lange das

Mittelmeer und Moria nicht gefährlicher sind als der Bürgerkrieg in Libyen, steht die Mauer der Abschreckung nicht stabil. Wenn weniger Menschen ankommen sollen, müssen mehr leiden und sterben.

Angesichts dieses gnadenlosen Abwägens, auf welche Weise man **Menschen wirkungsvoll Angst machen** machen kann, fragt er: „Ist das nicht ein Zeichen dafür, dass wir mehr **Angst vor uns selbst** haben sollten als vor der anderen Seite jenseits der Mauer?“ Warum denn, fragt sich der Leser, sollten die Bürger im Westen Angst vor sich selber bekommen? Weil wir es sind, erklärt uns der Autor, die wir hier mit der **Erosion der Demokratie**, von der in westlichen Publikationen in anderen Zusammenhängen viel die Rede ist, beginnen. Marquardt meint, dass die europäische Demokratie an ihren eigenen *double standards*, durch ihre eigene Doppelmoral, also von innen zugrunde gehen könnte. Einen Ausdruck dieser Doppelmoral findet er bei der Verleihung der Robert-Schuman-Medaille an den DDR-Dissidenten Wolfgang Welsch im Jahr 2015. Der Fluchthelfer Welsch hatte über 200 Menschen geholfen, aus der DDR-Diktatur in die Bundesrepublik zu fliehen.

Marquardt: Im Oktober 2015, als alle Welt über Flucht sprach, verlieh Manfred Weber als Vorsitzender der EVP-Fraktion die Robert-Schuman-Medaille an Wolfgang Welsch. [...] Nach der Laudatio für den prämierten Fluchthelfer von gestern forderte Manfred Weber von der EVP in der öffentlichen Debatte, die „Schlepper-Mafia“ von heute im Mittelmeer zu bekämpfen.

Für Erik Marquardt liegt die Folgerung auf der Hand: Fluchthelfer von früher haben für ihre Dienste auf dem Weg von der Diktatur in die Demokratie Medaillen verdient – heute wiederum sind die Fluchthelfer die Schuldigen für die Toten an unseren Mauern und gehören bekämpft. Eine erfolgreiche Flucht wird nicht mehr gefeiert. Eine erfolgreiche Flucht ist das Scheitern der Strategie der Abschottung. Hauptsache nie wieder 2015. Hauptsache keine neue „Flüchtlingswelle“. [...]

Die Politik verfolge das einzige Ziel: „Weniger Menschen sollen nach Europa kommen – koste es, was es wolle.“ Und dann wird mit Krokodilstränen das Argument vorgebracht, die Bundesrepublik könne doch aber **nicht alle Flüchtlinge der Welt aufnehmen**. Das nimmt Marquardt auf. „Wie viele Milli-

onen sollen denn noch kommen?“, werden immer wieder diejenigen gefragt, die sich für Menschenrechte von Geflüchteten einsetzen.

Er antwortet, dass es einfach nicht wahr sei, dass „alle“ nach Europa wollen – Beispiel Türkei:

Als Anfang März 2020 Erdogan erklärte, die Grenzen nach Europa seien nun geöffnet und 15.000 Menschen an die Grenze gedrängt wurden, sah die Welt diesem vermeintlich friedlichen Europa dabei zu, wie es seine hässliche Seite zeigte. Erdogan missbrauchte die Menschen als Waffe. Doch wir entwaffneten ihn nicht durch eine demokratische Antwort. **Europa schoss einfach zurück.**

Gerechtfertigt wurde das Schießen mit Munition und Tränengas vor allem damit, dass das ja gar keine „richtigen Flüchtlinge aus Syrien“ seien. Abgesehen davon, dass man die Fluchtgründe in Asylverfahren und nicht in Grenzscharmützeln prüft, war vor allem die Abwesenheit von syrischen Geflüchteten bemerkenswert. Jahrelang wurde vor einem Andrang von Millionen von Menschen gewarnt, die in der Türkei auf gepackten Koffern säßen. Und dann kommen trotz der Grenzöffnung nur eine Handvoll der 3.500.000 syrischen Geflüchteten an die Grenze, vor denen wir uns fürchteten? Wie kann das sein?

Die Antwort ist einfach: Es gibt diese Millionen von Menschen nicht, die nach Europa drängen. 3,5 Millionen Väter, Mütter und Kinder aus Syrien sind nicht auf der Flucht. Sie leben in der Türkei. Sie fliehen nicht nach Europa, weil sie nicht nach Europa fliehen wollen.

Hier werden Einwanderungsgegner auf die Zahlungen verweisen, die Deutschland an die Türkei leistet, damit Geflüchtete dort bleiben und die Türkei entschädigt wird. Aber das ginge an Marquardts Argument vorbei. Er wirft dem Konzept von Demokratie, das Europa verteidigen will, einen **inneren Verfall** vor, für den Ablösezahlungen gerade ein Ausdruck wären. Im einzelnen lassen sich fünf Anzeichen des Verfalls erkennen:

- Die europäische Demokratie leidet unter Verwahrlosung: Die Schlepper aus Libyen handeln sicherlich nicht aus humanen Motiven, sind jedoch für viele Geflüchtete der einzige Weg, um zu einem Asylverfahren in Europa zu kommen, in dem die Würde jedes einzelnen Menschen zu schützen eigentlich die Aufgabe aller staat-

licher Gewalt ist. Doch staatliche Gewalt ist an den europäischen Außengrenzen zu einem wertlosen Zombie verkommen, der ausschließlich einem einzigen Ziel folgt: Weniger Menschen sollen nach Europa kommen – koste es, was es wolle. Wenn sich der Begriff staatlicher Gewalt von seiner Basis demokratischer Legitimation löst, sind indes nicht nur Menschen außerhalb Europas Grenzen in Gefahr, sondern auch innerhalb ihrer.

- Die europäische Demokratie leidet unter Zukunftsangst: In einer immer komplexer werdenden Welt ist der Wunsch nach neuen Mauern dabei wohl nicht nur ein Wunsch nach Geborgenheit und Sicherheit, sondern auch der Wunsch danach, der steigenden Komplexität einen Schutzwall entgegenzusetzen, um der eigenen Überforderung durch das Unbekannte etwas entgegenzusetzen. Dabei sperrt die Mauer nicht nur das Unbekannte aus, sondern auch das Bekannte ein.
- Die europäische Demokratie leidet unter Opportunismus: In der Realität ist die von Regierungen artikulierte Angst vor einem Kontrollverlust an den europäischen Außengrenzen eine Metapher für die Angst vor dem Kontrollverlust über die eigenen Wahlergebnisse. Diese Angst lähmt dabei zu oft und zu lange schon den Willen, Herausforderungen zu bewältigen. Der Vorwurf, Herausforderungen nicht mehr bewältigen zu wollen, entbehrt nicht der Ironie in einer Gesellschaft, zu deren Lieblingsfloskeln es gehört, man nehme gerne neue Herausforderungen an.
- Die europäische Demokratie leidet unter Verständnislosigkeit: Während wohl die meisten europäischen Staats- und Regierungschefs in Reden für Rechtsstaatlichkeit eintreten, sieht die Realität an den europäischen Außengrenzen düster aus. Statt in einem rechtsstaatlichen Verfahren zu ergründen, welche Gründe ein Mensch hat, auf ein überfülltes Schlauchboot zu steigen und sein Leben für die Freiheit zu riskieren, werden die Schutzsuchenden an den Außengrenzen mit Knüppeln, Tränengas und Warnschüssen erwartet. Mehrfach kam es zu Mauertoten, einige wurden erschossen. „Effizientes Grenzmanagement“ ist dabei der „antifaschistische Schutzwall“ von heute.
- Die europäische Demokratie leidet unter Kraftlosigkeit: Wer die Mauern an den Grenzen niederreißen will, muss vor allem den Wunsch nach neuen Mauern niederreißen. Nicht mit

E

Gewalt, sondern mit einem Gedanken. Wie damals mutige Menschen gegen einen Unrechtsstaat auf die Straßen gingen, müssen auch heute wieder unsere kraftvollen Ideen von Freiheit, Würde und Rechtsstaatlichkeit das Unrecht im eigenen Europa niederreißen.

Unausgesprochen durchzieht den Text von Erik Marquardt die Frage: Kann eine solche Demokra-

tie, die im doppelten Sinne faul ist, die Zukunft Europas sichern, geschweige denn ein Vorbild für die Welt sein?

Quellen: wikipedia (s. Eintrag „Flüchtlingslager Moria“, 3.1.21); wikipedia (engl. s. Einträge „doublethink“ und „doublespeak“, 3.1.21); Berliner Zeitung (2.–4.10.2020), S. 26–29



E2/2020-3_4 Solidarität mit Ertrinkenden

Die europäischen Staaten haben sich vom Retten von Flüchtlingen, die Europa über das Mittelmeer zu erreichen versuchen, weitgehend zurückgezogen. **Europäische Rettungsleitstellen** sind ihrer Verpflichtung, die Seenot-Fälle zu koordinieren und den Überlebenden einen sicheren Hafen zuzuweisen, wiederholt nicht nachgekommen. Das berichtete im Sommer, als die Covid-19-Infektion in Deutschland auf niedrigstem Niveau verharrte, die Berliner ARD-Nachrichten-Station „InfoRadio“. Sie brachte ein Interview mit OLIVER KULIKOWSKI, dem Sprecher von *Sea-Watch*, der das Medienteam im Berliner Büro der Organisation leitet (<https://www.evangelisch.de/personen/oliver-kulikowski>).

Der Verein **Sea-Watch e.V.** wurde am 19. Mai 2015 angesichts der humanitären Katastrophe im Mittelmeer gegründet. Im Frühjahr 2015 wurde ein alter Kutter gekauft und für den Einsatz zur Seenotrettung umgebaut. Nach eigener Darstellung war *Sea-Watch* bisher an der Rettung von weit über 37.000 Menschen beteiligt. Kulikowski erklärte die Gründung von *Sea-Watch* als unmittelbare Folge davon, dass die europäische Seenotrettungsmission **Mare Nostrum** Ende 2014 eingestellt worden war.

Diese Rettungslücke, die damals bestanden hat, die hat immer noch Bestand, weil es nach wie vor an einer institutionalisierten und flächendeckenden Seenotrettung im Auftrag der EU und auch mit einem klaren Mandat fehlt. Zum Beispiel: Die Operation *Irini*, die jetzt im Mittelmeer stattfindet, operiert sehr bewusst außerhalb von Fluchtrouten, um ein Waffenembargo durchzusetzen [...].“

Die Situation im Mittelmeer sei seit 2015 eher schlechter geworden, sagt Kulikowski. Seenotfälle würden nicht mehr gemeldet, sondern die europäischen Seenot-Rettungsleitstellen würden gleich die libysche Küstenwache informieren, damit diese die Menschen nach Libyen zurückschleppe.

Die Erfolge in der Seenotrettung in den letzten fünf Jahren lagen Kulikowski zufolge „deutlich stärker auf der zivilgesellschaftlichen Seite als auf der Seite der Politik“. Wenn es immer wieder unvertretbar lange dauere, bis den privaten Rettungsschiffen sichere Häfen zugewiesen würden, sei die Begründung dafür in der Regel, „dass es noch keine Zuweisung anderer europäischer Staaten gebe, sich um die Aufnahme und Verteilung dieser Menschen zu kümmern.“ In Deutschland gebe es „über 150 deutsche Städte und Kommunen [...], die sich

zu sicheren Häfen erklärt haben und Geflüchtete aufnehmen wollen. Dass sich da beispielsweise **Horst Seehofer (CSU)** in Berlin und Thüringen, die dies machen wollen, querstellt, das ist nicht nur ein politischer und moralischer Skandal und eine Bankrotterklärung. Das zeigt auch, dass er die rechtlichen Gutachten dazu offensichtlich nicht gelesen hat, die klar sagen, dass er da nicht nach Lust und Laune entscheiden kann“, sagt Kulikowski.

Ende Januar 2020 hat das Bündnis „**United4Rescue**“ das ehemalige Forschungsschiff „Poseidon“ für 1,3 Millionen € ersteigert. Die „Poseidon“ war zuletzt vom Kieler *GEOMAR / Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung* genutzt worden. Am 20. Februar wurde das Schiff in Kiel von Schleswig-Holsteins Landtagsvizepräsidentin AMINATA TOURÉ (Grüne) als *Sea-Watch 4* getauft und vom Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), HEINRICH BEDFORD-STROHM, **gesegnet** worden. Die Idee für ein Rettungsschiff war auf dem **Evangelischen Kirchentag 2019** entstanden. Mit der Taufe wurde das Schiff offiziell an die Hilfsorganisation *Sea-Watch* übergeben. Nach Überführung in den spanischen Hafen Burriana wurde es für rund 500.000 € den Aufgaben in der Seenotrettung entsprechend umgerüstet. Am 6. August 2020 starteten *Sea-Watch*, *Ärzte ohne Grenzen* und *United4Rescue* gemeinsam den ersten Rettungseinsatz. Am 19. September 2020 setzten italienische Behörden die *Sea-Watch 4* fest.

United4Rescue – **Gemeinsam Retten** e.V. (Hannover) wurde im November 2019 als gemeinnütziger Verein gegründet und ist zur Zeit ein Bündnis aus 770 Organisationen. Die Gründungsinitiative kam von Menschen aus der evangelischen Kirche.

Mit dem Vorgängerschiff *Sea Watch 3* ist der Name **CAROLA RACKETE** verbunden. Die nautische Offizierin, auch bereits Kapitänin von *Sea Watch 2*, hatte im Juni 2019 mit der *Sea Watch 3* gegen den Widerstand eines italienischen Kriegsschiffes vierzig verbliebene Gerettete in den Hafen von Lampedusa gebracht und war daraufhin von der italienischen Staatsanwaltschaft unter Anklage gestellt worden.

In einem Interview der Zeitschrift *Schrot&Korn* kritisierte Rackete die Bewegung *Fridays for Future* ebenso wie DIE GRÜNEN und brachte die großen Zukunftsaufgaben mit dem Begriff der **Solidarität** in eine klare Rangfolge.

Im Großen und Ganzen stimme ich mit den Grünen überein, aber sie verfolgen immer noch die Idee vom grünen Wachstum, obwohl es wissenschaftlich längst klar ist, dass man Wachstum nicht mit Klimaschutz zusammenbringen kann. Eine große Studie des Weltbiodiversitätsrats hat das 2019 eindrücklich gezeigt: Eine Million Arten sind bis 2050 vom Aussterben bedroht! Die Autoren des Berichts sagen, dass wir mit einem wachstumsbasierten Wirtschaftssystem unsere Ökosysteme zerstören. [...]

Bald wird der Bundestag gewählt. Haben Sie Hoffnung für den Klima- und Naturschutz?

Soziale Gerechtigkeit finde ich wichtiger als Klima. Klimaschutz kommt sowieso – selbst mit der AfD.

Mit der AfD?

Schauen Sie mal in andere europäische Länder wie Finnland, Ungarn oder Frankreich. Dort befürworten rechte Parteien bereits den Klimaschutz. Sie argumentieren dann: Klimaschutz ist wichtig, damit nicht so viele Migranten ins Land kommen. Aber wir betreiben **bereits jetzt eine krasse Abschottungspolitik**, um uns Geflüchtete vom Hals zu halten. So entsteht über kurz oder lang die grüne Festung Europa.

Sie plädieren für globale Solidarität?

Genau! **Solidarität ist zentral**. Wir müssen uns fragen: Sind wir in der Klimapolitik solidarisch mit anderen Ländern? Nützt eine Verkehrswende auch denen, die wenig Geld haben? Wie können wir die Wirtschaft so umbauen, dass auch Arbeiterinnen davon profitieren? – Es muss immer zuallererst um **soziale Gerechtigkeit** gehen.

Letzte Meldung: Am 2. März 2021 hat das Verwaltungsgericht in Palermo die Festsetzung der *Sea-Watch 4* vorläufig aufgehoben.

*Quellen und Text: <https://sea-watch.org/ueber-uns/>; <https://www.evangelisch.de/inhalte/168082/01-04-2020/hintergruende-sea-watch-4-united-4-rescue>; <https://www.united4rescue.com/partners>; <https://www.inforadio.de/dossier/2020/wir-muessen-reden--was-haben-wir-geschafft-/sea-watch-seenotrettung-mission-kulikowski.html> (8.8.2020, 7:44); Interview Carola Rackete: *Schrot&Korn* (Bio Verlag GmbH, Aschaffenburg), Heft 6 (2021), S. 57–59. Foto mit freundlicher Genehmigung von *united4rescue*.*

F. Aus der Forschung

F1/2020-3_4 UNESCO-Lehrstuhl in Hildesheim neu besetzt

Der *UNESCO-Lehrstuhl der Universität Hildesheim für die Künste in Entwicklungsprozessen* erforscht die Rolle von Kulturen und Künsten in Krisen- und Umbruchzeiten. Die UNESCO hat das Konzept des Lehrstuhls für weitere vier Jahre positiv evaluiert. Der bisherige Lehrstuhlinhaber, **Prof. Dr. Wolfgang Schneider**, ist emeritiert worden.



Am 1. März 2020 hat DR. JULIUS HEINICKE die Nachfolge von Wolfgang Schneider angetreten. Am Freitag, 19.6.2020, fand auf Einladung der Staatsministerin Michelle Müntefering im Auswärtigen Amt die symbolische Staffelübergabe statt. „Die Arbeit des Hildesheimer UNESCO Chairs begeistert mich seit Langem“, erklärte die Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission Prof. Dr. Maria Böhmer. „Am Lehrstuhl werden **Kunsthfreiheit und Menschenrechte** nicht nur diskutiert. In Hildesheim wird gelehrt, wie wir Tag für Tag für sie eintreten können. Dafür möchte ich Professor Schneider ganz herzlich danken und freue mich darauf, die inspirierende Zusammenarbeit der letzten Jahre jetzt mit Professor Heinicke fortsetzen zu können.“

Nach dem Studium der Kultur- und Theaterwissenschaften / kulturelle Kommunikation hat Julius Heinicke an der Humboldt-Universität Berlin mit einem Stipendium der Heinrich-Böll-Stiftung promoviert (Dissertation: „*How to Cook a Country: Theater in Zimbabwe im politisch-ästhetischen Spannungsfeld*). Von 2012 bis 2016 forschte und lehrte er am Institut für Theaterwissenschaft der Freien Universität in Berlin zu den Themenfeldern transkulturelle Ästhetik, kulturelle Vielfalt, Kulturpolitik und Kulturarbeit im Rahmen von *The Aesthetics of Applied Theatre*, insbesondere an einer Studie zu *Theatre in Education in Southern Africa*. Seit 2016 war er Dozent an der Theaterakademie der Hochschule für Musik und Theater Hamburg.

In der nun folgenden Phase setzen Prof. Dr. Julius Heinicke und der Geschäftsführer DR. DANIEL GAD samt Team auf die Fortführung und Etablierung erfolgreicher Kooperationsprogramme mit Künstlerinnen und Künstlern weltweit wie die *Arts Rights Justice Sommerakademie*, Forschungsk Kooperationen mit internationalen Organisationen, so z.B. „Kultur und Konflikt“ mit der GIZ in Mali oder

dem internationalen Netzwerk der UNESCO Chairs zur Forschung im Bereich Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. In Zeiten großer gesellschaftlicher Umbrüche und globaler Wandlungsprozesse, welche die international agierenden Künstlerinnen und Künstler und kulturpolitische Akteure maßgeblich beeinträchtigen und herausfordern, versteht sich der Lehrstuhl in Zukunft verstärkt als unabhängige Forschungsinstitution, welche kulturpolitische Diskurse unter einem kritischen und postkolonialen Fokus voranbringt, schreibt Daniel Gad. Das Team strebt wissenschaftliche Kooperationen und Begleitstudien mit Projekten, Initiativen und Programmen kulturpolitischer Akteure und Stakeholder wie etwa der Deutschen UNESCO-Kommission, dem Goethe-Institut, dem ifa, der GIZ, dem BMZ und dem Auswärtigen Amt sowie ausgewählten Partnern insbesondere in der arabischen Region und auf dem afrikanischen Kontinent an, so Dr. Gad.

Einen Schwerpunkt bilden die Einbindung und der Austausch mit Studierenden, Doktorandinnen und Doktoranden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern weltweit. So werden im internationalen Bachelor-Plus-Studiengang in Hildesheim, in Kooperationen mit einem pan-arabischen Masterstudiengang in Marokko und der *DAAD Graduate School „Performing Sustainability“* und in weiteren internationalen Promotionsprogrammen Diskurse und Debatten um Postkolonialismus, Antirassismus, Nachhaltigkeit, Kulturelle Diversität und Kunstfreiheit kritisch reflektiert und vorangebracht.

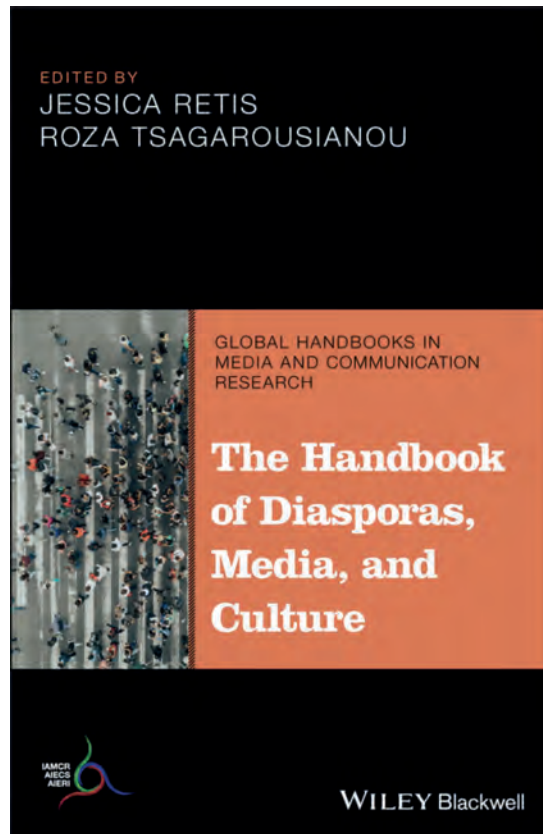
Adresse: Prof. Dr. Julius Heinicke, Professur für Kulturpolitik, c/o Institut für Kulturpolitik, Stiftung Universität Hildesheim, Universitätsplatz 1, 31141 Hildesheim

Quellen, Text und Info: <https://www.uni-hildesheim.de/index.php?id=875>; https://www.geisteswissenschaften.fu-berlin.de/v/applied-theatre/personen/Wissenschaftliche_Mitarbeiterinnen_und_Mitarbeiter/Dr_Julius_Heinicke.html; Daniel Gad ([uni-hildesheim.de](https://www.uni-hildesheim.de)); <https://www.uni-hildesheim.de/fb2/institute/kulturpolitik/team/heinicke/>; <https://www.uni-hildesheim.de/unescochair/>

F₂/2020-3_4 **Endlich ein Einstieg in Diasporas**

Der Begriff „Diaspora“ und seine Dimensionen haben seit den 1980er Jahren verstärkt Eingang in die Debatten verschiedener Forschungsbereiche gefunden. Die steigende Präsenz des Diaspora-Begriffs entstammt dem Bedürfnis, Auswirkung und Bedeutung der zunehmenden Mobilität im Zeitalter der Globalisierung zu untersuchen und die daraus entstehenden Veränderungen in sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontexten besser verstehen zu können. Vor allem in Feldern, in denen intersektional gedacht werden muss, ist es längst nicht mehr möglich, den Einfluss der Wanderung von Bevölkerungsgruppen zu ignorieren. Das vorliegende Sammelwerk versteht sich selbst als Einstiegs- oder Grundlagenwerk, das einen Gesamtüberblick über aktuelle Diskussionen aus verschiedenen Bereichen bieten soll, die sich durch die gesellschaftliche Durchmischung verändern. Neben den politischen Dimensionen werden Einflüsse auf Themen wie Geschlechter- und Generationsforschung, Netzwerkbestrebungen, National- und Gruppenverständnis und die Gestaltung physischer und virtueller Sozialräume beleuchtet.

Quelle & Text: ifa WIKA 87



Jessica Retis / Roza Tsagarousianou (Hgg.), *The Handbook of Diasporas, Media and Culture*, Hoboken: Wiley Blackwell 2019. – ISBN 978-1-119-23670-2, 624 S., 179,- €.

F₃/2020-3_4 **Christliche Missionsleute im Ersten Weltkrieg**

„Golconda“ hieß das Schiff, das Angehörige christlicher Missionsstationen, die von den Engländern während des Ersten Weltkrieges aus Indien ausgewiesen worden waren, nach Deutschland zurückbrachte.

Die Schockwellen und Verfeindungen durch den Kriegsausbruch 1914 zerrissen auch die religiöse Landschaft. Ende November / Anfang Dezember 2018, einhundert Jahre nach Kriegsende, fand in der **Fachhochschule für interkulturelle Theologie Hermannsburg** (FIT) ein Symposium über die Frage, wie sich der Weltkrieg auf die Kirche und die christliche Mission ausgewirkt hat, statt.

Frieder Ludwig (Hg.), *The First World War as a Turning Point. The impact of the years 1914-1918 on Church and Mission (with special focus on the Hermannsburg Mission)* / *Wendezeit Weltkrieg. Die Auswirkungen der Jahre 1914-1918 auf Kirche und Mission (unter besonderer Berücksichtigung der Hermannsburger Mission)*, Münster: Lit 2020 (Quellen und Beiträge zur Geschichte der Hermannsburger Mission und des Ev.-luth. Missionswerkes in Niedersachsen; 27). – ISBN 978-3-643-91137-7, 250 S., 34,90 €.

Eine Zeichnung der „Golconda“ aus einem Büchlein der „Missionsfrau“ Therese Zehme zierte den Bucheinband des Konferenzbands, der jetzt beim Lit-Verlag erschienen ist. Herausgegeben hat ihn der ehemalige Gründungsrektor der FIT, der inzwischen einen Lehrstuhl für *Global Studies and Religion* an der Universität Stavanger (Norwegen) hat, PROF. DR. DR. FRIEDER LUDWIG.

F

Die breite Thematik des Bandes wird bei einem Blick auf das **Inhaltsverzeichnis** deutlich:

- Frieder Ludwig: Introduction
- Philip Jenkins: *The Great War and the Holy War*
- Martin Tamcke: Der Völkermord an den Assyriern im Ersten Weltkrieg in der Urmia Region im Blick der Hermannsburger Quellen
- Volker Metzler: Eine Kommission von Orientmissionen in Deutschland
- Rolf Hosfeld: *Johannes Lepsius: Moral Politics, Imperialism and Civil Disobedience*
- Kevin Ward: *The First World War and Mission in the Anglican Communion*
- Adam Jones: *The Leipzig Mission in East Africa, 1914–1925*
- Fritz Hasselhorn: *Steering Course in Troubled Times. The First World War and the Hermannsburg Mission in South Africa*
- Hagos Abrha: *Christianity and Global Networks in Ethiopia during and after the First World War*
- Iris Leung Chui Wa: *Aggressive Nationalism vs Global Mission. German Missionary Societies in Hong Kong during the First World War*
- Pui Yee Pong: *German Mission History in Hong Kong*
- Jayabalan Murthy: *The First World War and Its Impact on the Leipzig Mission Society in India*

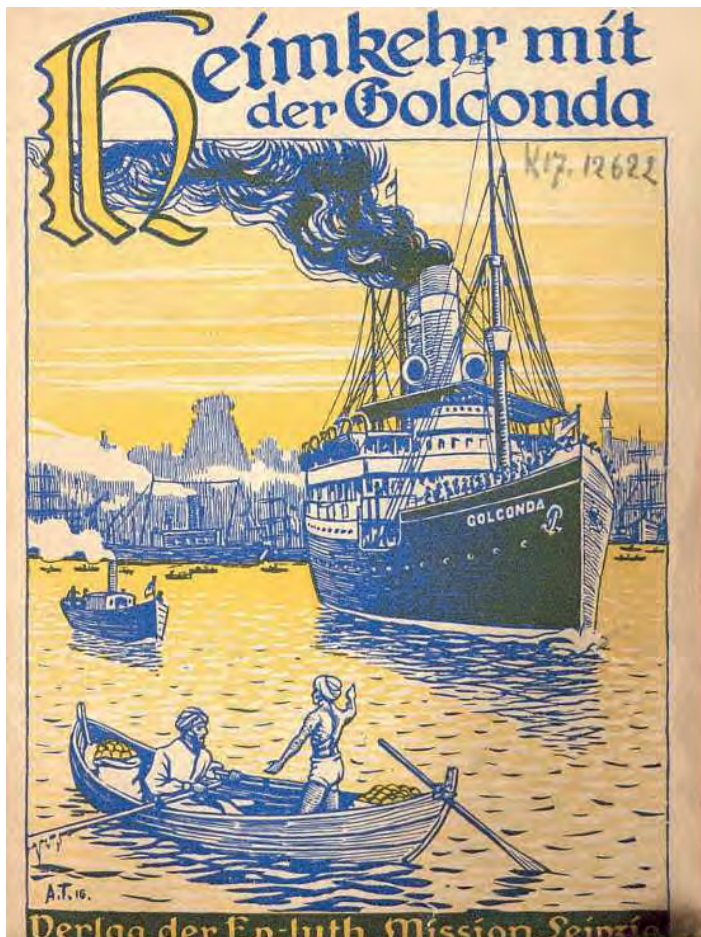
- Gunther Schendel: Konservative Kontinuitäten und Innovationen

In seiner Einleitung (S. 1–36) diskutiert Frieder Ludwig das Verhältnis von Politik und Religion, das mit dem Ersten Weltkrieg in eine neue Phase trat, allgemein. Er zitiert zeitgenössische Stimmen, die die Auswirkungen des Weltkriegs auf Religion und auf Politik in Worte zu fassen versuchten. Besonders eindrücklich müssen dabei die Besorgnisse Albert Schweitzers, die Ludwig zitiert, erscheinen. In der Dritten Welt fragt man sich, schrieb **Albert Schweitzer** 1926, wie es sein kann, dass die christlichen Nationen, die sich mit der Botschaft von Predigt und Liebe stark gemacht hatten, nun einander und den Rest der Welt abschlachteten. Was habe Jesu' Botschaft eigentlich gebracht? In welchem Ausmaß die ethische und religiöse Autorität des „weißen Mannes“ durch den Krieg beschädigt worden ist, werde man erst viel später erkennen.

Wie sehr Schweitzers resignierte Worte auch in die heutige Zeit passen, wo die *double standards* des Westens von der nicht-europäischen Welt aus ganz offen angeprangert werden! Steuert der Westen nicht heute in eine **moralische Niederlage**, wie er vor 100 Jahren in eine militärische gestolpert ist? Wird sich nicht in das Gedächtnis der nicht-europäischen Gesellschaften einschreiben, dass der Westen mit Lug und Trug Kriege in Irak, in Afghanistan angezettelt hat, die in der nicht-europäischen Welt nicht etwa die Segnungen der Demokratie brachten, sondern massenhaften Tod und anhaltende Armut? Begeht nicht das europäische Grenzregime an den Südrändern Europas tagtäglich Menschenrechtsverletzungen? Ist nicht der allerchristlichste deutsche Innenminister einer der Hauptverantwortlichen dafür, dass Tag für Tag im Mittelmeer Menschen ertrinken? Dies schreibt der Herausgeber in der Einleitung nicht. Aber es ist ein Verdienst dieses Konferenzbandes, dass er den Leser zu Überlegungen anregt, die über den thematischen Zeitraum Erster Weltkrieg hinaus- und bis in die **Jetztzeit** hineingehen.

Quelle: FIT; Lit-Verlag

Kontakt: Lit-Verlag, Fresnostr. 2, D-48159 Münster,
Tel. 0251 / 620 32-22; Fax 0251 / 922 60 99;
E-Mail: vertrieb@lit-verlag.de



I1/2020-3_4 Das Virus spaltet – nicht zuletzt in arabischen Ländern

Al-Fanar Media ist eine unabhängige *Non-profit*-Nachrichtenplattform, die sich auf Nachrichten aus Kultur, Bildung und Forschung aus den arabischen Ländern spezialisiert hat. Das *Zentrum Moderner Orient* (Berlin) machte im Juli auf einen Artikel dort über die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf den Zusammenhalt von Gesellschaften aufmerksam, in dem sich auch Einschätzungen eines Forschers am ZMO, DR. SAMULI SCHIELKE, fanden.

Der Artikel von Eman Kamel trägt den Titel *Society Through the Lens of a Pandemic: What Anthropologists Are Learning*. Eman Kamel ist eine ägyptische Journalistin, die 2001 ein Studium der Massenkommunikation an der Universität Kairo abgeschlossen hat und gegenwärtig unter anderem in Qatar arbeitet. In dem Artikel geht es um Folgen der weltweiten Epidemie im Hinblick auf die arabischen Länder. Es stellt sich aber heraus, dass diese ebenso auf Europa zutreffen.

In dem Papier wird der US-amerikanische Ethnologe und Psychologe **Charles Leslie Briggs** (University of California UCLA, Berkeley) zitiert, der **Stigmatisierung** und **Spaltung** als zwei Effekte nennt, die Epidemien immer begleiten. Neben der Markierung von Sündenböcken lässt die Epidemie in der Gesellschaft vorhandene Spaltungen und Ungleichheiten wie in einem Röntgenbild aufscheinen. „*Just as these inequalities seem to be a normal part of society, all of a sudden, in an epidemic, such inequalities often lead to massively different rates of infection and death.*“ Vor Viren und Bakterien sind nicht alle gleich (vgl. ika 62/1-2, S. 6).

Das *Social and Economic Survey Research Institute* der Universität Qatar hat festgestellt, dass die Schicht der Arbeiter im Golfstaat wenig Desinfektionsmittel benutzten, und führte das darauf zurück, dass sie weniger Zugang dazu hatten. Unter den 23 Millionen Arbeitsmigranten, die es in den arabischen Staaten gibt, infizierten sich besonders viele. Dafür waren sie es, die am ehesten angefeindet wurden. In dem Artikel wird eine bekannte kuwaitische Schauspielerin, Hayat Al-Fahad, erwähnt, die mit den Worten „*put them in the desert*“ die Deportation aller Arbeitsmigranten gefordert habe (<https://english.alarabiya.net/en/life-style/enter->

[tainment/2020/04/02/-i-did-not-say-anything-wrong-Kuwaiti-actress-responds-to-critics-on-expat-ban](https://english.alarabiya.net/en/life-style/entertainment/2020/04/02/-i-did-not-say-anything-wrong-Kuwaiti-actress-responds-to-critics-on-expat-ban)), damit in den Hospitälern Betten für die einheimische Bevölkerung frei würden. Der Dichter Tariq Al-Mehyas setzte noch einen drauf, indem er in einem Video präzisierte: „Wenn wir von Migranten sprechen, meinen wir immer Asiaten“, und Asiaten erführen in den Golfstaaten niemals eine Gleichbehandlung (<https://twitter.com/AbdirahimS/status/1249734697598386183?s=20>): „*When we say migrants we mean Asians*“. Für diese Bemerkung wurde er später zu Gefängnis verurteilt.

Farah Hallaba, die an der Universität Kent Ethnologie studiert und die beliebte *Facebook-page* „*Anthropology in Arabic*“ (<https://www.facebook.com/AnthropologyBel3araby/>) betreibt, wird mit der Feststellung zitiert: „*this tendency to divide the community into ‚them‘ and ‚us‘ is a human coping mechanism that is often exacerbated by a sense of superiority*“. Wenn es in einer Kultur eine starke ethnozentrische Tendenz der Selbstüberhebung und rassistische Einstellungen gebe, dann könnten sich solche **xenophoben Reaktionen** zu **Ausrotungsphantasien** verdichten.

Der Forscher am ZMO, Samuli Schielke, spricht zwei andere Folgewirkungen an. Seiner Meinung nach wird man abwarten müssen, ob sich die **Religionsausübung** dauerhaft verändern wird –

Ausgewählte Werke von Charles L. Briggs

(mit Clara Mantini-Briggs): *Stories in the Time of Cholera. Racial Profiling during a Medical Nightmare*, Berkeley: University of California Press 2003.

(mit Richard Bauman). *Voices of Modernity. Language Ideologies and the Politics of Inequality*, Cambridge: Cambridge University Press 2003.

„Why Nation-States Can't Teach People to be Healthy. Power and Pragmatic Miscalculation in Public Discourses on Health“, in: *Medical Anthropology Quarterly* 17,3(2003), S. 287–321.

„Theorizing Modernity Conspiratorially. Science, Scale, and the Political Economy of Public Discourse in Explanations of a Cholera Epidemic“, in: *American Ethnologist* 31,2 (2004), S. 163–186.

„Genealogies of Race and Culture and the Failure of Vernacular Cosmopolitanisms: Rereading Franz Boas and W.E.B. Du Bois“, in: *Public Culture* 17,1 (2005), S. 75–100.

I. Islam, Muslime und Mittlerer Osten



etwa in Richtung auf mehr Individualisierung. In den muslimischen Ländern wurden die Möglichkeiten des gemeinsamen Gebetes und der Moscheebesuche drastisch beschnitten.

Eine andere Wirkung betrifft die Forschung selber. Mit Menschen zu sprechen, umfasst einen großen Teil des ethnologischen Forschungsprozesses; und die Gelegenheiten dazu sind bis jetzt äußerst eingeschränkt. Die Notwendigkeiten für Ethnologen zu reisen erwähnte Schielke noch nicht einmal. Und ob die Einschränkung des diskursiven Austausches innerhalb der Wissenschaften generell negative Auswirkungen auf das intellektuelle Klima haben werden, wird man rückblickend erst in Jahren feststellen können.

AT

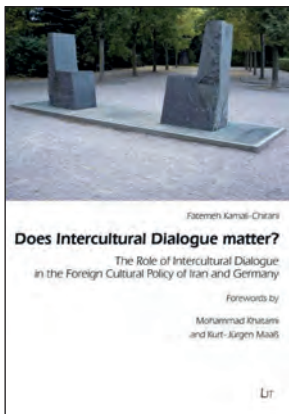
Quelle: <https://www.al-fanarmedia.org/2020/07/society-through-the-lens-of-a-pandemic-what-anthropologists-are-learning/> (18.12.2020)

I

12/2020-3_4

Über den interkulturellen Dialog mit dem Iran

Eine Dissertation, an der die Verfasserin fast vier Jahre gearbeitet hat und die die Politik der interkulturellen Beziehungen zwischen dem Iran und der Bundesrepublik Deutschland zum Thema hat, ist drei Jahre später im Druck erschienen.



Mohammad Khatami, Staatspräsident des Iran bis 2005, und Kurt-Jürgen Maaß, Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa Stuttgart) von 1998 bis 2008, haben Vorworte beige-steuert.

In der Zeitschrift *Iranian studies*, 2020, S. 1–5 ist dazu eine Rezension (Lars Müller) erschienen.

Der Klappentext informiert über das Buch und die Autorin folgendermaßen:

„Intercultural dialogue“ between Western and Muslim countries is often presented as a way to reduce conflict. In this view, dialogue will lead to a better understanding, which in turn will contribute to a more peaceful coexistence. On the other hand, „intercultural dialogue“ for more than two decades also has been part of Foreign Cultural Policy, an instrument of the foreign policy of governments.

This book describes and analyzes how and why „intercultural dialogue“ has been a part of German-Iranian relations. It was pursued by heads of states, government ministries, parastatal organizations, NGOs, and committed individuals from both countries. Fatemeh Kamali-Chirani discusses whether this approach was merely symbolic or decorative, or whether is actually mattered, politically and culturally.

Die Autorin (geboren 1982 in Rasht/Iran) hat einen BA in Journalismus und einen MA in *North American Studies* an der *University of Tehran* absolviert und an der Universität Augsburg promoviert.

Quelle: ifa-Bibliothek; <https://www.lit-verlag.de/isbn/978-3-643-80295-8?c=8246>

Kamali-Chirani, Fatemeh: *Does Intercultural Dialogue Matter? The Role of Intercultural Dialogue in the Foreign Cultural Policy of Iran and Germany*. (Außenpolitik - Diplomatie - Sicherheit/International Relations - Diplomacy - Security; 5), Wien/Zürich: Lit 2019. - ISBN 978-3-6438-0295-8, 248 S., 34,90 €.

Syrer in Jordanien

von Rund Sunna

Jordanien und Syrien haben einen Großteil ihrer Geschichte gemeinsam, da sie früher ein Territorium umfassten. Sie haben Traditionen, Kultur und Religion gemeinsam. Jordanier, vor allem diejenigen, die in Mafraq, einem Gouvernement von Jordanien, leben, haben schon immer Syrer durch Heirat in ihre Familien aufgenommen. Für die jordanische Kultur gilt: Wenn man jemanden heiratet, wird er Teil der eigenen Gruppe. Als der syrische Bürgerkrieg 2011 ausbrach, nahmen die Jordanier die Syrer ohne Bedenken auf.

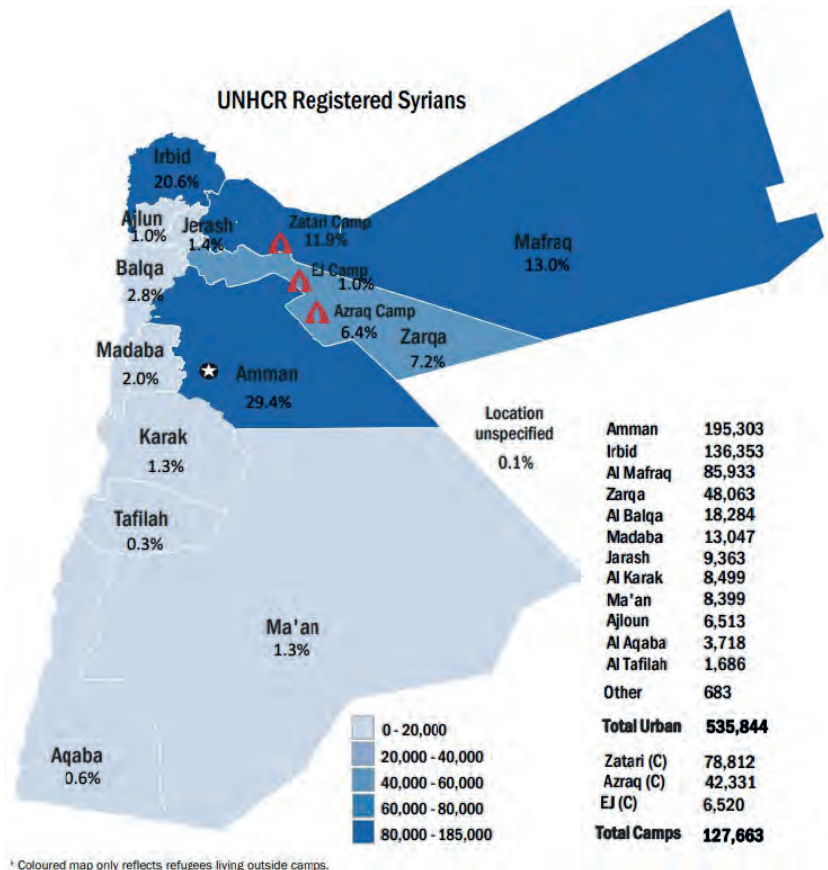
Durch die Ankunft von Syrern in Jordanien gab es auch keinen großen religiösen Schock, da beide Länder den gleichen, sunnitischen, Glauben haben. Jordanien ist ein Land mit einer Mehrheit von sunnitischen Muslimen, die 92% der Gesamtbevölkerung ausmachen. 6% sind Christen, entweder orthodox oder katholisch. Jordanien beherbergt auch viele historische religiöse Stätten und einige der ältesten bekannten Kirchen der Welt (Anm. 1). Das heißt, dass in Jordanien aus Tradition und Geschichte religiöse Toleranz herrscht.

Wieviele Syrer es in Jordanien gibt

Jordanien beherbergt heute rund 1,3 Millionen Syrer - ca. 13% der Bevölkerung Jordaniens. Davon sind ca. 663.500 (Anm. 2), also etwas mehr als die Hälfte, sogenannte „registrierte“ Flüchtlinge, d.h. sie sind beim UNHCR (Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge) registriert. Die Syrer, die nicht in dieser Weise registriert sind, halten sich trotzdem nicht illegal in Jordanien auf; denn es ist kein Visum nötig, um sich zwischen Jordanien und Syrien zu bewegen.

Nach Angaben des UNHCR sind etwa die Hälfte der syrischen Flüchtlinge in Jordanien Kinder (unter 18 Jahren), die andere Hälfte sind Erwachsene zwischen 18 und 60 Jahren, und ein kleiner Prozentsatz von 4% ist über 60 Jahre alt (Anm. 3).

Etwa 60% der syrischen Flüchtlinge im arbeitsfähigen Alter sind arbeitslos im Vergleich zur jordanischen Bevölkerung mit einem Anteil von ca. einem Viertel (Anm. 4). Im Jahr 2018 lebten 78% der syrischen Bevölkerung unterhalb der jordanischen Armutsgrenze (Anm. 5). Angesichts von Hilfskürzungen und der COVID-19-Pandemie sind die



Quelle: <https://data2.unhcr.org/en/documents/details/84576>

meisten syrischen Familien auf humanitäre Hilfe angewiesen, um ihre Grundbedürfnisse zu decken.

Wo Syrer in Jordanien leben

Amman, Al Mafraq [*al-mafraq*], Irbid und Al Zarqa [*az-Zarqā*] sind die Städte mit den meisten syrischen Flüchtlingen in Jordanien (Anm. 3). Nach dem Zustrom von Syrern, die vor dem syrischen Bürgerkrieg flohen, wurden fünf syrische Flüchtlingslager errichtet (Anm. 6). Das größte syrische Flüchtlingslager der Welt befindet sich in Al Mafraq und heißt „Al Zaatari“; es wurde am 28. Juli 2012 eröffnet (Anm. 7).

Wenn die Flüchtlinge keinen Reisepass oder Ausweis haben, werden sie in das Flüchtlingslager eingewiesen. Dort erhalten sie eine Identitätskarte vom UNHCR und werden vom UNHCR mit Nahrung, Wasser, Medizin und Bildung versorgt. Einige Lager bestehen aus Wohnwagen, andere aus Zelten. Außerhalb des Lagers dürfen sich die Flüchtlinge nicht aufhalten (Anm. 8).

Wenn die Flüchtlinge einen Reisepass haben, können sie ganz normal nach Jordanien einreisen. Sie



Foto: Marwa Awad, *World Food Programme in Syria*; <https://www.wfpusa.org/articles/10-facts-about-the-syrian-refugee-crisis-in-jordan/> (4.3.2021, 21:03)

können sich dann beim UNHCR als Flüchtling registrieren lassen, erhalten einen Flüchtlingsausweis und eine Sicherheitskarte, die es ihnen erlaubt, in Jordanien zu leben. Außerdem erhalten sie ein kleines monatliches Taschengeld von 20 JODs (25 Euro) für Essen und Trinken. Sie dürfen eine Arbeitserlaubnis beantragen und in Jordanien arbeiten (Anm 8).

Da sie nun aber als Flüchtlinge registriert sind, müssen sie eine Hin- und Rückreiseerlaubnis haben, wenn sie nach Syrien reisen wollen, damit Jordanien sicherstellen kann, dass sie ihren Flüchtlingsstatus nicht ausnutzen, während sie in Syrien leben. Es ist nicht einfach, diese Erlaubnis zu bekommen; deshalb bemühen sich Syrer in Jordanien meist nicht darum.

81% der Syrer in Jordanien leben außerhalb von Flüchtlingslagern (Anm. 3). Sie mieten Wohnungen, weil sie, aus dem Bürgerkrieg gekommen, arm sind. Wenn sie sich entscheiden, ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen, müssen sie beweisen, dass sie es sich leisten können. Es wird untersucht, woher sie das Geld haben, und dann bekommen sie eine Erlaubnis, das Haus oder die Wohnung zu kaufen. Die andere Möglichkeit ist, Unternehmer in Jordanien zu werden, und sich dann in der jordanischen Investitionskommission registrieren zu lassen. Der jordanische Staat erleichtert es, in Unternehmen oder Geschäftsgründungen zu investieren; und man sieht es gerne, wenn Syrer dies nutzen. Ein eigenes Geschäft zu haben, macht es einfacher, ein Haus zu kaufen. Außerdem kann

man dem jordanischen Staat die Herkunft von Geld erklären. Auch kommt man besser mit der Bürokratie zurecht.

Die syrischen Zuwanderer erfordern also in hohem Maße Leistungen in Form von Betreuung und Beschulung; auf der anderen Seite stellen sie viel Arbeitskraft zur Verfügung.

Welche Hilfen Syrer in Jordanien bekommen

Jordanien hat Fonds und Spenden für die Aufnahme von Syrern erhalten. Es gab verschiedene und spezifische Fonds und Spenden für Syrer, die in Jordanien leben. Um Probleme zwischen Syrern und Jordaniern zu vermeiden, wurden diese Fonds zwischen Syrern und Jordaniern aufgeteilt. Das heißt, dass ein Anteil für jordanische Bedürftige vorbehalten ist. Es muss auch erwähnt werden, dass nur Städte, die Syrer wirklich aufnehmen, diese Mittel erhalten.

Jordanien ist eines der ersten Länder gewesen, das COVID-19-Impfstoffe an Flüchtlinge verteilte. „Wieder einmal hat Jordanien bei der Aufnahme von Flüchtlingen vorbildliche Führung und Solidarität gezeigt. Das Land hat die Flüchtlinge in jeden Aspekt der Reaktion der öffentlichen Gesundheitsfürsorge angesichts der Pandemie einbezogen, einschließlich der nationalen Impfkampagne, und damit bewiesen, wie es gemacht werden sollte, wenn wir alle sicher halten wollen“, sagte der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Filippo Grandi (Anm. 9).

Der UNHCR koordiniert die Flüchtlingshilfe unter der Leitung der jordanischen Regierung in Zusammenarbeit mit der Gebergemeinschaft, UN-Organisationen, internationalen und nationalen NGOs, gemeindebasierten Organisationen, Flüchtlingen und Aufnahmegemeinschaften. UNHCR unterstützt das *Syrian Refugee Affairs Directorate* (SRAD), die Regierungsbehörde, die für die Verwaltung und Koordination der Lager Zaatari und Azraq zuständig ist, um sicherzustellen, dass die Hilfe so effizient wie möglich in Übereinstimmung mit internationalen humanitären Standards und Schutzprinzipien geleistet wird (Anm. 10).

Einige Studienprogramme und Stipendien sind für Syrer in Jordanien vorgesehen; zum Beispiel hat die Deutsch-Jordanische Universität im Juli 2020 eine Vereinbarung mit dem Luminus-College, ei-

nem jordanischen Weiterbildungsinstitut, für das EDU-SYRIA-Stipendienprogramm unterzeichnet. Das EDU-SYRIA-Stipendienprogramm, das vom europäischen „Madad“-Fonds unterstützt und von der Federation of Several Authorities unter der Leitung der Deutsch-Jordanischen Universität umgesetzt wird, hat bisher mehr als 3.000 Stipendien an syrische Studentinnen und Studenten vergeben (Anm. 11).

Syrer werden auch in Ausbildungsprogramme, wie SPARK, einbezogen. SPARK bietet syrischen und jordanischen Jugendlichen eine höhere Berufsausbildung und überbrückt die Beschäftigungslücke für Absolventen mit einem starken Praktikumsprogramm, das mit Unternehmen der Privatwirtschaft verbunden ist (Anm. 12).

Wie Syrer in Jordanien leben

Trotz all des Positiven gibt es immer noch einige Jordanier, die gegen Syrer eingestellt sind. In der Tat ist diese Gruppe von Menschen gegen alle Einwanderer in Jordanien eingestellt – egal ob sie Palästinenser, Iraker, Ägypter oder Syrer sind. Und um noch mehr zu verstehen: Syrer sind den Jordaniern als fähige ausgebildete Handwerker bekannt. Einige Jordanier glauben, dass sie ihnen deshalb mit einem niedrigeren Gehalt die Arbeit wegnehmen, so dass der Arbeitgeber den Syrer dem Jordanier vorzieht. Mit Ägyptern beispielsweise haben Jordanier nicht die gleichen Probleme, da Ägypter die Jobs annehmen, für die Jordanier sich zu gut sind. Es gibt auch das Problem, dass Syrer, die in Jordanien ein Geschäft eröffnen, nur Syrer einstellen. Das verursacht bei arbeitslosen Jordaniern Unmut.

So wie die Deutschen zwischen jemandem aus Ostdeutschland oder aus Westdeutschland unterscheiden, sind die Jordanier dafür bekannt, Menschen in Gruppen einzuteilen. Sie unterscheiden zwischen einem Nordjordanier und einem Südjordanier. Also ist es nicht überraschend, dass sie auch Jordanier von Nicht-Jordanern unterscheiden werden. In den Augen von Jordanern bedeutet das jedoch nicht, gerade Syrer verletzen oder ihnen gegenüber unhöflich sein zu wollen.

Der Krieg in Syrien hat die Syrer dazu gebracht, Sicherheit in Jordanien zu suchen. Sie haben Jordanien gewählt, weil es ein Land des Friedens ist, aber auch, weil ein großer Teil der syrischen Identität darin besteht, dass sie Araber sind, und das ist bei den Jordanern genauso. Die Identität

der Jordanier wurde durch die Anwesenheit der Syrer nicht beeinträchtigt, denn sie sind nicht sehr verschieden. Sie hatten schon immer die gleiche Kultur, Religion, Essen, Sprache. Sogar die Akzente sind ähnlich!

Die Anwesenheit von Syrern in Jordanien hat auf mich als Jordanierin persönlich keine Auswirkungen gehabt, hat weder meine Identität noch mein tägliches Leben beeinflusst. Ich habe syrische Fernsehserien gesehen, seit ich ein Kind war. Ich habe syrische Literatur gelesen, syrische Lieder gehört und syrisches Essen gegessen, lange bevor Syrer in größeren Zahlen nach Jordanien kamen.

Die ältere Generation in Jordanien hatte die gleiche Bildung wie die Syrer, denn vor Jahren wurden die Lehrpläne der Schulen in Jordanien und Syrien vereinheitlicht.

Man braucht generell kein Visum, um zwischen Jordanien und Syrien hin und her zu reisen, weshalb viele Jordanier vor dem Krieg oft an den Wochenenden nach Syrien fuhren.

Das ist anders als zum Beispiel bei Deutschen, denn Syrer und Deutsche haben nicht so viel gemeinsam. Das bedeutet gar nicht, dass Syrer und Deutsche nie zusammenleben können. Aber die andere Sprache, das unterschiedliche Essen, der unterschiedliche Lebensstil, die unterschiedliche Kunst und Literatur und die unterschiedliche Religion haben dazu geführt, dass die Deutschen das Gefühl hatten, dass etwas Ungewohntes passierte, als die Syrer anfangen, ihre Kultur nach Deutschland zu bringen. All diese Sachen machen es schwerer für die Syrer, in Deutschland ihr normales Leben zu leben. Das ist in Jordanien mit dem Syrer nicht der Fall, denn die Kultur der Syrer war bereits in Jordanien präsent und die Jordanier hatten nichts von dem verändern müssen, was um sie herum vorhanden war, um ihr normales Leben zu führen. Die Syrer hatten auch nicht das Gefühl, sich verändern zu müssen, um in die jordanische Gesellschaft zu passen.

I

Anmerkungen

1. *Culture and Religion* [Kultur und Religion], <http://www.jordanembassyus.org/page/culture-and-religion#:~:text=A%20majority%20of%20Jordanians%20are,with%201%25%20representing%20other%20religions>, (26.02.2021, 10:25)
2. <https://data2.unhcr.org/en/situations/syria/location/36> (15.02.2021, 10:30)
3. *UNHCR: Registered Syrians in Jordan* [Registrierte Syrer in Jordanien, Stand 31.01.2021], <https://data2.unhcr.org/en/documents/details/84576> (15.02.2021, 10:30).
4. Arab. Quelle 2020: Prozent der Arbeitslosigkeit im dritten Viertel 2020], http://dosweb.dos.gov.jo/ar/unemp_q3_11_2020/ (01.03.2021, 10:30)
5. *ECHO Factsheet – Jordan* (03/02/2020), <https://reliefweb.int/report/jordan/echo-factsheet-jordan-03022020> (01.03.2021, 10:30)
6. *List of Syrian refugee camps in Jordan* [Liste der syrischen Flüchtlingslager in Jordanien], https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_Syrian_refugee_camps_in_Jordan (18.2.2021, 20:51)
7. *Zaatari refugee camp* [Zaatari Flüchtlingslager], https://en.wikipedia.org/wiki/Zaatari_refugee_camp (18.2.2021, 20:51)
8. Persönliche Mitteilung, Issam Salha, Eigentümer und Manager der Bekleidungsfirma *Al Hour Al Ein*, ein Syrer in Jordanien (01.03.2020)
9. *Refugees receive COVID-19 vaccinations in Jordan* [Flüchtlinge erhalten COVID-19-Impfungen in Jordanien], <https://reliefweb.int/report/jordan/refugees-receive-covid-19-vaccinations-jordan> (26.02.2021, 10:25)
10. *UNHCR Jordan Fact Sheet May 2019*, <https://data2.unhcr.org/en/documents/details/69826> (03.03.2021, 12:01)
11. *The German Jordanian University Signs an agreement with Luminus College for a Scholarship programme* [Die Deutsch-Jordanische Universität unterzeichnet ein Abkommen mit dem Luminus College für ein Stipendienprogramm], <https://edu-syria.eu/the-german-jordanian-university-signs-an-agreement-with-luminus-college-for-a-scholarship-programme/> (24.2.2021, 18:00)
12. *Jordan*, <https://spark.ngo/middle-east-and-north-africa/jordan/> (24.2.2021, 18:00)

Die Verfasserin dieses Beitrags, Rund Sunna, studiert an der Deutsch-Jordanischen Hochschule in Amman Übersetzung (Deutsch–Arabisch–Englisch). Sie hat 2020/2021 zwei Austauschsemester an der Hochschule Magdeburg-Stendal verbracht und davon ein Praktikumssemester, in dem sie unter anderem auch durch den SSIP betreut wurde.

Efraim Halevy, ehemaliger Chef des israelischen Geheimdienstes Mossad und Botschafter Israels bei der EU, im Interview mit Anja Reich:

Frage: Haben Sie noch Kontakte zu Jordaniern, mit denen Sie damals [1995] den Friedensvertrag verhandelten?

Ja, ich habe gerade in Jordanien an einem Treffen mit unseren früheren Verhandlungspartnern teilgenommen. Keiner hat mich darum gebeten, noch einmal zu vermitteln, keiner hat mich gefragt. Ich habe das auch nicht erwartet. Es zeigt, dass die Verhandlungen gescheitert sind, es zeigt Israels Versagen. Wir hatten 25 Jahre Zeit. Wir hätten sie nutzen können.

Frage: Was ist passiert in diesen 25 Jahren?

Man darf nicht vergessen, dass in Jordanien viele Palästinenser leben, die nach 1948 und 1967 dorthin geflohen sind. Die Frau des Königs Abdullah zum Beispiel ist aus Nablus. Die Krisen häufen sich, die Distanz zwischen dem König und dem israelischen Premierminister wird immer größer. Auch zu den USA. In den letzten drei Jahren hatten die USA keinen Botschafter in Jordanien. [...] Als ich vor zwei Wochen dort war, habe ich auch ein Flüchtlingslager besucht. Sie haben eine Million Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen, die in Zelten leben und nach Arbeit suchen, billige Arbeitskräfte, die anderen ihre Arbeit wegnehmen. Das sorgt für viel Unmut.

Quelle: Berliner Zeitung, 21.11.2020

K1/2020-3_4 **Neue Generalsekretärin des ifa**

Seit September 2008 ist Ronald Grätz Generalsekretär des *ifa – Institut für Auslandsbeziehungen*, Stuttgart. Nun hat er sich entschieden, diesen Posten zu verlassen, weil er in Barcelona die Leitung des Goethe-Instituts übernimmt.

Das Präsidium des *Instituts für Auslandsbeziehungen* e.V. (ifa) hat einstimmig **GITTE ZSCHOCH** zur neuen Generalsekretärin des *ifa* gewählt. Sie übernimmt ihr neues Amt zum 1. Oktober 2021.

Gitte Zschoch, 1984 in Borna bei Leipzig geboren, ist seit 2018 Geschäftsführerin von EUNIC, dem Netzwerk der europäischen Kulturinstitute, in Brüssel. Vorher hat Gitte Zschoch Allgemeine und vergleichende Literaturwissenschaften an der LMU München und Moderne Koreanische Literatur an der *Seoul National University* studiert und war freie Kulturmanagerin und Autorin mit den Schwerpunkten Bildende Kunst und Literatur. Sie war für Goethe-Institute in München, Seoul, Tokio und Johannesburg tätig und hat als Gründungsdirektorin die Außenstelle des Goethe-Instituts in Kinshasa (Demokratische Republik Kongo) aufgebaut.

Zur Ernennung sagte die Staatsministerin für internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt, MICHELLE MÜNTEFERING, in Berlin: „Mit Gitte Zschoch setzen wir die personelle Erneuerung der Mittlerorganisationen unserer auswärtigen Kulturpolitik fort. Mit ihr gewinnt das ifa eine welterfahrene Europäerin einer neuen Generation als Generalsekretärin.“ Michelle Müntefering erwartet, dass die neue Generalsekretärin „die Rolle des ifa für Kunst, Zivilgesellschaft und Europa weiter stärken wird“. Die Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, PETRA OLSCHOWSKI, hofft, dass Gitte Zschoch die „gesellschafts- und kulturpolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre anzunehmen und positive Impulse als Institution weltweit, aber auch besonders in Deutschland zu setzen“ wissen wird.

K. Konvivenz, Kooperationen

„Ich freue mich, dass mit Gitte Zschoch eine Persönlichkeit ausgewählt wurde, die bereits in verschiedenen Positionen auf mehreren Kontinenten internationale Erfahrungen sammeln konnte“. Und Dr. FABIAN MAYER, Erster Bürgermeister der Stadt Stuttgart, sagte: „Mit Gitte Zschoch gewinnt das Institut für Auslandsbeziehungen eine Generalsekretärin mit multiplen Perspektiven.“

Quelle: ifa (<https://www.ifa.de/pressemitteilung/gitte-zschoch-wird-neue-generalsekretarin-des-ifa/>)



Verwendung des Fotos mit
freundlicher Genehmigung
des ifa (© Kai Loges /
Andreas Langen)

Das ifa ist Herausgeber von

**KULTUR
AUSTAUSCH**

Die ganze Welt in einem Magazin.
www.zeitschrift-kulturaustausch.de

K2/2020-3_4 **Neues vom WEM:
Tagungsdokumentation
„Mare Nostrum“
erschienen**

Über die **Stiftung „Wissensraum Europa–Mittelmeer“ e.V.** und ihre Aktivitäten ist in den Mitteilungen des SSIP bereits mehrfach berichtet worden. Zuletzt widmete sich ein Beitrag den beiden wissenschaftlichen Tagungen des WEM, die im Kontext des **Europäische Kulturerbejahrs 2018** gemeinsam von der Stiftung WEM und dem *Institut für Auslandsbeziehungen* (ifa) organisiert wurden (vgl. K1/2019-3_4). Die beiden Kolloquien in Stuttgart (2018) und Tétouan/Marokko (2019) führten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit sehr heterogener fachlicher Expertise zusammen, um das zu praktizieren, was sich sowohl die Stiftung WEM als auch das *Institut für Auslandsbeziehungen* auf die Fahnen geschrieben haben: über (fachliche, geographische) Grenzen und Distanzen hinweg **Räume und Anlässe der Verständigung** zu schaffen. Und um einen ‚Dialog‘ zu praktizieren, eine Verständigung über Standpunkte und Blickwinkel in einem „verdichteten Kommunikationsraum“ (Bernd Thum), der Europa, Nord- und Sahel-Afrika umfasst und in dem das „mittelländische Meer“ nicht als Grenze, sondern vielmehr als Kontaktzone begriffen wird.

Mare Nostrum: Wissensraum Mittelmeer (01/2020). Schwerpunkt „Gemeinsames Erbe Mittelmeer? Wer wir sind und wer wir sein wollen.“ Hgg. von Stiftung Wissensraum Mittelmeer–Europa (WEM) e.V. und ifa (Institut für Auslandsbeziehungen), Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen - Ohne ISBN, 145 S.

Die Fachkolloquien wandten sich dem „**euro-afro-mediterranen Erbe**“ zu, genauer der gemeinsamen, Jahrhunderte zurückreichenden Geschichte, ihren Zeugnissen und Hinterlassenschaften, die in vielfältiger Weise (und beileibe nicht nur segensreich) bis in die Gegenwart reichen. Beiträge beider Kolloquien sind nun zugleich als E-Publikation und als gedrucktes Magazin erschienen:

- Vorwort von Sebastian Körber (ifa), Stuttgart
- Bernd Thum (†), Heidelberg/Karlsruhe: *Von Dublin nach Damaskus, vom Niger bis zum Nordkap. Das europäische Jahr des Kulturerbes 2018 und die Stiftung Wissensraum Europa–Mittelmeer*
- Verena Metze-Mangold, Bonn: *Eine große Erbgemeinschaft*

- Mohieddine Hadhri, Tunis: *Kulturelle Partnerschaften zum Schutz des mediterranen Erbes*
- Abdellatif Bousseta, Tunis: *Taha Hussein – der Vordenker, der aus der Vergangenheit Zukunft macht*
- Fadoua Chaara, Tanger: *Mehr als Übersetzen und Dolmetschen: Die Schätze der arabischen Sprache – und die Translation*
- Ludolf Pelizaeus, Amiens: *Erinnerung ohne transkulturellen euromediterranen Kontext: Das Kulturerbejahr 2018 in Frankreich*
- Hebatallah Fathy, Kairo/München: *Der wissenschaftliche Dialog Deutschlands mit der arabischen Welt*
- Gerd Ulrich Bauer, Bayreuth/Dieburg: *„Faust“ in Afrika – Interpretationen aus neuen Blickwinkeln*
- M’hammad Benaboud, Tétouan: *Tétouan – Andalusisches Kulturerbe in Marokko*
- Yamina Bettahar, Nancy: *Spiegelbild einer ambivalenten Kolonialisierungspolitik. Die Geschichte der Universität von Algier*
- Asiem El Difraoui, Berlin: *Goethe, Couscous und Rap-Musik*
- Mbyae Seye, Bayreuth: *Moussa Sène Absa und die Dynamik des afrikanischen Films*
- Ludolf Pelizaeus, Amiens: *Diskussionsstränge im Rahmen von Restitution und Restauration von Kulturgütern im Mittelmeerraum*
- Fadoua Chaara, Tanger: *Gran Teatro Cervantes in Tanger: Sinnbild für eine Stadt zwischen Schein und Sein*
- M’hammad Benaboud, Tanger: *Die Rehabilitation der Medina von Tétouan: Die Mazmorras als Beispiel*
- Vera Simone Bader, Berlin: *Asmaras koloniales Erbe: Probleme, Möglichkeiten, Herausforderungen*
- Gerd Ulrich Bauer, Bayreuth/Dieburg: *Ohne Kolonialkunst wären einige europäische Museen leer“: Die Restitutionsdebatte um koloniales Kulturerbe in Museumssammlungen*
- Regine Schulz, München: *Ägyptens Architekturerbe – Wertschätzen, Schützen und Bewahren*
- Cleo Cantone, London: *Erbe, Erinnerung und Identität. Der Fall der kolonialen Moscheen im Senegal*
- Bernardino Línés Vílchez, Granada: *Friedhof, Medina und Ensanche de Tétouan: Drei morphologische Einheiten und eine einzigartige patrimoniale Realität*
- Ibtissam Lahrach, Angers/Agadir: *Rabats Me-*



Blick vom afrikanischen Festland über die Straße von Gibraltar

dina als Kulturerbe und Landschaftseigentum
– Von der Kolonialzeit bis heute

- Claudine Piaton, Paris: *Die Architektur kolonialer Städte dokumentieren: Algier 1830–1960*
- Lobna Cherif, Kairo: *Kairos Stadtviertel im Wandel: Lektüren im Plural*
- Mohieddine Hadhri, Tunis: *Europäische Städte und Strategien zur Erhaltung des Kulturerbes im Maghreb: einige vergleichende und trans-versale Ansätze*

Damit den (ohnehin mehrsprachig geführten) Debatten aus den WEM-Kolloquien auch im nicht-deutschsprachigen Raum die gebührende **Rezeption** zukommt, sind eine englischsprachige sowie eine französische Ausgabe der Publikation in Vorbereitung, wie der Webseite des WEM (<http://wissensraum-mittelmeer.org/>) zu entnehmen ist.

Wie so viele wissenschaftliche Verbände und Forschungsnetzwerke wurde der WEM durch die Corona/Covid-19-Pandemie im März 2020 stark ausgebremst. Die Vorgespräche für ein internationales Kolloquium als *follow-up* zu den Veranstaltungen in Stuttgart und Tétouan mussten zunächst ausgesetzt werden. Seit seiner Gründung in Rabat (Marokko) im Jahr 2010 hat der WEM mit dem ‚Absturz‘ seiner Web-Präsenz einen erheblichen Rückschlag einstecken müssen, der bis heute nicht aufgeholt werden konnte. So präsentiert die Webseite mehrere ebenso ambitionierte wie verdienstvolle Projektvorhaben, die in unterschiedlichen Stadien der Ausführung ‚eingeforen‘ erscheinen:

Die *Euro-Med MemoriaCarte*, eine **virtuelle Landkarte euro-mediterraner Erinnerungsorte** war als „work in progress“ bereits ab 2014 *online*. Anfänglich von der *Allianz Kulturstiftung* gefördert, verfolgt dieses Vorhaben das Ziel, Orte eines gemeinsamen euro-mediterranen Erbes mit ihren jeweiligen kulturspezifischen Erinnerungen sichtbar zu machen. Dabei kann es sich um topographische Orte handeln, die einen besonderen Bezug aufweisen zum Leben und Werk bestimmter Persönlichkeiten, zu bestimmten Büchern, Bau- oder

Kunstwerken. Dazu zählt etwa Weimar als Ort der Begegnung zwischen – und Zusammengehörigkeit von – Orient und Okzident, versinnbildlicht durch Goethes Auseinandersetzung mit dem lyrischen Werk des persischen Nationaldichters Hafis/Hafez (ca. 1315/1325–1390).

In dieser virtuellen Landkarte verdichtet sich der Grundgedanke der Stiftung WEM:

Die Stiftung hat ein Grundprinzip, das auch in der Karte deutlich zum Ausdruck kommt: Statt einer objektivistischen Erforschung des „Anderen“ ist die Stiftung durch ihr wertvolles Netzwerk von Wissenschaftlern aus dem erweiterten Mittelmeerraum in der Lage, der Vielstimmigkeit



Die Dokumentation war früher über das Web-Portal des ifa kostenlos abrufbar. Das Angebot muss bei der Abteilerung Dokumentation des ifa erfragt werden.

K

K

der Akteure Gehör zu verschaffen. Auf der Karte stehen gleichberechtigt unterschiedliche Sichtweisen auf das kulturelle Erbe nebeneinander. Der Button „Die andere Seite“ über dem jeweiligen Artikel versinnbildlicht dieses Prinzip: Dahinter verbirgt sich ein begleitender Artikel, der eine ergänzende Sichtweise eines Autors des jeweils gegenüberliegenden Ufers des Mittelmeers darstellt. Anstelle des Versuchs einer Vereinheitlichung bleiben die unterschiedlichen Sehweisen auf das gemeinsame und doch differente Kulturerbe also nebeneinander stehen, können aber auch aufeinander bezogen und wechselseitig kommentiert werden.

Ein weiteres begonnenes WEM-Projekt ist die virtuelle Anthologie **„Moderne arabische Denker in der Diskussion“**. Derzeit sind fünf Beiträge zum Leben, Werk und zur Rezeption von (bisher ausschließlich männlichen) Politikern, Wissenschaftlern und Aktivisten veröffentlicht. Dabei handelt es sich um:

- **Simon Levy** (1939–2011, Marokko), ein Beitrag von Mohammed Khallouk (Marburg);
- **Mohamed Aziz Lahbabi** (1922–1993, Marokko), ein Interview von Rachid Boutayeb (Berlin) mit dem Übersetzer Markus Kneer;
- **Aziz Al-Azmeh** (*1947, Syrien), ein Beitrag von Rachid Boutayeb (Berlin);
- **Abdellah Laroui** (*1933, Marokko), von Rachid Boutayeb (Berlin);
- **Abdelwahab Meddeb** (1946–2014, Tunesien), von Rachid Boutayeb (Berlin).

Das Konzept für ein **„Europäisch-arabisches Le-**

xikon politisch-kultureller Leitbegriffe“ ist entstanden im Rahmen eines von der EU (Tempus) geförderten **bilateralen Programms „Rifaines“** von Dozierenden und Studierenden an der *Universität Abdelmalek Essaâdi Tanger-Tétouan* und dem *KIT Karlsruhe*. Ausgangspunkt sind zwanzig „Leitlemmata“ aus der Abschlusserklärung der Konferenz von Barcelona (1995), dort zu finden im Abschnitt „Partnerschaft im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich“. Dazu gehören bspw. ‚Entwicklung‘, ‚Geschichte‘, ‚Bildung‘, ‚Migration‘, ‚Toleranz‘ und ‚Tradition‘. Geleitet wird das Vorhaben von der Erkenntnis, dass ein ‚neutrales‘ Verständnis solcher Leitbegriffe zu Irritationen und Missverständnissen in der bilateralen Begegnung zwischen europäischen und arabischen Akteur(inn)en führt. Das Lexikon erschließt vergleichend Leitbegriffe auf dem Felde politisch-kultureller Zusammenarbeit und wechselseitiger Entwicklung zwischen ‚Arabischer Welt‘ und Europa. Das Konzept sieht vor, dass für jeden Begriff jeweils eine Analyse aus ‚arabischer‘ und eine aus ‚europäischer‘ Sicht gegenübergestellt werden. Diese ‚Montage‘ hebt semantische Unterschiede in der sprachlichen Kultur des Arabischen bzw. den europäischen Sprachen hervor.

Die Stiftung WEM unterstützt zudem das Projekt eines **„Kritischen Lexikons der Globalisierung“**, an dem weltweit mehr als hundert Autorinnen und Autoren der *Groupe d'études et des recherches sur les mondialisations (GERM) (Studien- und Forschungsgruppe zu Mondialisierungen)* zusammenarbeiten (www.mondialisations.org).

Über die WEM-Aktivitäten für das Jahr 2021, insbesondere den für den 27. Mai anberaumten „Studientag“, ein internationales Online-Kolloquium mit dem Arbeitstitel „Das Mittelmeer, fünf- undzwanzig Jahre nach Barcelona (1995–2020) / *La Méditerranée, Vingt-cinq ans après Barcelone (1995-2020)*“ wird in einer folgenden Ausgabe von „interkulturell aktuell“ zu berichten sein. GUB

Eine Flaschenpost trägt die zusammengerollte Ausgabe eines Magazins mit dem Titel „*Shared Heritage common spaces*“ (sinngemäß: „Geteiltes Erbe, geteilte Räume“) durch die Meereswellen – das Bild kann als Reverenz gegenüber dem Stiftungszweck des WEM ‚gelesen‘ werden: eine Verständigung zwischen den Ufern des Mittelmeers zu stiften.



M1/2020-3_4 Was ist Integration?

Die *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit* veranstaltet jedes Jahr im „Allianz Forum“ am Pariser Platz in Berlin die „Berliner Rede zur Freiheit“. Die 14. Berliner Rede, die das Thema **Integration** behandeln sollte und zu der **Ahmad Mansour** eingeladen war, hatte im März 2020 stattfinden sollen, war wegen der Covid-19-Ausgangsbeschränkungen auf den 26.10.2020 verlegt worden und wurde nun als *livestream* durchgeführt. Der überdachte Innenhof der Allianzstiftung war leer; dafür hörten an die 600 Personen an ihren Empfangsgeräten mit. Die Begrüßungsworte im Namen der *Allianz Deutschland AG* sprach *forsch, braun-gebrannt* und mit schlichten Eingebungen **SASCHA BROK** (Allianz-Stiftung, Bereich Politik). Unvermittelt nahm er Covid-19 zum Anlass für eine Lobrede auf die in Deutschland herrschende Freiheit:

„Corona - ist das schon ein Eingriff in die Freiheit? Darüber wird viel gestritten. Und das ist gut. Denn das zeigt: Es ist eben keine Freiheitsbeschränkung. Jede und jeder kann die politischen Bestimmungen in Frage stellen, wird nicht verfolgt, muss sich aber gefallen lassen, dass es andere Meinungen gibt. Und genau das ist die offene Gesellschaft.“

Zur Integration steuerte er den Begriff der „falsch verstandenen Integration“ bei:



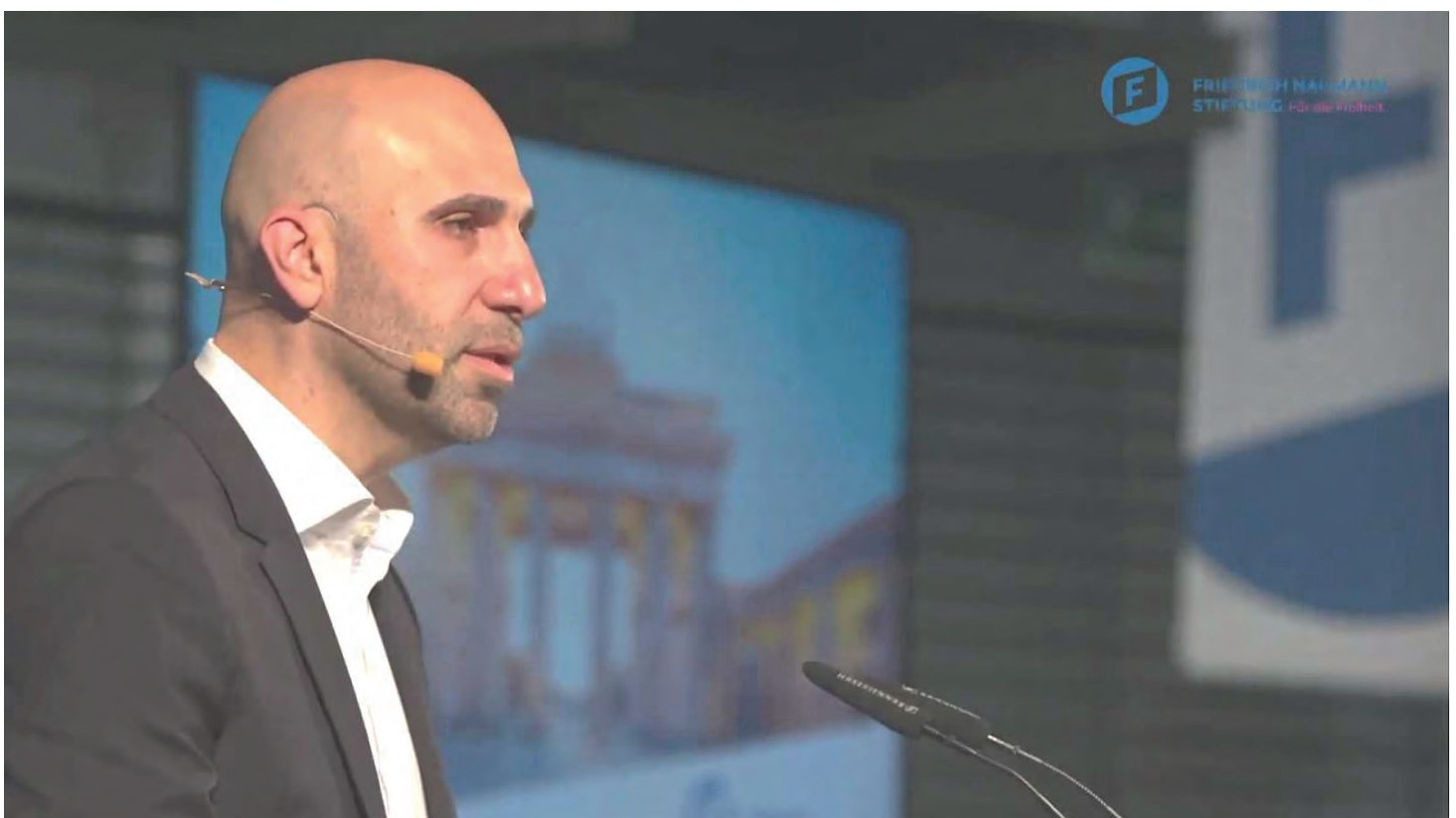
Integration ist eine Jahrhundertaufgabe, für uns als aufnehmendes Land und für die Dazukommenden. Es darf nämlich keine falsch verstandene Integration geben. Es muss stets der Wille zur Aufnahme und das Einfügen in den Wertekontext zusammengehen. Das gilt für die Gesellschaft als Ganzes und für uns als Konzern. Denn wir sind Teil dieses Wertesystems.

Ahmad Mansour ist für sein Engagement mehrfach ausgezeichnet worden, u. a. mit dem Moses-Mendelssohn-Preis des Berliner Senats, dem Carl-von-Ossietzky-Preis der Stadt Oldenburg, dem Verdienstorden des Landes Berlin und dem Theodor-Lessing-Preis der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Hannover. Er hat mehrere Bücher geschrieben, von denen Karl-Heinz Paqué, Vorsitzender der

M. Migration, Diasporas

M

„Public intellectual“:
Ahmad Mansour als
Redner am 26. Oktober
im Allianz-Forum



M

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die zwei neuesten erwähnte:

- *Klartext zur **Integration**. Gegen falsche Toleranz und Panikmache* (Frankfurt am Main: S. Fischer 2018, ISBN 978-3-10-397387-7) und
- ***Solidarisch** sein! Gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass* (Frankfurt am Main: S. Fischer 2020, ISBN 978-3-10-397066-1).

PROF. DR. DR. H.C. PAQUÉ (Vorstandsvorsitzender der *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*) stellte Ahmad Mansour als *public intellectual* der Bundesrepublik vor. Mansour hat bei HAYAT, der *Berliner Beratungsstelle gegen Radikalisierung*, gearbeitet und ist Gründer und Geschäftsführer der *Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention* (MIND GmbH). Die anschließende Diskussion moderierte SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBARGER (stellvertretende Vorstandsvorsitzende der *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*) im Gespräch mit KONSTANTIN KUHLE MdB (Innenpolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag).

Paqué legte die freidemokratischen Prinzipien, das „offene Gespräch“ und die „offene Gesellschaft“, dar und beklagte einen gewissen Niedergang der intellektuellen Kultur in der Bundesrepublik:

Herrschaftsfreier Diskurs findet nicht mehr statt, weil die Vertreter unterschiedlicher Positionen eine höhere **Moral** für sich beanspruchen und den jeweiligen Gesprächskontrahenten als **Feind** betrachten [...] eine sehr gefährliche Entwicklung.

Er konstatierte zunehmende **Spaltungen in der öffentlichen Kommunikation** auch der Bundes-

republik, denn „Meinungsverschiedenheiten werden zu Glaubenskonflikten hochstilisiert.“ Er sprach es als ein Zukunftsproblem an, dass „die Vernünftigen und Abwägenden“ sich zurückzögen und schwiegen, während radikale Einlassungen von den Rändern der Gesellschaft das Feld übernahmen. Was stattdessen gebraucht würde, sei das aufgeklärte Sachgespräch ohne moralisierende Tabuzonen und **ohne cancel culture**. Wenn er in dieser Hinsicht ein „klares Bekenntnis zu unseren Grundwerten“ forderte, konnte man das durchaus so verstehen, dass die deutsche Gesellschaft auch ganz ohne Migranten Integration bräuchte. „Ohne unsere Werte keine Integration.“ „Parallelgesellschaften“ dürfe es nicht geben, und „rechtsfreie Räume sind ausgeschlossen.“ Aber was sind **unsere Werte**? Da verwies er auf Ahmad Mansour: „Die **Leitkultur** ist das Grundgesetz und seine freiheitlich-demokratischen Werte – sonst nichts“.

Aber Mansour versteht unter **Integration** nicht nur Verfassungstreue. Es gehöre jemand nicht einfach zur deutschen Gesellschaft, wenn er Deutsch kann, in der dritten Generation in Deutschland lebt oder die Staatsbürgerschaft habe. Was zähle sei: emotional anzukommen. Darunter versteht Mansour, dass die Werte dieser deutschen Gesellschaft als Chance gesehen werden können. Als diese **Werte** bestimmte er Gleichberechtigung und Chancengleichheit. **Parallelgesellschaft** sieht er nicht dort drohen, wo eine Kantine koscheres Essen anbietet, sondern dann, wenn es Orte gibt, an denen nicht die gleichen Rechte und Pflichten gelten. In der Diskussion wird später gefragt, wie man Parallelgesellschaften, womöglich mit Gewalt, abschaffen könne. Mansour empfiehlt entsprechend seinem Denkansatz: die langfristig angelegte Durchmischung der Schulen und der Gesellschaft. Konstantin Kuhle setzt ergänzend hinzu eine interkulturell überlegte Stadtplanung und bringt sogar eine Pflicht zu Kindergarten oder Vorschule ins Gespräch, damit das Sprachlernen unterstützt wird.

Integration sei, so sagte Mansour, ein langer Prozess, vielleicht über 100 Jahre. Dazu gehöre nicht nur, Menschen Wohnungen zu verschaffen, sie in Integrationskurse zu stecken, um die deutsche Sprache zu lernen. Viel stärker als seine zwei Laudatoren betonte Mansour, Integration sei „eine Aufgabe, die uns alle betrifft“:

Die Menschen, die zu uns gekommen sind und bei uns leben, werden erst integriert sein, wenn wir ihnen ermöglichen, Teil von einem **Wir** zu



KONSTANTIN KUHLE MdB
Innenpolitischer Sprecher, Fraktion der Freien Demokraten

sein, ein **Wir**, das nicht unterscheidet, welche Herkunft, welche Hautfarbe oder welche Religion die Menschen haben, sondern wie sie zur Demokratie stehen. Denn Trennlinie darf nicht die zwischen Menschen mit oder ohne „Migrationshintergrund“ sein, sondern die zwischen Demokraten und Nicht-Demokraten, eine Trennlinie, die uns als **ein Wir** wieder vereint und eine Gesellschaft schafft, die ganz genau weiß, was sie von den Menschen erwartet, die hier leben wollen und wie sie die Menschen auch einladen kann, ein Teil von sich zu sein.“

Ja, Integration sei eine Bringschuld der Zugewanderten:

Integration ist etwas, was ich von den Menschen erwarte, die nach Deutschland kommen, [...]. Aber diese Aufgabe werden die am besten motivierten, neugierigsten, freiheitsorientiertesten Menschen mit Fluchtgeschichten nicht schaffen, wenn sie auf eine Gesellschaft treffen, die vielleicht auf Bahnhöfen herzlich „Willkommen“ ruft, um ½ Stunde später in ihre heile Welt zurückzukehren, ohne die Möglichkeit zu geben, **zusammen** zu leben, u.zw. im Alltag Begegnungen zu schaffen, gemeinsam zur Schule zu gehen, gemeinsam zu arbeiten, gemeinsam zu leben. Denn Begegnung ist das beste Rezept gegen Rassismus, Vorurteile, Antisemitismus und Parallelgesellschaften. Dazu brauchen wir eine Politik der Inklusion (...)

– z.B. eine Politik, die eine Wohnstrategie entwickle, damit nicht Neuköllns oder Zehlendorfs entstünden (Neukölln ist in Berlin der für hohe Zahlen von Ausländern und Migranten bekannte Stadtteil, teilweise ein „sozialer Brennpunkt“, in dem gleichzeitig eine Gruppe von Rechtsradikalen unter den Augen der Polizei jahrelang Jagden auf Flüchtlingshelfer und Migrationsbefürworter gemacht hat, Zehlendorf ein bürgerlicher Stadtteil von mehrheitlich Gutverdienenden).

Angesprochen auf den Unterschied von **Assimilation** zu Integration reagierte Mansour etwas abwehrend. Von Assimilation redeten vielleicht eher diejenigen, für die Schweinefleisch essen, „Tatort“ gucken und sonntags spaziergehen Kerne des

Deutschseins seien. Vor allem hält er „Assimilation“ für einen **Kampfbegriff** – nämlich, ergänzte Kuhle, bei denjenigen, die die Finalität der Einwanderung bezweifeln, für die Einwanderung nur ein Übergangsphänomen sei und die sich unter Migranten „Gastarbeiter“ vorstellen und eine „Rückführung“ von Flüchtlingen seit 2015 als erstrebenswert und realistisch ansehen. Kuhle trat dagegen für eine Politik ein, die Migranten aus unsicheren Rechtsverhältnissen herausholt und ihnen abgesicherte Zukunftsperspektiven ermöglicht („Spurwechsel“).

Die Begegnung und das Gespräch sind für Mansour die wesentlichen Werkzeuge der Integration. „Wir brauchen Begegnungen auf Augenhöhe im Alltag und v.a. in unseren Schulen.“ Schule und Bildung sind ihm sehr wichtig. Die Schulen sollen „Wertunterricht“ bieten, und sie sollen „Debattierclubs“ werden, in denen über Politik und Religion geredet und gestritten wird. **Meinungsfreiheit** besteht darin, unterschiedliche Meinungen aushalten zu können und über unterschiedliche Meinungen zu streiten. „Autoritäre Systeme wollen das verhindern.“ Nicht **Wohlstand** ist ihm in diesem Zusammenhang so wichtig, sondern „die Werte der **Aufklärung**“. Die Meinungsfreiheit findet Anwendung auch auf die Religion. **Religionsfreiheit** heißt für Mansour, dass alle Religionen nebeneinander bestehen dürfen und dass es das Recht gibt, sie zu hinterfragen, und das Recht, sich von ihnen zu befreien.

Soweit spielt sich Integration vornehmlich auf dem Feld der Kommunikation und der Kultur ab. Die **Politik** erwähnt Mansour, wo er noch einmal die deutsche Aufnahmegesellschaft anspricht. Die Mitte der Gesellschaft müsse die Integration zu ihrer Aufgabe machen; sonst täten es die Extremis-

M

Staatsministerin a.D.
Leutheusser-Schnarrenberger, Sascha Brok und
Ahmad Mansour im
Allianz-Forum



M

men an den Rändern, oder Politiker betreiben mit Migranten ihre eigenen Geschäfte – „Mit Flüchtlingen kann man viele Ängste schüren.“ Der Staat wiederum müsse selbstbewusst auftreten und Kriminalität und Asylmissbrauch mit aller rechtsstaatlichen Härte ahnden, empfiehlt Mansour und betont gleichzeitig, dass Kriminalität und Asylmissbrauch Einzelfälle und dass Extremismus und Islamismus in der Regel bei Flüchtlingen kein Thema seien. Mit ernstem Blick erinnerte er: „Die Tausende, die sich in Syrien dem IS angeschlossen haben, waren Deutsche, keine Flüchtlinge!“

Eine dritte Aufgabe der Integration, die Ahmad Mansour am Schluss erwähnt, ist sowohl eine politische wie eine kulturelle. Deutschland könne keinen Einfluss auf die Islam-Debatten in den islamischen Ländern ausüben; das tun die schon selber. Aber Deutschland könne die innerislamische Debatte in Deutschland beeinflussen! Darin waren die deutschen Politiker bisher nicht gut. Vor allem kritisiert Mansour, dass deutsche Politiker bisher den „vom Ausland gesteuerten Islam-Vertretern“ zu viel Macht eingeräumt haben. Die aber seien „nicht unsere Partner“.

In der Diskussion kam ein Punkt unter verschiedenen Blickwinkeln zur Sprache, der die deutsche Gesellschaft betrifft und von dieser Seite eine Barriere für Integration darstellt und gleichzeitig auf das weite Feld der **Besorgnis über die Entwicklung der westlichen Demokratie** verweist, die verstärkt das Thema neuerer Veröffentlichungen ist.

Mz/2020-3_4 **SVR an SSIP: frohe Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr**

Am 17.12.2020 bekam der SSIP eine E-Mail vom *Sachverständigenrat für Integration und Migration* in Berlin-Mitte, am Hackeschen Markt. Der hieß früher *Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration*, 2008 von einem Konsortium privater Stiftungen gegründet. Die Bundesregierung hat am 2. Dezember 2020 die Umbenennung beschlossen, die das äußere Zeichen dafür ist, dass die institutionelle Förderung vollständig auf das **Bundesministerium des Innern** übergeht. **COVID-19** wird erwähnt als Signal dafür, dass es einen gesteigerten Bedarf an „Gestaltung und Steuerung in diesem Politikfeld“

Angestoßen wurde dieser Punkt durch die Frage von Leutheusser-Schnarrenberger, wo die größten **Gefährdungen für die Freiheit** in Deutschland liegen. Beim Versuch einer Antwort sprach Kuhle von der zu beobachtenden „**Selbstverzweigung der Staatsbürger**“. Mansour wies darauf hin, dass Demokratien sich auch zurückentwickeln können („Freiheit ist nie selbstverständlich; das kann schnell in eine andere Richtung gehen. Die Mitte der Gesellschaft muss immer für die Erhaltung der Freiheit handeln.“) und beklagte, dass es eine so große „**schweigende Mitte**“ in Deutschland gebe. Die Erklärung dafür sieht Kuhle darin, dass das politische System in Deutschland stark ritualisiert sei. Die Diskussion finde fast nur noch in der Politik und nicht in der Gesellschaft statt. Ein Diskurs finde zwischen liberalen und konservativen Parteipolitikern statt – aber: „Wo ist die demokratische Mitte?“ Damit beschrieb er eine **Polarisierung** in Deutschland, die sich nicht nur im Diskurs über die Aufnahmekapazität für Geflüchtete zeigt.

Quelle: <https://plus.freiheit.org/rede-zur-freiheit>; https://www.rbb-online.de/rbbkultur/radio/programm/schema/sendungen/der_morgen/archiv/20201027_0600/kultur_aktuell_0610.html; https://www.rbb-online.de/rbbkultur/radio/programm/schema/sendungen/der_tag/archiv/20201026_1600/kultur_aktuell_1710.html; <https://www.freiheit.org/de/pressemitteilung/14-berliner-rede-zur-freiheit-mit-ahmad-mansour>

gebe. Der neue SVR wird unterstützt von einem erweiterten wissenschaftlichen Stab in der Geschäftsstelle; die Geschäftsführung liegt weiterhin bei **DR. CORNELIA SCHU**. Sie schrieb, dass der SVR ein unabhängiges Gremium der wissenschaftlichen Politikberatung bleibt. Mit seinen Gutachten soll er zur Urteilsbildung bei allen integrations- und migrationspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie der Öffentlichkeit beitragen. „Deutschland ist ein **Einwanderungsland**“, heißt es, Integration und Migration seien zentrale Zukunftsthemen, die Politik und Gesellschaft auch in den nächsten Jahren vor erhebliche Herausforderungen stellen werden. Das nützliche **Glossar** zu Einwanderung und Migration ist weiterhin auf der *website* zu finden.

Quelle: SVR (17.X.20–13:12)

Weitere Information: <https://www.svr-migration.de>

M_{3/2020-3_4} **Ein Migrant bleibt
ein Migrant bleibt
ein Migrant**

So überschreibt MICHEL ABDOLLAHI das „Epilog“ genannte Schlusskapitel seines Buches, das seit seinem Erscheinen bereits eine große Resonanz auf dem Buchmarkt gefunden hat.

Anfang 2020 erschienen, konnte das Buch wegen des Corona-Lockdowns nicht mehr auf Lesereise gehen. Fortan dominierte die Pandemie in den Medien, und das Thema Rassismus und rechte Gewalt geriet aus dem Blickfeld der Nachrichten. Das Buch bleibt dennoch hochaktuell. Droh- und Hassbriefe an Politiker und Personen des öffentlichen Lebens, die sich gegen Rechts engagieren, haben sogar zugenommen (*Berliner Zeitung*, 24.3.21). Rechtsextremistische Äußerungen aus Chatgruppen der Polizei (hier der hessischen), gegen die bis heute keine systematischen Ermittlungen geführt werden, wie im „Epilog“ des Buches erwähnt, dringen mittlerweile auch aus anderen Landesteilen an die Öffentlichkeit.

Seit vielen Jahren gehören rassistische, rechte Angriffe gegen Menschen, die als „anders“ angesehen werden, z.B. Migranten, zum deutschen Alltag. Seit 2015 hat sich diese Aggressivität in Terror gewandelt und ist zu einem strukturellen Merkmal unserer Gesellschaft geworden. Als trauriger (vorläufiger) Höhepunkt gilt der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten WALTER LÜBCKE im Sommer 2019. Dieser hatte in der Flüchtlingsdebatte immer wieder Partei ergriffen und deutlich gegen rechte Strömungen Stellung bezogen. So fasst Abdollahi die Entwicklung der letzten Jahre in seiner Einleitung, die er „Prolog“ nennt, zusammen.

Weil er im Buch auch über Rassismus schreibt, gibt er, dem französischen Soziologen Albert Memmi folgend, dessen Definition des Begriffs **Rassismus** dem Leser an die Hand: „Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen.“

Beim Schreiben des Buches habe ihn die Realität gleich mehrfach eingeholt, schreibt Abdollahi weiter: zum einen die Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen, bei denen die AfD

in fast allen Altersschichten zur stärksten Kraft wurde, dann auch der Anschlag auf die Synagoge von Halle. Er betont, dass kurz zuvor die Bundesregierung ein eigenes Demokratieförderungs-Programm gekürzt, Neonazi-Aussteiger-Programme und Anti-Rassismus-Kampagnen finanziell stark eingeschränkt hatte. Das seien völlig falsche Entscheidungen gewesen, und die allgemeine Verharmlosung rechter Gewalt muss nach Abdollahi ein Ende haben. Halle sei kein „Alarmsignal“, wie die CDU-Vorsitzende Kramp-Karrenbauer verkündete, sondern eine Folge falscher Politik. Mit seinem Buch beabsichtige er alle diese Entwicklungen zusammenzufassen, um aufzuzeigen, welcher Schaden bereits angerichtet wurde.

Der Autor Michel Abdollahi selbst ist 1986 mit fünf Jahren zusammen mit seinen Eltern aus dem Iran nach Deutschland gekommen (Fluchtgrund: Krieg). In Deutschland sozialisiert, besitzt er die deutsche Staatsbürgerschaft und arbeitet erfolgreich als Journalist, Literat und Künstler. Obwohl gut in die deutsche Gesellschaft integriert, wird er trotzdem noch heute oft allein auf Grund seiner äußeren Erscheinung (südländischer Typ, bräunliche Hautfarbe) als Ausländer bzw. Mensch mit „Migrationshintergrund“ angesehen, der nicht zur deutschen Gesellschaft dazugehöre. Und das ermüde ihn.

Ausgehend von seiner eigenen (Migrations-)Geschichte behandelt Abdollahi im ersten Kapitel, 1986-2014, die von ihm so genannte alte Ordnung. Mehrere Generationen von Gastarbeitern aus Südeuropa lebten bereits in Deutschland, als in den achtziger Jahren türkische Arbeitskräfte aus einem fremden, islamischen Kulturkreis hinzukamen. Lebten die ersten Gastarbeiter bereits ziemlich getrennt von den Deutschen, so habe sich hernach eine Art Parallelgesellschaft entwickelt. Mit baldiger Rückkehr der Ausländer in ihre Heimat rechnend, unternahm die Regierung kaum Initiativen zu deren Integration. Viele von ihnen blieben dauerhaft; trotzdem wurde das Memorandum des ersten Ausländerbeauftragten der Bundesregierung Heinz Kühn von 1979, das u.a. Sprachförderung und Bildung mit Ziel auf volle rechtliche Gleichstellung von Ausländern in Deutschland vorsah, nicht umgesetzt. Deutschland sei kein Einwanderungsland, hieß es fortlaufend immer wieder. Der Autor kommentiert dies als latente **Fremdenfeindlichkeit**.

Seit den achtziger Jahren sind dann Menschen verschiedener Nationalitäten und von anderen Kon-

M

Michel Abdollahi, *Deutschland schafft mich. Als ich erfuhr, dass ich doch kein Deutscher bin*, 2. Aufl. Hamburg: Hoffmann und Campe 2020, 254 S., ISBN-978-3-455-00893-7, 18,- €.

tinente nach Deutschland zugereist, hauptsächlich auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung. Dies waren auch die Gründe für hohe Flüchtlingszahlen nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens Anfang der neunziger Jahre. Nachfolgend erschütterten mehrere Brandanschläge auf Asylbewerberheime das Land. Nicht unerwähnt lässt Abdollahi hier die beschämende Haltung des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, der sich weigerte, an den Trauerfeierlichkeiten teilzunehmen mit der Begründung, „er habe weiß Gott andere wichtige Termine“. Ein breites Bündnis linker Organisationen stemmte sich damals erfolglos gegen die ablehnende Einstellung und **Panikmache** gegen Asylbewerber, denen oft ein Missbrauch von Sozialleistungen vorgeworfen wurde. Auf Druck rechtsradikaler Parteien und unterstützt von einer rechtsgerichteten Presse habe die Bundesregierung daraufhin **1993** das Recht auf Asyl im Grundgesetz eingeschränkt: Asylsuchende können seitdem ohne Anhörung zurückgewiesen werden, wenn sie aus einem sicheren Drittstaat bzw. einem sicheren Herkunftsland einreisen; da alle Nachbarländer Deutschlands als sichere Drittstaaten gelten, ist der Landweg für Asylsuchende damit faktisch ausgeschlossen. Auf Grund dieser massiven Einschränkung verringerte sich die Zahl der Schutzsuchenden.

Den Beginn der Zweitausender Jahre charakterisiert Abdollahi als eine Zeit der Entspannung, in der Deutschland nach außen hin mit der Fußballweltmeisterschaft 2006 Weltoffenheit ausstrahlte. Die erste Islamkonferenz fand statt. 2010, in seiner Rede zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit, bekundete Bundespräsident Wulff, dass „auch der Islam inzwischen zu Deutschland gehöre“.

Ein bedeutsames Ereignis ist für den Autor das **2010** erschienene Buch von Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab“, dessen Titel er ironisierend in abgewandelter Form übernommen hat. Mit pseudowissenschaftlichen Mitteln und Pauschalierungen wurden darin Islam und „muslimische“ Migranten verunglimpft. Es wurde zu einem Bestseller, der eine Welle von Diskussionen über den Islam auslöste, in Medien, Politik, Gesellschaft und vor allem in TV-Talkshows. Dabei wurden negative Aspekte islamischer Gesellschaften herausgestellt, eine Nähe zu einem fundamentalistischen Islam unterstellt und so Ängste vor Migranten geschürt. Tatsächlich sind die meisten muslimischen Migranten so wenig strenggläubig, wie Menschen im westlichen Abendland alle strenggläubige Christen

sind. Auffällig sei, dass in den Auseinandersetzungen mit dem Thema dabei fast immer nur über Migranten gesprochen wurde; Migranten selbst und anerkannte Islamwissenschaftler kamen kaum zu Wort.

Für die Jahre 2015–2019 widmet Abdollahi jedem Jahr jeweils ein eigenes Kapitel. **2015** stellt für ihn eine Zäsur in der deutschen Geschichte dar, deren Folgen das Land geprägt haben. Der enorme Zustrom von Flüchtlingen infolge des Bürgerkriegs in Syrien, als viele Syrer ihr Zuhause verloren und nach Europa und Deutschland flüchteten, führte zur sogenannten Flüchtlingskrise in Deutschland. Einenteils entwickelte sich eine Willkommenskultur, die ankommenden Geflüchteten Schutz und Hilfe anbot; andererseits stieg die Zahl der Anschläge auf Flüchtlingsheime von ca. 200 Ende 2014 auf fast 1.000 im Folgejahr.

Der 2013 gegründeten AfD sei es, so Abdollahi, spätestens 2015 gelungen, die Grenze des Sagbaren zu verschieben und Rassismus zu etwas Alltäglichem zu machen. Im Gegensatz zur Situation der rechten Parteien der 90er Jahre konnte die AfD nun soziale Netzwerke im Internet nutzen, Hass und Hetze schnell und flächendeckend verbreiten und so viele Menschen mobilisieren. Anfeindungen, Beleidigungen und Übergriffe auf Migranten wurden nicht mehr konsequent strafrechtlich verfolgt. Stattdessen gewannen die Täter, „besorgte Bürger“ (und zukünftige Wähler!), die vor einer „Islamisierung Deutschlands“ warnten, von Politik und Medien Gehör und eine Bühne. Unter den Migranten hingegen machte sich Ende 2015 Angst breit, und der Begriff „*German Angst*“ machte die Runde.

Die Silvesternacht **2015/16** mit sexuellen Übergriffen mutmaßlich „arabischstämmiger“ Männer in Köln konnte nie ganz aufgeklärt werden. Sie hatte allerdings zur Folge, dass muslimische Migranten generell in „Kollektivhaftung“ genommen wurden. Auch wenn Politiker vor dieser öffentlich warnten, setzte, verstärkt durch die islamistischen Anschläge in Brüssel im März 2016 sowie in Nizza im Juli 2016, eine „Distanzierungskultur“ in der Gesellschaft ein. Migranten sollten sich von Gewalttaten öffentlich distanzieren und sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung (FDGO) bekennen. Dies wurde nach dem Anschlag von Anis Amri auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 ebenso gefordert.

Das sei jedoch, sagt Abdollahi, eine Beleidigung für alle diejenigen Migranten, die wie er Gewalt schon immer abgelehnt hätten. Die Autorin dieser Zeilen möchte hier an ein Gesetz von 2011 erinnern, das die damalige Bundesfamilienministerin Kristina Schroeder eingeführt hatte (die sog. Extremistenklausel). Danach mussten zivilgesellschaftliche Projekte, die sich gegen Rechts engagierten, ein Bekenntnis zur FDGO ablegen, wenn sie Gelder aus Bundesförderprogrammen beantragten. Man unterstellte den dort Beschäftigten automatisch eine Nähe zum Linksextremismus. Nachfolgerministerin Schwesig (SPD) schaffte diese Klausel 2014 wieder ab.

2017 war das Jahr mit der großen Pegida-Demonstration in Dresden, auf der ein „Merkel-Galgen“ zur Schau gestellt wurde und für heftige Diskussionen sorgte. Im Herbst wurde die Partei der AfD dann zur drittstärksten Kraft im deutschen Bundestag.

Im Kapitel für 2018 widmet Abdollahi dem Innenminister **Seehofer**, in dessen Ressortbezeichnung er den Begriff „Heimat“ befremdlich findet, einen eigenen Abschnitt. Dieser, frisch im Amt, erklärte, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre. Mit diesem Satz düpierte er muslimische Migranten, die bereits lange in Deutschland leben, mitunter sogar die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und mit der deutschen Kultur verbunden sind. Später verkündete Seehofer: „Die Migration ist die Mutter aller Probleme.“ Damit würdigte er die hier lebenden Muslime noch mehr herab, und Abdollahi fragte Bundeskanzlerin Merkel in einem im Buch abgedruckten Brief (der damals in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht worden ist), ob so ein Minister überhaupt noch tragbar sei. Da Abdollahi aus dem Kanzleramt **keine Antwort** auf seinen Brief erhielt, druckt er im Buch Auszüge aus einer Reihe von (kontroversen) Leserbriefen ab, die ihn damals erreicht hatten.

Im September 2018 ging der NSU-Prozess zu Ende. Jahrelang hatte ein rechtes Terrornetzwerk unentdeckt zehn Morde, drei Sprengstoffanschläge, zahlreiche Raubüberfälle und eine Brandstiftung begangen, hauptsächlich an türkischen Migranten. Nach Ergreifung der Haupttäter versprach die Bundeskanzlerin eine lückenlose Aufklärung. Mittels Aktenvernichtung und Aussageverweigerungen in Zusammenarbeit mit Polizei und Geheimdiensten verhinderte jedoch der in die Fälle verstrickte Verfassungsschutz eine wirkliche Aufklärung.

In Kapitel für 2019 setzt der Autor sich mit dem mittlerweile fünften Buch von Sarrazin, seiner leichtfertigen Koraninterpretation, auseinander. Abdollahi kritisiert den „Rechtsruck“ in den Behörden und in der Bundeswehr und bringt den Alltagsrassismus kommentierend zur Sprache.

Schließlich zieht Abdollahi im „Epilog“ eine düstere **Bilanz** für Deutschland. Es sei besorgniserregend, wie es die Rechten geschafft haben, innerhalb von wenigen Jahren erst die Flüchtlinge, dann die Muslime und schließlich die Migranten gleich welcher Herkunft und welchen Glaubens so resolut auszugrenzen und zu stigmatisieren. Muslime seien Bürger zweiter Klasse, sie haben sichtbar schlechtere Chancen als Biodeutsche. In vielen Teilen der Gesellschaft seien sie unsichtbar, in Talkshows, Politik und Staatsdienst. Daher können sie auch nicht als Vorbilder oder Korrektive, als Übersetzer und Vermittler zwischen den Kulturen agieren. Abdollahi vergleicht sie mit den Ostdeutschen in der westdeutschen Demokratie. **Der Staat** müsste eigentlich handeln, aber er tut es nicht. Er verwaltet nur noch und hofft, dass eine Veränderung von selbst eintritt. Eine einfache, klare „Lösung“ dieser Situation gebe es nicht, schreibt Abdollahi, sonst hätte es auch nicht dieses Buches bedurft.

Mit seinem Buch bietet Abdollahi einen Abriss über die Entwicklung der Zuwanderung in Deutschland und eine Fülle von Informationen über rechte Gewalt in der Gesellschaft. Es ist kein wissenschaftliches Buch, doch schreibt er seriös und ungeschminkt, flicht persönliche Erfahrungen ein. Dass er dadurch mitunter die chronologische Reihenfolge durchbricht, macht das Buch etwas unübersichtlich. Er redet nicht drumherum, formuliert salopp, manchmal ironisch.

Obwohl das Thema schwer verdaulich ist, lebt das Buch von seiner positiven Grundstimmung. Wo immer Lügen, Verschwörungstheorien und faschistisches Gedankengut verbreitet werden, empfiehlt Abdollahi zu **widersprechen**, den Mut aufzubringen, die eigene, nicht verhandelbare Haltung, unsere demokratischen Werte, zu verteidigen und dies immer wieder sichtbar zu machen. Es gilt, die Werte von Demokratie und Freiheit wieder klar auszusprechen. Dann wüssten die Menschen, woran sie sind, und müssten sich ihre „politische Befriedigung“ nicht an den Rändern holen.

JG



R. Religion

R1/2020-3_4 Interreligiöser Dialog für den Frieden

Religions for Peace (RfP) oder *World Conference of Religions for Peace*, eine von den Vereinten Nationen offiziell anerkannte interreligiöse NGO, die 1970 ihre erste internationale Tagung in Kyoto hatte, versteht sich laut ihrer *website* nicht als Organisation, sondern als eine Bewegung von über 100 religiösen Führern in der ganzen Welt, die ihre Religionsgemeinschaften motivieren, sich für globale Anliegen einzusetzen. Der Sitz von *Religions for Peace* ist in New York. Als globales Netzwerk will *Religions for Peace* das friedliche Zusammenleben von Menschen und Religionen auf der ganzen Welt fördern.

In Deutschland steht die *Stiftung Friedensdialog der Weltreligionen und Zivilgesellschaft (Peace Dialogue of the World Religions and Civil Society)* in Lindau („**Ring for Peace**“) dem Netzwerk RfP zur Seite. Die *Stiftung Ring for Peace* und *Religions for Peace* organisieren gemeinsam internationale Versammlungen, bei denen Religionsvertreterinnen und -vertreter aus der ganzen Welt miteinander ins Gespräch kommen. 2019 hatte in Lindau die 10. Weltversammlung stattgefunden unter dem Motto „Für unsere gemeinsame Zukunft sorgen – das Gemeinwohl für alle fördern“ (*Caring for Our Common Future*) mit 900 Teilnehmern aus 10 Religionen (<https://de.ringforpeace.org/projekte/zehnte-weltversammlung/>).

2019 wurde im Luitpold-Park in Lindau der *Ring for Peace*, hergestellt von Gisbert Baarmann (Templin) aus Segmenten von Lärchenholz aus 36 Regionen der Erde in Form eines Möbiusbandes, geweiht.

2020 wirkte in Lindau am Bodensee auch das Steuerungsteam (80 Personen) für die erste internationale Versammlung von RfP speziell zum Thema Frauen, Glauben und Diplomatie. Die **1st Assembly on Women, Faith & Diplomacy** fand vom 10. bis zum 13. November als *online*-Veranstaltung statt. Der SSIP war in Lindau akkreditiert.

Das gemeinsame Ziel der 600 Teilnehmenden, die aus 90 Ländern zugeschaltet waren, sollte es sein, neue Wege zu beschreiten, um den interreligiösen Dialog auch in schwierigen Zeiten zu fördern. Unter dem Motto „**Keeping Faith, Transforming Tomorrow**“ sprachen die Teilnehmenden über die weltweite Rolle von Frauen, ihre Herausforderungen bei der Führungsverantwortung und Politikgestaltung, ihre Verantwortlichkeiten bei der multireligiösen Friedensförderung sowie bei der internationalen Entwicklung. Das Auswärtige Amt unterstützte das Treffen, welches vollständig digital stattfand. Bei der Auftakt-Pressekonferenz sprach ANDREAS GÖRGEN, der Leiter der Abteilung Kultur und Kommunikation im Auswärtigen Amt. Bundeskanzlerin Merkel sprach ein Grußwort.

R

Tagungsprogramm

Tag 1	14:00 – 15:30	Opening Ceremony of First Assembly on Women, Faith & Diplomacy 2020
10. November	16:00 – 17:00	Panel Discussion: Voices from Women Leaders Moderator: PROF. AZZA KARAM, Secretary General, Religions for Peace
	17:00 – 18:15	Plenary I: Redefining Leadership Moderator: MS. MAHNAZ AFKHAM, Founder and President of Women's Learning Partnership
Tag 2	09:00 – 9:45	Heart Talk on Peace Interviewer: MR. DAVID EADES, Journalist, BBC
11. November	9:45 – 11:00	Plenary II: Advancing Gender Equality Moderator: DR. ALEXANDER GÖRLACH, Carnegie Council for Ethics in International Affairs
	11:30 – 12:30	Lightning Talks: Faith, Action and COVID-19 Moderator: BISHOP MARGOT KÄSSMANN, Former Chairperson, Evangelical Church of Germany; Co-President, Religions for Peace
	15:45 – 16:30	Heart-Talk on Hate Speech Interviewer: MR. THOMAS SPARROW, Political Correspondent, Deutsche Welle
	16:30 – 17:45	Plenary III: Keeping Faith in Times of Hate: Combating Hate Speech as a Cornerstone of Conflict Prevention Moderator: MS. MANAL OMAR, Founder and CEO, Across Red Lines
	18:30 – 19:15	Peace & Light Ceremony Moderator: PROF. AZZA KARAM, Secretary General, Religions for Peace

Mit der Verbindung von *faith* und *diplomacy* wollten die Kongressveranstalter auf neue Formen von Menschenführung (*new forms of leadership*) abheben. Sollte hier etwa ein konservatives Frauenstereotyp belebt werden? Nein; es war nicht von der Essentialisierung der Jungfrau Maria zum Urbild weiblicher Eigenschaften die Rede. Eher wurden Namen wie Maria Magdalena oder Hildegard von Bingen genannt. Es war viel von einem holistischen Verständnis des Menschen und menschlicher Führungsqualitäten die Rede. Neuen und alten Essentialisierungen erteilte PROF. DR. AZZA KARAM, die Generalsekretärin von *Religions for Peace*, in ihren ersten Worten eine Absage. Man müsse sich nur anschauen, wie religiöse Institutionen funktionieren, dann merkt man, dass es die Talente von Frauen sind, die dort wirken.

Drei Gedanken tauchten in den Diskussionen und Moderationen dieser vier Tage immer wieder auf: Führen und Gestalten gelingt nur aus einer dienenden Haltung heraus. In Prof. Karams Feststellung „*If women serve, they lead*“ lag der Akzent auf dem Wort *serve* und war als Forderung formuliert, die sich gleichermaßen an Männer richtete. In dem unvermeidlichen Prozess der Transformation der Welt markieren Religionen unterschiedliche Wege zur Transzendenz. Gibt es Religionen, die offener seien als andere? *Faith is lived practice*, antwortete Azza Karam darauf. Auf die Taten komme es an. Das war eine grundlegende Botschaft des Kongresses. Jede Glaubensstradition habe ihre besonderen



Fähigkeiten, die eine Bereicherung auf dem Weg sind. Die Gemeinsamkeit im Glauben schützt vor der Angst, die die Welt produziert, und gibt die Kraft, die es braucht, um Gerechtigkeit in der Welt durchzusetzen.

Der von Gisbert Baermann gestaltete hölzerne Ring for Peace in Lindau

Es ging an diesen vier Tagen nicht primär um die Bewältigung interkultureller Differenzen. Die Unterschiede von Identitäten kamen immer wieder in der Form religiöser Differenzen zur Sprache. Durch die Frage, wie über religiöse Abstände hinweg eine ökumenische Praxis und gemeinsames Handeln

R

Heart-Talk on Education Interviewer: MR. DAVID EADES, Journalist, BBC	09:00 – 09:45	Tag 3
Plenary IV: Values-Inspired Education – Women, Faith & Diplomacy 2020 Moderator: PROF. DR. RIEM SPIELHAUS, Professor for Islamic Studies and Education, Georg-August University Göttingen	09:45 – 11:00	12. November
Film Screening & Discussion with Film Director Film Title: „Wells of Hope“ Moderator: DR. THORAYA OBAID, Former Executive Director of the United Nations Population Fund, Saudi Arabia	11:30 – 12:30	
Heart-Talk on Environment Interviewer: MR. DAVID EADES, Journalist, BBC	15:45 – 16:30	
Plenary V: Keeping Faith by Nurturing a Sustainable Environment: The Role of Religious Leaders to Protect the Earth Moderator: GRANDMOTHER MARIE-JOSÉE RANKIN-TARDIF, President, Kina8at Together; Elder from the Anicinape (Algonquin) tradition, Canada	16:30 – 17:45	
Fireside Conversations with Diplomats Moderator: REV. SUSAN HAYWARD, Fellow in Religion and Public Life, 2020–2021; Senior Advisor, Religion & Inclusive Societies, U.S. Institute of Peace	18:00 – 19:30	
Heart-Talk on Transformation Interviewer: MR. DAVID EADES, Journalist, BBC	09:00 – 10:00	
Closing Ceremony – Pledge for a Change Moderator: PROF. DR. AZZA KARAM, Secretary General, Religions for Peace	10:00 – 12:30	13. November
Abschlusspressekonferenz	12:45 – 14:00	



Azza Karam, General-
sekretärin von *Religions
for Peace*

möglich ist, wurden einige Diskussionen und Reden für die Anliegen des SSIP wichtig.

Es war eine sehr universelle Botschaft, die Azza Karam am vierten Tag in der 2½-stündigen *Closing Ceremony* („*Pledge for a Change*“) vermitteln wollte: Wer etwas verändern will, muss seine Stimme erheben. Das reiche aber nicht; er muss es mit anderen gemeinsam tun, und er muss von einem inneren Feuer angetrieben sein. *Voice matters – faith inspires*. Diese innere Kraft komme nicht nur aus der Ratio. Emotionen und Leidenschaft, ein gewisses Maß Irrationalität sind Bestandteil einer neuen Rationalität („*become the new rationality*“). *Our emotions are our rock*, sagte Azza Karam, und sie sprach von den Hürden, die immer wieder gegen Menschen errichtet werden, die sich Gehör verschaffen wollen. Da sind restriktive Regularien, Unterdrückungen aller Art und alle möglichen Versuche der Spaltung, nicht zuletzt die Schere im eigenen Kopf, vor allem aber: **Angst**. „*Fear is the largest censure factor*.“ Die Angst werde in der Pandemie noch verstärkt. **How to overcome fear?** Karams Antwort ist: Hoffnung und Glaube und die Verbindung mit den Anderen („*the gift of connectivity*“). Aus dieser Sicht könnten die Unterschiede im Glauben bestehenbleiben, aber durch die dienende Tat überspielt werden. Indes fragt man sich hier, ob das wirklich etwas anderes wäre als das, was wir seit Jahrtausenden mit mehr oder weniger positiven Wirkungen erleben?

Die abschließenden Bemerkungen Azza Karams gerieten beinahe zu einer beschwörenden Predigt:

The power of transformation is not something we have to get from the outside. The power of transformation resides within, within each one of us –

That power of transforming what we do not find pleasant, what is hurtful, what is painful, what is negative, what can destroy, the power of transforming all of this is within. It is also manifested and possible when we join hands spiritually as well as practically. We have an opportunity now to realize one thing: Times have definitely changed, and it is not only because of Covid [...] – an inevitable process of transformation that we are living.

Last year, in 2019 there were a number of studies that came out that said that the 21st century really will be the century of women. I think we manifested in the last few days the pinnacle of that realization that indeed the 21st century is the century for women, by women, and it will be about women which means it will be about women, men, young, old, able, living with disabilities, whatever the distinctions and the diversities. What women do and can and have systematically brought to the table is the whole of society. When the argument has been made that women must be included [...] the inclusion is not an ask for a favour. The inclusion is to ensure that there is a complete narrative of human existence. [...] The inclusion of women is to ensure the dignity of the planet. [...] We need one another because our planet needs us [...], because the very survival of the air we breathe [...] that very survival is depending on whether or not we will be able to stand alongside one another and to serve together. We have heard about women leading religious institutions and organizations. But all of them told us about the power of owning the scripture, being able to articulate scripture knowledgeably, how critical that is for the religious realms and for the non-religious realms [...].

We also need to understand that women have been – together with men – re-interpreting scriptures for centuries. The process of owning the scripture means being able to listen to the word of God. There have been and always will be women who are very dedicated to their societies, to other women, to be able to own the words of the scripture, to live the words of the scripture and enact it. [...] Religions would not exist without the power and the activism and the engagement of women: simple fact. We also know that we have to re-interpret and re-define what we mean by „leadership“. Leadership is not a position in a government. Leadership is not only a title. [...] Leadership is about service, enacting, living. So many of the leaders we have listened over to in the last few days have made this

point in so many ways. Women are not about to become leaders. Women are leaders. Because women have always systematically served. [...]

Fast triumphierend klang es, als Prof. Karam feststellte, *Religions for Peace* hätten sich nicht von Covid-19 unterkriegen lassen. Das Virus habe geradezu neue Wege gewiesen, und man habe durch die vollständige Digitalisierung dieser viertägigen Konferenz eine neue *connectivity* gewonnen. Stolz stellte EMMA JACKSON das **Global Interreligious Council Directory**, das neue globale Verzeichnis von Ansprechpartnern und nationalen Gliederungen von *Religions for Peace*, vor und betonte, es beruhe auf der hingebungsvollen Arbeit von tausend religiösen Leitern und basiere auf den sechs *strategical priorities*, die in der Vorjahreskonferenz 2019 verabschiedet worden sind. Dieses Verzeichnis, das die *Interreligious Councils* in 90 Ländern versammelt, ist zugänglich über: <https://www.rfp.org/where-we-work/>.

Bei aller Betonung der Wichtigkeit der Gläubigen an der Basis spielte auf der Konferenz die leitende Persönlichkeit eine große Rolle. Neben nicht wenig Selbstlob der Organisation gab es Tag für Tag viele Respektbezeugungen gegenüber den *distinguished leaders*, die als Personen immer *incredibly important* und deren Botschaften stets *beautiful* waren und „so wertvoll wie Gold“. Azza Karam ließ am Ende der Tagung fünf von ihnen bitten, mitzuteilen, was sie von der Konferenz mitnähmen.

Für Indien berichtete DR. KEZEVINO ARAM (<https://hfh.fas.harvard.edu/people/kezevino-aram>), Präsidentin der Hilfsorganisation *Shanti Ashram* und Co-Moderatorin von *Religions for Peace* (Indien), wie wichtig bei der Covid-19-Krise der Zusammenhang der Gemeindemitglieder gewesen sei. Die Konferenz nun habe erstens gezeigt, dass inmitten aller Polarisierungen, aller Gewalt und aller Auseinandersetzungen Schnittpunkte gefunden werden können mit Regierungen, mit den Gemeinschaften der Gläubigen und mit den Frauen und ihren Visionen von der Welt. Zweitens haben man den Reichtum, der in *diversity* liegt, erleben können. *Diversities enrich the way we work together*. 50 Jahre Erfahrung befähigen RfP dazu, zu erkennen, dass Netzwerke auf ganz klei-



nen Gemeindegemeinschaften (*communities*) beruhen. Die seien wichtig für die Verbindungen der Menschen untereinander. Möge es auch weitere Corona-Wellen geben, mögen Menschen sogar sterben – die Aufgabe für die Zukunft sei es, mit diesen Netzwerken gegen Armut und Ungleichheit, gegen Marginalisierungen und gegen die Apparate der Mächtigen zu kämpfen. Sie rief auf: „*Keep the space open to hear multiple voices*“ und schloss mit Worten von Mahatma Gandhi: Wer glaubt, ist nicht alleine.

Oberrabbiner DAVID ROSEN, der *International Director* im *Department of Interreligious Affairs* des *American Jewish Committee*, brachte bei allem Lob für RfP und die Konferenz einen kritischen Akzent ein, indem er Glaube (*faith*) von Religion unterschied und keinen Hehl daraus machte, dass er letztere vorziehe. Was alles könne man sich unter Glauben vorstellen! Der Glaube (*faith*) trage – wie viele andere Institutionen – die Verantwortung für so viele Greuel in der Geschichte. Man dürfe doch nicht *spirituality* als den „guten“ Glauben gegen die Religion als den „schlechten“ ausspielen. Religion sei doch mehr als *faith*, weil sie die Gemeinschaft der Gläubigen und die Welt von Werten mitumfasse und nicht zuletzt auf Texten und damit auf Lernen basiere.

MARIA CRISTINA KAVERI CANTONI, Flugzeugingenieurin mit einem *Master in Global Journalism* und Vorsitzende des *European Women of Faith Network*, nahm auf, was während der Tagung erklärt worden war, dass der interreligiöse Dialog nämlich eine Form der Diplomatie sei, weil es auch hier darum gehe, mit Unterschiedlichkeit (*diversity*) klarzukommen. Im übrigen sei das ein Unternehmen ohne Ende. Denn **Polaritäten** seien

Emma Jackson, *Senior Assistant* der Generalsekretärin von *Religions for Peace*

R

immer in der Welt, angefangen mit der zwischen dem Männlichen (Rationalität, Kraft, Aktion) und dem Weiblichen (Empathie, Intuition, Solidarität, Mitleid, Zuwendung), Shiva/Shakti. Zu unserem Unglück seien weibliche Kompetenzen über Jahrhunderte marginalisiert worden. Die Bevorzugung des Männlichen habe zu blinder Gewalt, Krieg, Ungerechtigkeit und Ausbeutung geführt. Ein Ungleichgewicht kann sich aber nicht erhalten, sagte Cantoni. In neuester Zeit waren die Veränderungen dramatisch; Kontinuität jedoch liege darin, dass die Welt eine religiöse sei und bleibe, wie alle Statistiken besagten. Wir leben in einer Zeit des Dialogs. Mögen die religiösen Führer hinhören, was in ihren Gemeinden gesagt wird, wünschte Cantoni, und wo immer die Menschen miteinander reden – auch auf solchen Plattformen wie *Religions for Peace* – und göttliche Inspiration suchen.

Bischöfin MARGOT KÄSSMANN, die aus Hannover zugeschaltet war, erwähnte „die brillanten Frauen“ aus den verschiedensten Religionsgemeinschaften, die man während der Konferenz erlebt habe. Warum werden deren Stimmen so wenig gehört, fragte sie. Warum lassen wir uns mit unserer feministischen Theologie so leicht zum Verstummen bringen? Sie erinnerte an die vielen, auch sehr persönlichen Geschichten, die Frauen während der Konferenz in den verschiedenen *meetings* erzählten und damit Aufschluss gegeben hätten darüber, „was getan werden müsse“ („by telling it

giving insights in what has to happen“). Sind Frauen für die Theologie zu „emotional“, erzählen sie zu viele Geschichten? Nein, antwortete Käßmann: Theologie ist Geschichten erzählen. Dann die junge Generation: Die jungen Leute müssen viel stärker eingebunden werden. Hoffentlich hört RfP ihnen in Zukunft stärker zu, meinte Käßmann. Sie in ihrer Generation hätten ja kaum gewagt, sich zu äußern. Schließlich sei zu hoffen, dass man mit RfP Signale des Friedens in die Welt senden könne. Gerade in einer Zeit, wo Religion so häufig als Quelle von Konflikt „stigmatisiert“ werde, müsse gezeigt werden: Religion ist nicht der Grund für Konflikte in der Welt, sondern **Religion trägt zu Konfliktlösungen bei**.

Vom afrikanischen Kontinent kam SISTER AGATHA O. CHIKELUE, Nonne des Ordens der *Daughters of Mary Mother of Mercy* und Stellvertretende Vorsitzende des *Nigerian & African Women of Faith Network*. Ihre Botschaft, unpathetisch und eindrucksvoll vorgetragen, lautete: *Never give up!* Sie sprach aus **Nigeria**, wo friedlicher Protest auf Polizeigewalt trifft und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an der Tagesordnung sind. Der Eindruck, in Nigeria ständen Christentum und Islam in feindseliger Abgrenzung, sei falsch. Die Regierung habe versucht, zu polarisieren und die Religion zu politisieren. In Wirklichkeit gehe es nicht um Wir gegen Die, um Nord gegen Süd. Sie habe vielfach erlebt, dass Christen und Muslime füreinander einstan-

Die Generalsekretärin von *Religions for Peace*, Azza Karam, im Abschlussgespräch mit (von links) Maria Cristina Kaveri Cantoni (Italien), Rabbi David Rosen (Israel), Sr. Agatha O. Chikelue (Nigeria), Bischöfin Margot Käßmann, Dr. Kezevino Aram (Indien), 13.11.2020



den. Es gibt keine „hoffnungslose Situation“. Dank allseitiger Gespräche zwischen den Religionsgruppen ist Gemeinsamkeit im Handeln möglich. Durch Gespräche werde allen Religionsgruppen klar, dass es darum gehe, für den Fortschritt („*human development*“) zu kämpfen. Agatha Chikelue endete mit einer Bitte, die man als an die **Entwicklungs politik** gerichtet verstehen konnte: Im Kampf („*joint effort*“) gegen Ungerechtigkeit und schlechte Regierung reichen die eigenen Ressourcen oft nicht: *Please help us to build the necessary capacities!*

Die **Botschaften auf der Konferenz** waren durchaus nicht einheitlich. Sehr unterschiedlich wurde von verschiedenen Rednern das Verhältnis zwischen religiösen Leiterinnen und Leitern und der Gemeinde der Gläubigen gesehen; auf der einen Seite wurde dem Mikrokosmos kommunitaristischer Bindungen ein großes Gewicht beigemessen, auf der anderen wurde die transnationale und transkontinentale Verbindung – womöglich mithilfe moderner Kommunikationstechnik – gefeiert; die individuelle Ermächtigung durch Spiritualität und die Autorität der Institution standen nebeneinander; die Vielfalt von Religiosität wurde gepriesen, aber Spaltung und Konflikt zwischen den Glaubensgemeinschaften beklagt; und die Gretchenfrage blieb unbeantwortet: Ist Vielfalt primär eine geistig-geistliche Verschiedenheit, oder beruht sie letztlich auf realer Ungerechtigkeit und sozialer Ungleichheit? Zu letzterem schien Schwester Agatha aus Nigeria zu neigen, weswegen sie guter Hoffnung sein konnte, die interreligiöse Verständigung werde sich einstellen, wenn die Lebensbedingungen der Menschen dies nur zuließen.

In dem Gedankenaustausch über **hate speech** am zweiten Tag kam das Thema wieder auf den Tisch. THOMAS SPARROW, der Korrespondent für Politik bei der *Deutschen Welle* ist, befragte dazu

1. Oberrabbiner DAVID ROSEN,
2. LUCY CALLADINE, die als „*Government Affairs and Public Policy Manager Countering Extremism*“ als Beraterin bei Google arbeitet und vorher zehn Jahre im britischen Innenministerium für Gegenmaßnahmen zu extremistischer Gewalt und „Regulierung“ von *online*-Inhalten zuständig war,
3. Kardinal JOHN ONAIYEKAN, Erzbischof von Abuja (Nigeria) und Ehrenpräsident von *Religions for Peace*.

David Rosen sprach über neuen und alten Antisemitismus, die in neuerer Zeit zu beobachtende

Brutalisierung der Gesellschaft und die ewige Rolle der Juden als Sündenböcke.

Kardinal Onaiyekan erklärte zu **Nigeria**, dass Hassrede ein Teil der Menschheitsgeschichte sei, heute allerdings durch die digitale Technik neuartige Reichweiten und eine rasante Verbreitung erfahre. In Afrika habe man infolge der Differenzen zwischen den Stämmen und Sprachen versuchen müssen, eine Gesellschaft aufzubauen, „wo wir gut übereinander reden“. Der Kardinal, dessen Vortrag wegen schlechter Internetverbindung zeitweise verstümmelt ankam, sprach einerseits von einer in Afrika fehlenden Kultur gegenseitigen Respekts und von mangelnder Toleranz, andererseits hätten in vorkolonialer Zeit die traditionellen Religionen – in Nigeria wie vermutlich in ganz Afrika – eine Klammer der Gemeinsamkeit gebildet, die jedes Individuum einschloss. In der Neuzeit seien Glaubensunterschiede hinzugekommen, die das Problem der Hassrede verschärften. Speziell für Nigeria nannte John Onaiyekan die „Spannungen“ zwischen Christen und Muslimen, den Anhängern zweier importierter Religionen, und die Missionierungsprogrammatik bei Christentum und Islam, die spaltend gewirkt habe. Als dritten Faktor im Zusammenhang von *hate speech* erwähnte er vorsichtig die Politik der Regierungen und deren jeweilige Botschaften. „*Sometimes the governments find it difficult to accomodate certain ways of speaking even when it is considered as a matter of freedom of speech, and attempts are made to limit freedom of speech.*“

Wie werde man aus afrikanisch-christlicher Sicht eine Welt ohne Hassrede zustande bringen, fragte der Moderator, als die Internetverbindung sich mal wieder einstellte. Die Antwort von Kardinal John Onaiyekan hieß: „Geduld“. Man habe sich jetzt auf den Weg gemacht, und es werde eine lange Reise werden. Konkret verwies auch er auf die Erziehung der nachwachsenden Generation. Wichtig sei die **Revision der Schulbücher**, und auch die religiöse Erziehung sei noch hinter ihrer Zeit zurück. In den Gemeinden müsse man davon wegkommen, überall Antagonismen zu sehen. Stattdessen seien doch alle **Kinder Gottes**, die nur mit unterschiedlichen Sprachen sprechen. Man müsse lernen, die Rechte, die man als religiöse Gruppe für sich selber bean-

„Hate speech: public speech which expresses hate or encourages violence towards a person or group based essentially on who they are – race, religion, sex, nationality, ethnicity. It is present both off-line and on-line. Hate speech was described by the United Nations as a „threat to democratic values, to social stability, to peace.“

Thomas Sparrow



Kardinal John Onaiyekan
(Quelle: <https://wfd2020.ringforpeace.org/>)

spruche, auch anderen zuzugestehen. Wir haben uns geeinigt, sagte er, dass wir einander nicht dämonisieren, und wies explizit auf die Verdienste des **Zweiten Vatikanischen Konzils** hin.

Lucy Calladine wurde nach dem Ansatz gefragt, den **Google** verfolge, um *hate speech* zu bekämpfen. Sie erklärte, dass Hassbotschaften teils maschinell, teils unter Einbeziehung von Mitarbeitern gelöscht werden. Eine Herausforderung seien die schnellen Veränderungen in der Szene der Hassredner und die Tatsache, dass es in unterschiedlichen Ländern sehr **unterschiedlich** sei, was als Hassrede gelte. Vor allem betonte sie, dass Google weltweit Unterrichtsprogramme unterstützt, um das „digitale Analphabetentum“ zu reduzieren und um zu trainieren, wie negative Narrative identifiziert werden können, allein 2019 im Umfang von 10 Mill. \$. Die Rezepte für die Zukunft hörten sich vertrauensselig an: „Wir dürfen einander nicht mehr mit Misstrauen betrachten“. Als probates Mittel dazu betrachtete Calladine einen verstärkten Meinungs- und Wissensaustausch. Sie und Rabbi Rosen empfahlen **treuherzig**, einander besser kennenzulernen: einander zu vertrauen und einander zu feiern! Immerhin waren beide nicht so gutgläubig, dass Angst und Hassrede einmal völlig aufhören würden. „Wir müssen lernen, mit Hassrede umzugehen.“

Für die Bewältigung von *diversity*, für die Verständigung zwischen Wir-Gruppen und speziell für den interreligiösen Dialog ist die Frage, wie eine **gemeinsame Ebene der Verständigung** über den Differenzen bzw., identitätstheoretisch gesprochen, wie eine übergreifende Identität hergestellt wird,

entscheidend. In dieser Hinsicht war das *Plenary IV: Values-Inspired Education* am 12. November von besonderem Interesse. Es wurde geleitet von RIEM SPIELHAUS, Lehrstuhlinhaberin für Islamwissenschaft mit Schwerpunkt Bildung und Wissenskulturen an der Georg-August-Universität Göttingen.

In den Stellungnahmen der Panelisten zeichneten sich zu dieser Frage unterschiedliche Positionen ab. Da war *Bhai Sahib MOHINDER SINGH*, englischer Sikh, u. a. Gründungsmitglied des *European Council of Religious Leaders*, der eine enge Verbindung zwischen Glauben, Religion und Werten herstellte und für den es im Prinzip nur **Eine Welt** gab. *We are interconnected and interdependent*. Der Glaube ist der spirituelle Ursprung der Werte. Kulturen sind veränderlich; nur aus der Religion kommt das Absolute (*absolute facts*). Werte sind universal, weil die menschliche *conditio* von Geboren-werden und Sterben universal ist. Wir finden sie in den Heiligen Schriften aufgezeichnet. Religiöse Unterweisung hat dahin zu führen, die letzten Gründe menschlicher Existenz zu verstehen, und die Kombination von Vernunft (*intellect*) und Glaube ergibt eine ganzheitliche (*holistic*) Persönlichkeitsentwicklung.

PROF. ANANTANAND RAMBACHAN, Professor für Religion am St. Olaf College (Northfield, Minnesota), benannte substantiell drei Werte universaler Art: *consider the common good, giving joy und abundant sharing*, und drittens Barmherzigkeit („*be compassionate*“). Aufgabe der Erziehung ist es, diese Werte ins reale Leben zu übersetzen. Dazu brauche man ein Menschenbild, das für eine Gesellschaft der Vielfalt geeignet ist. Die Religion ist dabei eine Richtschnur. Sie vermittelt nämlich Leitlinien, die anders nicht zu begründen sind.

Das Schlimmste in der Welt sind die Hierarchien. Das entsprechende Über- und Unterordnen von Menschen ist ungerecht an sich. Am allerschlimmsten sind nationale Hierarchien (*national hierarchy*). „Religiöse Traditionen“, so glaubt er, können diese Hierarchien überwinden. „Wir ordnen Religionen nicht in Hierarchien.“ Religionen sind nach Rambachans Ansicht offenbar nur kontingente Ausformungen von Religion an sich. Wer als die Religion könnte für das Universale sprechen? Es ist für ihn offenbar die Religion, die eine globale Gemeinschaft abbildet und die stete Aufforderung, das *well-being of global community* zum Maßstab des Handelns zu machen, darstellt. Die Menschenrech-

te hält Rambachan für ungemein wichtig. Aber das *rule of law* „ties us only to **tolerance**“. Wir sollen einander aber nicht nur tolerieren, sondern: „celebrate our diversity“! Worauf beruht die „diverse beauty of every person“, die er bezeugt? Sie ist religiös begründet, durch „a sense of the sacred value of every human being“. Wer denkt da nicht an Hans Joas' „Die Sakralität der Person“?

Wie kann die Erziehung Werte vermitteln und diese Anerkennung der „diverse beauty of every person“ gelingen? Rambachan empfiehlt **Demut** angesichts der eigenen Vorurteile und Stereotypen gegenüber anderen Traditionen und sodann eine Art **Perspektivenwechsel** durch das Studium der Schriften anderer Religionen. DR. NAYLA TABBARA (*Adyan Foundation*) berichtete von so ablaufendem schulischem Religionsunterricht. Muslimische Lehrer und christliche Lehrer gestalten gemeinsam in der Klasse den Unterricht zu einer bestimmten religiösen Frage. Und mit Behagen berichtete sie von einem Lehrer in der christlichen Klasse, der die Schüler aufgefordert habe: „Stellt euch bitte vor, hier sitzt auch Mohammed neben euch.“ Ähnliche religionsverbindende Methodik berichtete sie vom *Centre of Islamic and Christian Studies* an der *Université Saint Joseph* in Beirut.

Bischof MUNIB YOUNAN, bis 2017 Präsident der *Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land* (ELCJHL), brachte Gesichtspunkte ein, die auf seinen Erfahrungen in Palästina beruhen. Grundsätzlich relativierte er die Schule als den Ort des Lernens: Das stellte er an drei Herausforderungen dar. Erstens: die Fundamentalismen, die die Welt belagern. Wie solle man Schülern beibringen, dass der Kern der Religion die Liebe zu Gott sei, wenn sie mehr über Extremismus als über Religion wissen? In den „arabischen Ländern“ stelle sich zweitens das Problem der Minderheiten. Wie solle man staatsbürgerliche Gleichheit, die Ungleichartigkeit berücksichtigt, lehren („educate equal citizenship that embraces diversity“)? Schließlich schilderte er den mühsamen Prozess, die Gleichheit zwischen den Geschlechtern herzustellen, am Beispiel der Änderung des Erbrechts. Dieses liegt in der Zuständigkeit der Religionsgemeinschaften – in der ELCJHL erforderte es fünf Jahre Kampf, die Erbfähigkeit für Frauen durchzusetzen. Nun aber sei die Verfassung der ELCJHL die einzige in der Region, die Frauen und Männer in dieser Hinsicht gleichbehandelt.

Soeben erschienen – der Bericht zur Tagung, gebunden und illustriert:

10th World Assembly + 1st Assembly on Women, Faith & Diplomacy, hrsg. v. Foundation Peace Dialogue of the World Religions and Civil Society / Religions for Peace International, New York / Lindau 2021, ISBN 978-3-00-069523-0, Library of Congress Control Number: 2021912767

Um mit dem Aufruf, die folgenden Generationen zu berücksichtigen, selber ernst zu machen, wurden am Ende der Konferenz von 2020 **zwei Jugendprojekte** vorgestellt. LYDIA FUNCK, die Geschäftsführerin von *Church and Peace* und Mitglied des *Youth Media Teams* von RfP, führte in einer wortreichen Rede in das Jugendprojekt „Bagdan“ auf dem Balkan gegen *hate speech* ein, ohne doch viel zu sagen. Im selben Stil erfuhr man von ANA MARIA DAOU, dass es im Libanon ein Jugendprojekt gegen die dort allgegenwärtige Hassrede gibt. Dieses Projekt habe sich von der Erkenntnis, dein Mitmensch ist keine Person, vor der man sich fürchten muss, leiten lassen. In einer akademischen Arbeit („*Know Thy Neighbor: Interfaith Dialogue, Peacebuilding and Reconciliation in the Lebanese Context*“) hat Ana Maria Daou die praktische Wirksamkeit interreligiöser Dialogs im Friedens- und Versöhnungsprozess im Libanon beschrieben. Ana Maria Daou ist gegenwärtig *Community Engagement Senior Coordinator* bei der *Stiftung Adyan (Foundation for Diversity, Solidarity and Human Dignity)*. Dort ist von ihr ein Bericht zur Publikation angekündigt: *Report on inter-faith dialogue mapping in Lebanon, Jordan, Iraq and Turkey*.

Stacey Gutkowski / Ana Maria Daou, „*Religious Pluralism, Interfaith Dialogue and Post-war Lebanon*“, in: Jan-Jonathan Bock / John Fahy / Samuel Everett, eds., *Emergent Religious Pluralisms*, Basingstoke: Palgrave 2019, S. 95-122. – ISBN 978-3-030-13811-0.

Das Thema für die **nächste Konferenz** von *Religions for Peace* ist bereits angekündigt und nimmt diese Gedanken auf. Die Konferenz wird vom 4. bis 7. Oktober 2021 stattfinden und ist betitelt: *Conference of the World Council of Religious Leaders on Faith and Diplomacy: Generations in Dialogue* (Anmeldung: <https://peace-dialogue-lindau.org/register/>). AT

Quelle: <https://www.rfp.org/who-we-are/>; <https://de.ringforpeace.org/ueber-uns/>; <https://wfd2020.ringforpeace.org/videostreams/>

W. Welt- innen- politik

W

W1/2020-3_4 **Menschenrechte sind #unverhandelbar**

Eine große Anzahl von Vereinen und Initiativen zur Rettung und Unterstützung von Flüchtenden und Geflüchteten hat sich zur Kampagne **#unverhandelbar!** zusammengeschlossen. Auf deren *website* <https://unverhandelbar.jetzt/> sind einige davon aufgezählt.

Das Stichwort „unverhandelbar“ ist nicht ganz glücklich gewählt. Denn Menschenrechte sind zwar in der Tat nicht verhandelbar, aber verhandeln wollen die führenden europäischen Politiker über sie gar nicht. Verhandelt wird höchstens über Zahlungen an andere Staaten, die als Auffanglager für Europa dienen sollen; und das sind Verhandlungen im wahren Wortsinne nicht, weil die Politiker sich erpressbar gemacht haben und am Ende jeden Preis zahlen werden.

Auf der Seite befindet sich ein kurzer aufrüttelnder Videoclip, in dem unter anderem die Gesichter von Armin Laschet, Angela Merkel, Olaf Scholz, Horst Seehofer auftauchen; dazu der folgende Text:

Täglich finden Menschenrechtsverletzungen an Europas Außengrenzen statt. Die Lager in Griechenland und Bosnien verhöhn den Begriff der Menschenwürde seit Jahren. Geflüchtete ertrinken im Mittelmeer oder werden rechtswidrig und mit Gewalt an den EU-Außengrenzen festgehalten und zurückgedrängt. Anstatt die Rechtsbrüche aktiv zu verhindern, sind Menschenrechte für deutsche Politiker*innen nur Verhandlungsgegenstand. Durch

ihre politischen Entscheidungen sind sie daran beteiligt, dass die europäische Abschottungspolitik jedes Jahr brutaler wird, und weisen dennoch jede Verantwortung von sich.

Das nehmen wir nicht hin und klagen die Verantwortlichen dieser Menschenrechtsverletzungen an!

Wir wollen ein Deutschland und ein Europa, in dem Menschenrechte #unverhandelbar sind! Denn die viel zitierten Reden von europäischen Werten und Menschenrechten haben nur dann einen Wert, wenn sie für alle gelten – sowohl an Europas Außengrenzen als auch in den EU-Mitgliedsstaaten.

Wir machen sichtbar, wer sich gegen Menschenrechte stellt! Wer die Aufnahme Schutzsuchender nach Deutschland trotz breiter Aufnahmebereitschaft blockiert, wer Push- und Pullbacks im Rahmen von Frontex- und EUNAVFOR MED-Einsätzen unterstützt, wer zivile Seenotrettung kriminalisiert und wer das Recht auf Asyl und Familiennachzug systematisch verhindert.

Wir fordern von dieser und der neuen Bundesregierung:

- Die sofortige Evakuierung aller Lager an den EU-Außengrenzen und die Schaffung legislativer Grundlagen zur selbstbestimmten Aufnahme von Kommunen und Ländern.
- Das Ende deutscher Beteiligung an allen Frontex- und EUNAVFOR MED-Einsätzen.
- Staatlich organisierte Seenotrettung und ein Ende der Kriminalisierung ziviler Seenotrettung.
- Sichere und legale Fluchtwege und die Gewährleistung des individuellen Rechts auf Asyl.

Wir ziehen diese Personen zur Verantwortung und zeigen, dass der Einsatz gegen Menschenrechte nicht ohne Widerstand bleiben wird. Denn Menschenrechte sind #unverhandelbar!

Auf der Seite kann man für die Seenotrettung **spenden** (<https://unverhandelbar.jetzt/spenden>).

Quelle: www.unverhandelbar.jetzt

Wir ziehen alle deutschen Politiker*innen zur Rechenschaft, die sich gegen Menschenrechte stellen, denn Menschenrechte sind #unverhandelbar!



W2/2020-3_4 **75 Jahre Vereinte
Nationen**



Am 24. Oktober 1945 trat die Charta der Vereinten Nationen in Kraft. Am 24. Oktober 2020 stand zum **Tag der Vereinten Nationen** recht wenig in der Presse. Die *Süddeutsche Zeitung* stellte einige der UNO-Sonderorganisationen vor: WHO, UN-FPA (Bevölkerungsentwicklung, Familienplanung), Unicef und das Welternährungsprogramm, das inzwischen den Friedensnobelpreis bekommen hat.

Anlässlich dieses Tages startete in den Kinos der Dokumentarfilm „**The Great Green Wall**“ über eine Mauer, die vereinen soll, „a musical journey at the frontline of climate“ mit der malischen Sängerin Inna Modja. Quer über den Kontinent will man in der Sahelzone einen 8.000 Kilometer langen Grünstreifen aus Bäumen und Pflanzen legen, der die Ausbreitung der Wüste aufhalten und so dazu beitragen soll, dass Millionen Menschen Nahrung, Arbeitsplätze und eine sichere Zukunft erhalten.

Derzeit gilt Bonn als die deutsche UNO-Stadt. In Berlin gibt es in Form des Vereins „**Ein Haus für die Vereinten Nationen**“ eine Initiative, die die UNO der Bevölkerung nahebringen und Vereinen, die im Sinne der UNO arbeiten, ein Haus zur Verfügung stellen will. Der HVN e.V. hatte dafür von Anfang an das „Palais am Festungsgraben“ in Berlin hinter der „Neuen Wache“ im Auge. Seit der Gründung des Vereins im Jahre 2016 gab es aber in der Berliner Stadtpolitik so viel **Widerstand** dagegen, dass nun aller Hoffnungen auf die Wahlen 2021 gerichtet sind.

Adresse: Haus für die Vereinten Nationen e.V. (www.HVN-palais.berlin) im Nikolai-Haus in Berlin, Kontakt: Prof. Dr. Rolf Kreibich (Vorsitzender), Sekretariat für Zukunftsforschung, Arnimallee 22, 14195 Berlin.

Siehe zum Projekt die Informationen in den SSIP-Mitteilungen bzw. IKA – InterkulturellAktuell SSIP2/15-3, K3/18-1_2, W2/2020-1_2.

Seebrücke
#Leave.No.One.Behind
Sea-Watch
PRO ASYL
United4Rescue - Gemeinsam Retten
borderline-europe
Campact
Oxfam Deutschland
Europe Must Act
Kein Mensch ist Illegal Hanau
Sea-Eye
Sächsischer Flüchtlingsrat
Open Knowledge Foundation
Medibüro Berlin
Bewegungsfreiheit
Wir packen's an
Balkanbrücke
Wir sind alle MITTENDRIN
Omas gegen Rechts Berlin
Flüchtlingsrat Niedersachsen
Flüchtlingsrat Hamburg
#EuropeCares
Aachener Netzwerk
Henastoibande
SOS Bihać
Hamburger Hilfskonvoi
People4People
Zusammenleben Willkommen
Herzogenaurach packt an
STELP
Hermine
GrenzenloseHilfe.de
Human Aid Collective
Humanistische Union OV Lübeck
Humanistische Union (Bundesverband)
Bundesfachverband unbegleitete minderjährige
Flüchtlinge (BumF)
RESQSHIP
medico international
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
(AGDF)
Informations- und Dokumentationszentrum für
Antirassismuserbeit (IDA)
Refugee Law Clinic Osnabrück
Refugee Law Clinic Berlin
Medical Volunteers International (MVI)

W₃/2020-3_4 **Wirtschaft für den Menschen und in globaler Verantwortung**

Dem Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger von 1998, **AMARTYA SEN** (geb. 1933), ist am 18. Oktober 2020 der **Friedenspreis des Deutschen Buchhandels** verliehen worden.

Der Berliner *Tagesspiegel* betonte in seiner Berichterstattung, dass Sen auf der gleichen weltoffenen Schule in Westbengalen war wie Indira Gandhi, eine Schule, die 1901 vom Dichter Rabindranath Tagore „als Antwort auf kolonialen wie traditionellen Drill im Bildungswesen“ gegründet worden war. Noch immer würden hier Selbstverwaltung und autonomes Denken sowie der lebendige Austausch gepflegt.

Sen ist bekannt geworden durch seine Arbeiten auf dem Gebiet der Wohlfahrtsökonomie und zur Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung; auf ihn geht die Erfindung des *Human Development Index* (Index der menschlichen Entwicklung) HDI zurück. Er hat sich gegen das Modell des *homo oeconomicus* gewendet, jener Annahme in der klassischen Ökonomie, dass der Mensch seine wirtschaftlichen Entscheidungen nach rationalen Nutzenerwägungen trifft. Sehr früh hat er den Begriff der Naturkatastrophe relativiert, indem er darauf hingewiesen hat, der Mensch habe es sehr wohl in der Hand, in welchem Umfang die Natur zerstörerisch wirken kann. Schließlich ist er uns in Erinnerung mit seinem Buch (*Die Identitätsfalle*), das er gegen Samuel Huntingtons Dystopie von der Unausweichlichkeit eines globalen Kulturkriegs zwischen Islam und Abendland geschrieben hat.

Wichtige Monographien von Amartya Sen:

- 1982 *Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation*, Oxford: Clarendon Press.
- 1987 *The Standard of Living. Tanner Lectures in Human Values*, Cambridge: The Press Syndicate of the University of Cambridge [dt., *Der Lebensstandard*, 1990].
- 1995 *The Quality of Life. A Study for the World Institute for Development Economics Research (WIDER) of the United Nations University*, hrsg. v. Martha Nussbaum / Amartya Sen, Oxford: Clarendon Press.



Amartya Sen, 2012 (© gemeinfrei CC BY-SA 2.0)

- 1999 *Development as Freedom*, Oxford University Press 2001 (dt.: *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München: dtv 2002).
- 2010 *Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt* [2006], München: dtv.
- 2020 *Rationale Dummköpfe. Eine Kritik der Verhaltensgrundlagen der Ökonomischen Theorie*, Ditzingen: Reclam Verlag.

Seine Dankesrede in Frankfurt begann Amartya Sen mit Kant und einem uneingeschränkten Bekenntnis zur freien Rede und zur Freiheit des Arguments. Große Teile seiner Rede waren seinem Heimatland Indien gewidmet, das nach der Unabhängigkeit von englischer Kolonialherrschaft eine verheißungsvolle Geschichte als säkulare Demokratie mit viel Freiheit für das Individuum erlebt habe. Indira Gandhis diktatorisches Regiment in den 1970er Jahren und die Wahlniederlage der Kongresspartei 1977 markierten nach Sen einen tiefen Umschwung. Neuerdings hätten sich die Verhältnisse infolge der einseitig religiös getünchten Hindu-Regierung der BJP verschärft. Nun gebe es reihenweise Anklagen wegen Aufwiegelung, Regierungskritiker wandern als „Terroristen“ ohne Gerichtsurteil ins Gefängnis, ihre Bankkonten werden gelöscht. Extreme Hindu-Organisationen versuchten, Muslimen ihr Bürgerrecht zu nehmen. Sen, der sich in der Rede selbst als Hindu erklärte, sieht nun eine komplette Verwirrung der Geister, und Gewalt überflute den Staat. Die Menschenrechte stünden neuerdings überall auf der Welt unter Druck, sagte Sen; aber in Indien findet er das besonders unerträglich in der Erinnerung daran, dass unter den Briten indische Freiheitskämpfer im Gefängnis saßen, und in der Erinnerung an den gewaltfreien Widerstand in den 1940er Jahren.

Heute sieht Sen die Redefreiheit überall in der Welt beschnitten. „*We are really alarmed!*“ In vielen Ländern – in Asien, in Europa, in Latein-Amerika, Afrika – entwickeln sich seinem Eindruck nach autoritäre Regime mit repressiven Tendenzen. Er nannte Ungarn, das Immigranten gewaltsam abwehrt, Polen, wo „LGBT-freie Zonen“ gefeiert würden, und Brasilien. Den Makel der Ungleichheit sieht Sen in den USA mit ihrer langen Geschichte der Sklaverei und der Unterdrückung afrikanischer Amerikaner bis heute. Das autoritäre Regime sehe von Land zu Land anders aus; gewiss gebe es auch in autoritären Staaten sozialen Fortschritt, am Ende laufe es aber immer auf das eine hinaus: Töten.

Heute erleben wir eine „*pandemic of authoritarianism*“, Ungerechtigkeit überall — was tun dagegen? Amartya Sens Rat bei der Verleihung des *Friedenspreises des Deutschen Buchhandels* scheint hausbacken: Bücher lesen, reden und Ideen entwickeln ist Teil von Kants Begriff von Freiheit als einem Prozess „*to make public use of reason in all matters*“, und unter Berufung auf Martin Luther King erklärte Sen, dies sei ein gewaltfreier Prozess: „*It is also a journey to durable peace.*“

AT

Quelle: <https://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/alle-preistraeger-seit-1950/2020-2029/amartya-sen>

SSIP/2020-3_4 **Wir begrüßen im SSIP...**

... Herrn Mohammed El Ouahhabi.

Herr El Ouahhabi ist 2016 nach Deutschland, und zwar nach Berlin gezogen. Sein Heimatland ist Marokko. Dort hat er ein Germanistikstudium absolviert, aber auch deutsche Geschichte des Mittelalters studiert. Schon in Marokko wurde ihm die Wichtigkeit des Themas Integration bewusst. Integration ist nicht nur Teilhabe für Neuzugewanderte am gesellschaftlichen Leben durch das Erlernen der neuen Sprache usw. Teilhabe ist auch für die Aufnahmegesellschaft ein Zielwert, der dauernd hergestellt werden muss z.B. für Menschen mit Behinderung, als Resozialisierung von (jungen) Häftlingen, in Form von Bildung für Kinder aus ärmlichen Verhältnissen oder für alle in Form von Sport mit seiner positiven Auswirkung, die er auf das soziale Leben generell hat. In Berlin hat Herr El Ouahhabi ein Praktikum bei einem Abgeordneten des Deutschen Bundestags absolviert. Heute ist er Sport-Integrations-Coach beim *Landessportbund Berlin e.V.*

Durch sein Leben in zwei Kulturen, durch sein akademisches Studium und die politische Erfahrung aus dem Bundestag, gepaart mit seiner praktischen Tätigkeit in der interkulturellen Betreuung von Sportvereinen in Berlin ist Herr El Ouahhabi im SSIP bestens aufgehoben. Wir freuen uns auf gegenseitigen Austausch in dem Sinne, wie der SSIP ihn vertritt: die Wissenschaft und die Welt außerhalb der Universitäten miteinander verbinden,



Wissenschaft, die die Zukunft der interkulturellen und transkulturellen Verständigung im Blick hat, und die Erfahrung mit der interkulturellen Verständigung vor Ort.

SSIP e.V.
Mitglieder-
Nachrichten

**UNITED4
RESCUE**

Den gedruckten und an Abonnenten versandten Exemplaren von *interkulturell aktuell* liegen Werbepostkarten von *United4Rescue* bei.

Gemeinsam Retten e.V.

SSIP Mitgliederversammlung Ankündigung

Freitag, 17. Dezember 2021, 18:00–19:30 Uhr

Die Mitgliederversammlung des SSIP e.V. findet online mit dem Konferenz-Tool „Zoom“ statt.

Tagesordnung

- TOP 1 **Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung**
- TOP 2 **Wahl der Sitzungsleitung und Protokollführung**
- TOP 3 **Genehmigung der Tagesordnung**
- TOP 4 **Berichte Vorstand und Geschäftsstelle**
 - 1. Allgemein (Vorstand)
 - 2. Haushaltslage (GF)
- TOP 5 **Bericht der Kassenprüferin**
 - 1. Haushalt 2019
 - 2. Haushalt 2020
- TOP 6 **Wahl der neuen Rechnungsprüfer**
- TOP 7 **Aussprache und Entlastung des Vorstands**
- TOP 8 **Neuwahl des Vorstands**
- TOP 9 **Renovierung der SSIP-Website**
- TOP 10 **Künftige Planungen**
- TOP 11 **Sonstiges**

Impressum

interkulturell aktuell (SSIP-Mitteilungen)

Herausgeber: Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven (SSIP) e.V.

Gesamtleitung: Armin Triebel, Berlin
Layout und Gestaltung: Gerd Ulrich Bauer,
Bad Vilbel

Die *ika – interkulturell aktuell (SSIP-Mitteilungen)* können Sie für einen Kostenbeitrag von 40,- € pro Jahr abonnieren. Die Mitgliedschaft im *Sozialwissenschaftlichen Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven e. V.* in Höhe von jährlich 50,- € schließt das Abonnement ein. *ika – interkulturell aktuell* wird nach Wunsch als pdf-Datei oder als Druckausgabe verschickt.

© SSIP, 2020. Bitte zitieren Sie mit der Quellenangabe „SSIP-IKA“. – ISSN 2567-5907

Zur Teilnahme an der SSIP-Mitgliederversammlung melden Sie sich bitte per Mail an die Geschäftsstelle an (mitteilungen@ssip-web.de). Ergänzungen zur nebenstehenden Tagesordnung teilen Sie bitte bis spätestens 14 Tage vor der Versammlung an die Geschäftsstelle mit.

Rechtzeitig vor dem Sitzungstag erhalten Sie Hinweise zur Teilnahme an der Online-Sitzung sowie die Zugangsdaten. Für die Teilnahme per ZOOM benötigen Sie einen PC, einen MAC oder ein mobiles Endgerät (Notebook oder Tablet) mit Lautsprecher und Mikrofon oder Headset. Zusätzlich ist für die Teilnahme per Video eine Webcam erforderlich. Die Veranstaltung wird nicht mitgeschnitten oder in irgendeiner Form als Ton- oder Bild-Stream gesichert.

Auf Wunsch ist vorab ein Technikcheck möglich. Bitte informieren Sie hierfür die SSIP-Geschäftsstelle.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen oder Kennenlernen!

Dr. Armin Triebel (Vorsitzender),
Prof. Dr. Dr. Frieder Ludwig (Stellv. Vors.),
PD Dr. Gerd Ulrich Bauer (kommissarisches
Vorstandsmitglied)

Hinweis der Redaktion: Der gewohnte Veranstaltungskalender muss wegen der epidemiebedingten Absage aller Veranstaltungen und Zusammenkünfte erneut entfallen.

Autorenkürzel:

AT Armin Triebel | GUB Gerd Ulrich Bauer |
JG Juliane Ganzel

Geschäftsstelle:

Wielandstr. 35

12159 Berlin

www.ssip-web.de

Tel.: +49 (0)30/8510339-0

Fax: +49 (0)30/8510339-1

Mail: mitteilungen@ssip-web.de

Bankverbindung:

GLS-Bank Bochum

IBAN: DE51 4306 0967 1218 6594 00

BIC: GENODEM1GLS